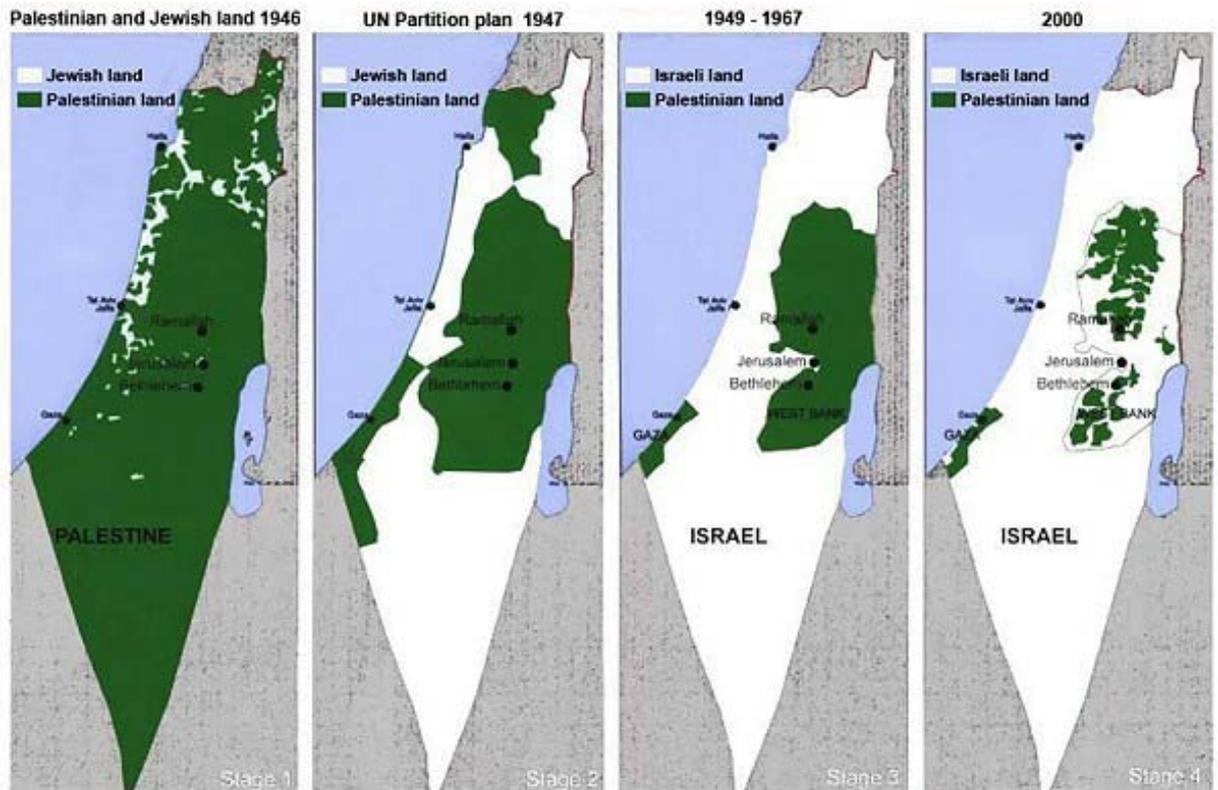


Eine andere Welt ist möglich!

Schluss mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel!

Für die Einhaltung der Menschenrechte in Palästina und Israel



Aus dem Inhalt:

**„Baut Brücken, nicht Mauern!“
Geschichte Palästinas Der Alltag der Besatzung
Gaza: Ein Freiluftgefängnis
Frieden: Wie?
Zur EU-Politik gegenüber Palästina**

**Attac Hamburg, Arbeitsgruppe „Palästina“,
Zimmerpforte 8, 20099 Hamburg,
agpalaestina@gmx.de**

Mai 2008

AG Palästina von ATTAC-Hamburg

Unsere Ziele

Wir setzen uns für die Einhaltung der Menschenrechte und für einen gerechten und dauerhaften Frieden in Palästina und Israel auf der Basis des internationalen Rechts ein. Damit reihen wir uns in die weltweite Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung ein, die für das Recht auf Selbstbestimmung und gegen wirtschaftliche, politische und militärische Unterdrückung kämpft.

Die Kernpunkte eines dauerhaften und gerechten Friedens in Palästina und Israel sind:

- 1. die sofortige Beendigung der Besatzung der palästinensischen Gebiete - Westbank, Gaza und Ostjerusalem – und die Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967;*
- 2. die vollständige Räumung aller israelischen Siedlungen in allen besetzten Gebieten;*
- 3. die Anerkennung des Rechtes beider Staaten, Jerusalem als ihre Hauptstadt zu haben;*
- 4. die Anerkennung von Israels Anteil an der Schaffung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge und das prinzipielle Rückkehrrecht der Flüchtlinge.*

Wir sind jeden Tag entsetzt, wie der Staat Israel die Verfolgung und Unterdrückung der Palästinenser weiter verschärft und wie die mehrfache Verurteilung seiner Politik durch die UNO-Institutionen folgenlos bleibt.

Wir wollen dazu beitragen, Druck auf die Institutionen (Regierungen, UN) ausüben, um die Umsetzung der entsprechenden internationalen Resolutionen und Konventionen zu garantieren.

Wir wollen dazu beitragen, dass ein direkter Dialog zwischen den Menschen in Israel und Palästina gefördert wird. Dafür unterstützen wir die Menschen in Palästina und Israel, die sich dort für diese Ziele einsetzen.

Wir suchen die Zusammenarbeit mit anderen Menschen in Hamburg und anderswo, die ebenfalls diese Ziele vertreten.

Unsere Tätigkeiten

Öffentlichkeitsarbeit: Infostände / Teilnahme an Demonstrationen / Unterschriftensammlungen / Veranstaltungen (mit Friedensaktivisten aus Israel und Palästina) / Workshops / Ausstellung / Veröffentlichungen

Teilnahme an Aktionen, insb.:

- gegen den Mauerbau*
- zur Unterstützung der palästinensischen Gefangenen*
- zur Unterstützung der israelischen Kriegsdienstverweigerer (Refusniks) und des International Solidarity Movement*
- zur Stärkung der humanitären Hilfe*
- gegen die Waffenexporte nach Israel und gegen die Importe von Waren aus den illegalen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten*
- für die Aussetzung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel, und zwar solange, wie Israel die Menschenrechte nicht respektiert*

Wir würden uns freuen, wenn weitere engagierte Menschen mit uns zusammenarbeiten würden!

Edward Said: Zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel

Deutschland spielt eine besondere Rolle. Eine ganze Nation von Palästinensern wurde im Laufe der letzten Jahrhunderthälfte verdrängt und enteignet, vor allem auf Grund des europäischen Antisemitismus. Was den Juden Europas (besonders durch deutsche) widerfuhr, war eine Katastrophe, für die das palästinensische Volk – das an der Katastrophe keinen Anteil hatte – mit der Zerstörung ihrer Gesellschaft im Jahre 1948 und ab 1967 mit der militärischen Okkupation des ihm verbliebenen Landes bezahlen musste.

Die offizielle deutsche Haltung zu Problemen des Nahen Ostens hält sich eng an die vorgegebenen Leitlinien amerikanischer Politik, die sich auch in der europäischen Union durchgesetzt haben – auch wenn die Amerikaner in ihrer politischen und wirtschaftlichen Unterstützung Israels sehr viel weiter gehen als die Europäer.

Gewiss, es war richtig, dass das deutsche Volk Israel Reparationen zahlte, aber **warum glaubt man in Deutschland, der vollkommen gerechtfertigte Kampf um die palästinensische Selbstbestimmung ließe sich entweder ignorieren oder nur mit bloßen Erklärungen hier und da unterstützen?** Ich möchte deshalb meine deutschen Leser auffordern, die **notwendige Verbindung zwischen ihrer Geschichte und unserer zu ziehen** (und sie nicht zu leugnen) und dann den notwendigen Schluss zu ziehen. Deutschland hat noch eine Verantwortung, der es sich nicht länger entziehen kann. 4.2.2002

Inhaltsverzeichnis

4	Mustafa Barghouti: Die Wahrheit, die man nicht hört	28	Gefangene Kinder: Misshandelt und vergessen
"Baut Brücken, nicht Mauern!"		Gaza: Ein Freiluftgefängnis	
6	"Baut Brücken, nicht Mauern!"	29	Gaza Sommer 2006 Alain Gresh: Kriegsverbrechen, Offensive gegen den Frieden
9	Nicht in unserem Namen!	30	Generaldelegation Palästinas Wer Frieden will, verweigert nicht die ausgestreckte Hand
9	Der Internationale Gerichtshof verurteilt die Mauer in Palästina	31	Uno-Experte drängt Israel, die Zerstörung von Häusern und Infrastruktur in Gaza zu stoppen und verlangt militärische Sanktionen
Geschichte Palästinas		32	Felicia Langer: Nicht in unserem Namen!
11	Über 100 prominente britische Juden sagen: Wir feiern Israels Geburtstag nicht!	Frieden: Wie?	
11	Ilan Pappé „Ethnische Säuberung Palästinas“	33	Israel: Armeereservisten verweigern den Militärdienst in den besetzten Gebieten / Kriegsdienstverweigerer
12	UNO-Beschluss 1947: Teilung Palästinas	34	Israelische Friedensgruppen
12	1948 erneut Krieg: Israel erweitert seine Staatsfläche	35	Arafat Friedensvision
13	Juni 1967: Sechs-Tage Krieg	37	Die Roadmap: Statt Fahrplan zum Frieden - Weg in die Sackgasse
13	1993: Osloer Abkommen	39	Michael Warschawski: Antizionismus ist nicht Antisemitismus
14	Stimmen zum Osloer Abkommen	41	Europäische Juden für einen gerechten Frieden
15	1995: Palästinensische Autonomie?	42	Keine Rüstungsexporte nach Israel!
16	2000: Camp David	43	Die Palästinensische Wahlen
17	Resolution der UN- Menschenrechtskommission, 2002	44	Uri Avnery: Mit Hamas an einen Tisch!
Der Alltag der Besatzung		45	Zur EU-Politik gegenüber Palästina Alain Gresh: Palästina - allein gelassen
18	Illegale israelische Siedlungen	47	Europäische Kampagne für Sanktionen gegen die israelische Besatzung
19	UNO-Vollversammlung verurteilt die Besatzung	48	Bücher Internetadressen usw.
20	„Teile und herrsche“ - Israelische Straßen zerstückeln die palästinensischen Gebiete		
21	Checkpoints		
22	Häuserzerstörungen		
24	Stop Caterpillar		
25	Vandana Shiva : Kriege um Wasser		
26	Kein Wasser für die Palästinenser		

Marwan Barghuti, 2002:

„Der einzige Weg für die Israelis, sich sicher zu fühlen und sicher zu sein, ist – recht einfach –, die 35-jährige israelische Besatzung von palästinensischem Territorium zu beenden. Die Israelis müssen den Mythos aufgeben, wonach es möglich sei, gleichzeitig Frieden und Besatzung zu haben, wonach friedliche Koexistenz zwischen dem Sklaven und dem Meister möglich sei. Der Mangel an Sicherheit für die Israelis entsteht aus dem Mangel an Freiheit für die Palästinenser. Israel wird seine Sicherheit erst nach dem Ende der Besatzung haben, nicht vorher. Sobald Israel und der Rest der Welt diese grundsätzliche Wahrheit einmal verstehen, wird der Ausweg klar: Beendet die Besatzung, erlaubt den Palästinensern, in Freiheit zu leben, und lasst die beiden unabhängigen und gleichberechtigten Nachbarn eine friedliche Zukunft mit engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen aushandeln.“

Marwan Barghuti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, im Januar 2002. Er wurde 2002 von israelischen Soldaten entführt und wird seitdem gefangen gehalten.

Mustafa Barghuti

Die Wahrheit, die man nicht hört

Dezember 2005

Wie sieht die Situation vor Ort in Palästina aus? Die israelische Narrative, die weiter die internationalen Medien beherrscht, präsentiert ein Bild, das nichts mit der Realität zu tun hat.



Rückzug aus Gaza?

Der Gazarückzug wurde als der Beginn eines Friedensprozesses propagiert; ein großer Rückzug durch General Sharon, der nun als Friedensmann porträtiert wurde. Doch die Fakten bleiben: Palästina besteht aus 27 000 qkm, von denen die West Bank aus 5860 qkm bestehen und der Gazastreifen aus 360 qkm. Das sind nur 1,3% des ganzen historischen Palästinas. Wenn sich Sharon also wirklich aus dem Gazastreifen zurückgezogen hätte, dann wären das nur 5,8% der besetzten Gebiete.

Aber die Israelis sind gar nicht aus dem Gaza abgezogen. Viel Theater wurde um das große Opfer gemacht, das Israel gebracht hätte; und wie schmerzlich es für die Siedler gewesen sei, wegzugehen. Wenn man ein Stück Land stiehlt und es 20 Jahre lang festhält, tut es einem weh, es aufzugeben. Es ist trotzdem etwas Gestohlenes, das seinen Besitzern zurückgegeben werden sollte. Vor dem Rückzug gab es 152 Siedlungen in den besetzten Gebieten, 101 in der West Bank, 30 in Ost-Jerusalem und 21 im Gazastreifen. Diese Zahlen schließen nicht die Siedlungen ein, die Sharon und die israelische Armee in der Westbank ohne offizielle Anerkennung geschaffen haben. Mit dem Rückzug und der Evakuierung der Siedlungen in Gaza und den vier kleinen Siedlungen im Raum Jenin auf der West Bank sind noch 127 Siedlungen an Ort und Stelle geblieben.

Nach dem Völkerrecht sind sie illegal, und nach dem Rechtsgutachten des ICJ von 2004 müssen Mauer und Siedlungen in der West Bank, in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen entfernt werden.

Siedlungen

Die Gesamtzahl der Siedler beträgt 436 000: 190 000 in Jerusalem, 246 auf der West Bank. Nur 8475 oder 2 % der Gesamtzahl der Siedler in den besetzten Gebieten sind aus dem Gazastreifen und dem Raum Jenin entfernt worden. In derselben Zeit ist aber die Siedlungsbevölkerung in der West Bank um 15 800 angewachsen. Warum also die Siedler aus dem Gazastreifen wegholen, wenn der Abzug einfach nur eine Übung der Umsiedlung war?

Zunächst mal: Israel wollte sie nie dort auf ewig lassen. Sie waren nur ein Verhandlungsobjekt, das gebraucht werden sollte, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, über die Zukunft der besetzten Gebiete zu reden. Aber für diese relativ kleine Zahl von Siedlern eine ständige militärische Präsenz im Gazastreifen zu halten, war einfach zu teuer.

Wasser

Zum ändern hatte Israel die Wasserreserven im Gazastreifen ausgeschöpft, indem es den unterirdischen Wasserzufluss schon östlich des Gazastreifens ableitete. Die Folge davon ist, dass Meerwasser in Gazas Küstenaquifer eindringt. Außerdem wurde der bestehende Aquifer durch die israelischen Siedlungen überbeansprucht. Die Bevölkerung von Gaza wurde also mit Brackwasserressourcen zurückgelassen, die eine hohe Rate Nierenkrankter verursacht. Das oberste Maß an Chloridgehalt, das die Weltgesundheitsbehörde zulässt, ist bei 250 mg/l. In den meisten Gebieten des Gazastreifens ist das Maß aber zwischen 1200 und 2500mg/l.

Ein anderer Mythos, den Israel so erfolgreich hat verkaufen können, war, dass der Rückzug der Siedler das Ende der Besetzung des Gazastreifens signalisierte. Doch der Streifen ist noch genau so besetzt wie vorher. Was sich geändert hat, ist nur die Struktur der Besetzung. Von der Verantwortung befreit, physische Präsenz im Gazastreifen zu zeigen, um die Siedler zu "schützen", ist es jetzt viel einfacher und weniger kostspielig, den Gazastreifen aus der Entfernung zu kontrollieren und militärische Technologie anzuwenden.

Das israelische Militär ist um den Erez-Bereich im Norden stationiert. Von hier besetzt es weiterhin einen Streifen Land an der östlichen Grenze entlang ca 1km breit - und das von nur 360 qkm. Es behält die Kontrolle über den Luftraum des Gazastreifens, die Küstenlinie und über das Wasser, das in den Gazastreifen vom Land her einfließt. Jeder Zu- und Abgang wird von Israel kontrolliert und Israel entscheidet, wer von den Hunderten von Patienten, die dringend die Hilfe medizinischer Behandlung benötigen, den Gazastreifen verlassen darf

oder nicht. Trotz des letzten Abkommens, das mit Condoleezza Rice über die Öffnung der Gaza/ Ägyptengrenze erreicht wurde, behält Israel die volle Kontrolle über die Warenein- und ausfuhr und das Recht, die Bewegung der Palästinenser zu kontrollieren. Verantwortlichkeiten, die es häufig in der Vergangenheit missbraucht hat.

Gaza bleibt ein großes Gefängnis, und Aussichten für eine wirtschaftliche Entwicklung sind düster. Das Risiko, dass Israels fortdauernde Kontrolle über den Gazastreifen die langfristigen Bemühungen, es von der West Bank abzutrennen, nur vertieft wird, indem es die Einheit und die Verbindungen zwischen den Palästinensern zerstört, und das Recht der Palästinenser, in Zukunft in einem Staat vereint zu sein, beschäftigt uns mit großer Sorge.

Sharon benützt den Rückzug aus dem Gazastreifen, der als heldenhafte Konzession übertrieben dargestellt wurde, um dieser Region einseitig die Zukunft aufzubürden. Der Bau der Schandmauer und die Ausdehnung der Siedlungen wird schließlich in der totalen Annexion von nicht weniger als 50 % der West Bank, einschließlich Ost-Jerusalem, resultieren und jede Möglichkeit für einen zusammenhängenden und lebensfähigen palästinensischen Staat nehmen.

Mauer



Die Mauer schneidet bis 25 km in die West Bank hinein. Ihr Bau hat schon dahin geführt, dass 9,5 % der West Bank annektiert wurden. Das für die Siedlungen enteignete Land sind weitere 8 % des Landes der WB, während der Bau der östlichen Mauer im Jordantal Israel erlauben wird, weitere 28,5 % der WB zu annektieren.

Die Mauer wird in sehr großer Eile gebaut, ohne sich um das Rechtsgutachten des ICJ zu kümmern. Sie wird etwa 750 km lang sein, drei mal so lang und doppelt so hoch wie die Berliner Mauer. Über 1,060 000 Bäume bes. Olivenbäume sind von israelischen Bulldozern in der WB zerstört worden. Die Mauer wird nicht innerhalb des israelischen Territoriums gebaut, auch nicht auf der 1967-Grenze, sondern auf dem besetzten Gebiet und trennt Palästinenser von Palästinensern und nicht Palästinenser von den Israelis wie Sharon behauptet.

Die Mauer wird nicht weniger als 250 000 Palästinenser in Jerusalem isolieren. Mindestens 50-70 000 weitere Palästinenser mit einer Jerusalemer ID-Karte werden außerhalb des Zaunes bleiben, unfähig Jerusalem frei zu betreten und werden den Zugang zum Gesundheits- und Schulwesen verlieren. Das wird dahin führen, dass man ihnen ihre ID-Karten nimmt und sie zwingt, außerhalb von Jerusalem zu bleiben, auch wenn sie zu Jerusalem gehören.

An manchen Orten wird die Mauer die Häuser teilen. In Jerusalem, nahe Anata, schneidet die Mauer den Spiel- und Sportplatz von der Schule ab. In Qalqilia, sind 46 000 Menschen rund um von einer Mauer umgeben und lassen ihnen nur eine 8m breite Straße mit einem Tor als Durchgang, zu dem israelische Soldaten den Schlüssel haben. Sie können die Stadt also abschließen, wann immer sie wollen.

Ein Passierschein ist nötig, um die Mauer passieren zu können. Es ist aber fast unmöglich, diesen zu bekommen. Und selbst wenn es einem gelingt einen zu erhalten, muss man noch höflich um Öffnungszeiten des Tores bitten. In der Gegend des Dorfes Yayous kann man zwischen 7 Uhr 40 und 8 Uhr und zwischen 14 und 14 Uhr 15 passieren und zwischen 18 Uhr 45 und 19 Uhr. Das sind genau 50 Minuten am Tag. Manchmal vergisst die Armee, das Tor zu öffnen und Schulkinder, Lehrer, Bauern, Patienten und andere normale Leute lässt man warten.

Teilungsplan

Wenn der 1947-Teilungsplan erfüllt worden wäre, dann wären es zwei Staaten: ein palästinensischer Staat auf 45 % des Landes und ein israelischer Staat auf 55 %. 1949 hatte der Staat aber schon 78,5% dieses Landes. Was übrig blieb, war die WB und der Gazastreifen. 1988 kamen die Palästinenser beim Palästinensischen Nationalrat darin überein, dass sie eine 2-Staatenlösung akzeptierten. Dies stellt einen beispiellosen Kompromiss für die Palästinenser dar, da sie tatsächlich mehr als die Hälfte von dem aufgaben, was ihnen von der UN zugesagt worden war.

Camp David

Was Arafat von Ehud Barak 2000 in Camp David angeboten wurde, war nichts anders als "Sharons Plan", in dem er das Jordantal, Jerusalem und einen großen Teil der Siedlungen behalten wollte. Nachdem er die Palästinenser auf ihren schlechtesten wirtschaftlichen und humanitären Stand gebracht hatte, hat Sharon eine Situation geschaffen, bei der er unabhängig/ einseitig handeln und jeden zukünftigen "Friedensprozess" nach seinem Willen gestalten kann. Wenn es ihm gelingt, den Mauerbau zu vollenden und mit seinen einseitigen Aktionen eine Lösung zu diktieren, dann wird er nach seinem Plan einen palästinensischen Staat in etwas transformie-

ren, das man nur noch als Bantustans oder einen Haufen Gettos bezeichnen kann.

Hier liegen die wirklichen Gründe für den Mauerbau. Er hat nichts mit Sicherheit zu tun, er symbolisiert einen schon vor langem beschlossenen Plan der Armee, die besetzten Gebiete zu annektieren und das Ende des sog. Friedensprozesses festzusetzen.

Straßen / Checkpoints

Die israelische Armee hat Absperrungen und schwere Bewegungsbeschränkungen in der WB neu auferlegt und erklärt, dass die Hauptstraßen für palästinensische Fahrzeuge gesperrt seien, mit der Ausnahme von einigem öffentlichen Transport. Die Straßen sind nur für den Gebrauch von israelischen Siedlern und für die Armee bestimmt. Dies erinnert an eine Art der Trennung, wie sie nicht einmal auf dem Höhepunkt der Apartheid in Süd-Afrika praktiziert wurde.

Gewöhnliche Palästinenser können nicht zur Arbeit gehen; hoch schwangere Frauen können zur Geburt nicht ins Krankenhaus gelangen; Patienten, die notwendig zur Dialyse müssen oder Herzinfälle haben, können zu Hause sterben, weil sie nicht in der Lage sind, ins nächste Krankenhaus zu kommen. Und die palästinensische Wirtschaft ist vollkommen gelähmt.



Hamas in der Regierung

Wo ist in all diesem der Friedensprozess: wenn Sharon sich weigert, die Präsenz eines palästinensischen Partners anzuerkennen und auch die Idee einer internationalen Friedenskonferenz? Sharon behauptet, dass es keinen Platz gebe, um über Jerusalem, das Jordantal, die Siedlungen zu verhandeln. Und dass er einseitig über die Zukunft entscheiden werde - ohne Palästinenser oder eine internationale Teilnahme. Und wenn es Verhandlungen geben wird, dann werden sie zwischen der rechten Likudpartei und der noch extremeren Führung des rechten Flügels, der von Netanyahu vertreten wird, statt finden oder zwischen Sharon und den Siedlern.

Unsere Forderung wäre eine internationale Friedenskonferenz, wo die Lösung des Konfliktes wieder zur Basis

des Völkerrechts zurückkehrt und wo man sich an das Rechtsgutachten des ICJ hält. Was aber vor Ort geschieht, ist die Schaffung eines Apartheidsystems.

Wasser

Von den 960 Millionen cbm Wasser, die in der WB vorkommen, dürfen die Palästinenser nur 109 cbm, den zehnten Teil, verwenden. Der Rest geht nach Israel. Im Durchschnitt darf ein Palästinenser der WB nicht mehr als 36 cbm Wasser/Jahr verbrauchen, während ein israelischer Siedler in der WB 2400 cbm Wasser verbrauchen darf. Wir dürfen unsere eigenen Straße und Wege nicht benutzen. Wir dürfen keine Häuser bauen. Wir dürfen uns nicht frei bewegen. Unser Bruttoeinkommen beträgt pro Kopf weniger als 1000\$ während das in Israel fast bei 20 000\$ liegt. Und trotzdem müssen wir Steuern zahlen und haben eine Marktunion, die uns zwingt, Produkte zu denselben Preisen zu kaufen wie die Israelis.

Dies macht das schwerwiegende Ungleichgewicht der Macht sehr deutlich, das nicht ohne die Intervention und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft beseitigt werden kann.

Rüstungsexporte/Assoziationsabkommen

Eine Möglichkeit, diese Situation zu korrigieren ist, das zu tun, was im Falle Süd-Afrikas getan wurde: Sanktionen auferlegen. Ein wichtiger Aspekt wäre, die militärischen Verbindungen mit Israel, dem viertgrößten Rüstungsexporteur der Welt zu lösen. Wir brauchen eine Bewegung militärischer Nicht-Zusammenarbeit, die sich auf Divestments konzentriert und wirtschaftliche Abkommen mit Israels Einhaltung der Gesetze des Völkerrechts und die Erfüllung internationaler Resolutionen verbindet.

Freiheit und Frieden

Die Palästinenser haben es verdient, endlich von ihrem langen Leiden befreit zu werden, von 600 Jahren Fremdherrschaft, 58 Jahren Enteignung, und 38 Jahren militärischer Besatzung, die die längste in der modernen Geschichte geworden ist. Die Israelis werden nie wirklich frei sein, wenn sie nicht diese Unterdrückung des palästinensischen Volkes beenden.

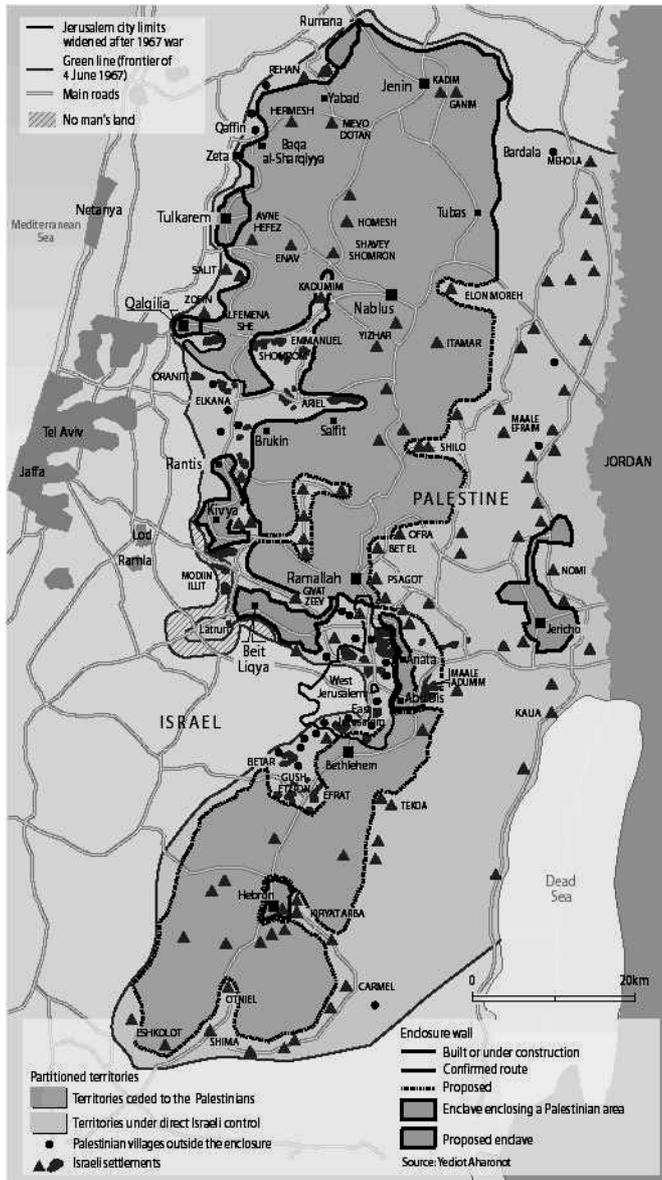
Im Leben eines jeden Volkes kommt ein Zeitpunkt, an dem es die Ungerechtigkeit nicht länger ertragen kann. Dieser Zeitpunkt ist für die Palästinenser jetzt gekommen. Wir verlangen frei zu sein - und wir werden frei sein.

(dt. Ellen Rohlfs) <http://www.freunde-palaestinas.de/>
Mustafa Barghuti ist Arzt, Leiter der Palestinian Medical Relief Committees und Sekretär des Zusammenschlusses Al Mubarada. Er war 2005 Präsidentschaftskandidat und später (Juni 2007) Informationsminister in der palästinensischen Einheitsregierung (S. <http://sandimgetriebe.attac.at/1023.html>)

"Baut Brücken, nicht Mauern!"

Im Dorf Bil'in kämpfen Israelis und Palästinenser gemeinsam gegen die Sperranlage

VON CHARLOTTE MISSELWITZ (BIL'IN)



Karte der gebauten bzw. geplanten Mauer in der Westbank
http://mondediplo.com/2003/07/IMG/dpf/cisjordanie_mono.pdf (English edition; July 2003 – online)

Immer mehr Hände greifen den 30 Meter langen grün-weiß-schwarzen Stoffballen. Jung und Alt, Israelis und Palästinenser heben ihn an und lassen ihn über dem Demonstrationszug schweben. Die Vordersten rollen das rote Dreieck auf. Es ist die Flagge Palästinas. Kinder springen unter das von der Sonne durchleuchtete Farbdach. Ein junger Erwachsener läuft nebenher. Er schaut sich suchend um. Sein Blick fällt auf eine Gruppe mit hebräischem Schild mitten im Zug. Sie winken ihn heran. Er wirft wieder einen Blick auf den Stoffballen. Zwei Sekunden zögert er. Dann geht er los, hin zu seinen Leuten, direkt unter das palästinensische Banner.

Seit einem Jahr kommen meist junge Israelis jeden Freitag in die Westbank, um gegen den Bau der Mauer im Dorf Bil'in zu demonstrieren. Der vom israelischen Verteidigungsministerium markierte Mauerverlauf bringt dessen Bewohner um 230 000 Hektar, mehr als die Hälfte ihres Landes. Die Trennlinie ist schon geplant, den Drahtzaun bewachen israelische Soldaten. Aber es geht um mehr als Landraub. Dan Tsahor aus Tel Aviv kommt so oft er kann, weil hier Israelis und Palästinenser auf einer Ebene kämpfen. "Wir geben hier nicht Almosen wie bisher. Es geht gegen die Mauer an sich, die Trennung von Israelis und Palästinensern."

An der Moschee im Zentrum des 1700-Seelen-Dorfes treffen sich von den Großeltern bis zu den Enkeln ganze Familien aus Bil'in. Die Frauen meist mit Kopftüchern, die Männer in Lederjacks. Aus Tel Aviv Angereiste, wie den 31-jährigen Dan, erkennt man an den Jeans, an Rucksack und Handy. Einige gehören zur jüdisch-arabischen Gruppe "Taayush" (Koexistenz), andere zur internationalen Solidaritätsbewegung (ISM). Auch ältere Israelis halten Schilder hoch. Die Mitglieder von der Friedensorganisation "Gush Shalom" waren schon in den 70er Jahren aktiv. Dan, den viele wegen seinen blonden kurzen Haaren für einen "Internationalen" halten, meint, 250 Teilnehmer seien es fast jede Woche.

Der Demonstrationszug schlängelt sich vorbei an Olivenhainen. Ziel ist der helle Streifen, der die bergige Landschaft durchschneidet. Schon von weitem sieht man, wie sich dort die Armeetruppen formieren. Von Beginn an gilt für die Demonstration strikte Gewaltlosigkeit. Aber die Friedfertigkeit fällt nicht immer leicht, meint Ronen Eidelmann. Momentan sitzen acht Palästinenser aus Bil'in in israelischen Gefängnissen - für Wochen, manchmal Monate. "Die Frage, ob man das Steine-Schmeißen der Dorfjungs tolerieren soll, wird bis heute diskutiert." Hauptorganisatoren des Protestzugs sind die "Anarchisten gegen die Mauer" zusammen mit dem "Volkskomitee gegen die Mauer" aus Bil'in. Sie bereiten die Begegnung mit den Grenzsoldaten vor.

Der 34-jährige Ronen erzählt, anfangs hätte die Armee sogar auf Demonstranten geschossen. Dass Israelis auf Israelis schießen, hatte es bis zu den Protesten gegen die Mauer nicht gegeben. Neuerdings setzt die Armee Salz- und Gummigeschosse ein. Ronen weiß inzwischen, wie schmerzhaft die sind. In einem Prozess im letzten Sommer kritisierte das Gericht das "übertrieben scharfe Vorgehen" der Sicherheitskräfte. Ronens blaue Kapuzenjacke hält nicht viel ab. Er ist Grafiker. Beim Armeedienst, Anfang zwanzig war er damals, überkam ihn das erste Mal Zweifel an der israelischen Besatzung.

Am Mauerstreifen stehen die Soldaten in Reih und Glied. Über der grünen Uniform tragen sie Panzerwesten und schwarze Schutzhelme. Hinter den Plastikschildern sind Schlagstöcke und Gewehre zu sehen. Eine Gruppe untergehaltener Palästinenser und Israelis steht ihnen gegenüber und ruft: "Baut Brücken, nicht Mauern!" Weiter oben leuchtet das

schlohweiße Haar von Uri Avnery, dem Gründer von Gush Shalom. Er und ein Dutzend andere klopfen mit Steinen auf die Eisenabsperrung des Zauns. Das Hämmern wird rhythmisch. Plötzlich landet mit dumpfem Aufprall ein Tränengasgeschoss. Alles läuft auseinander.

Bloß weg. Im Trubel gelingt es Wadschi Bernad aus Bil'in einen Weg durch die Maueröffnung zu bahnen. Er kurvt das Auto durch Betonpfosten und Wegaushebungen. "Die Hundesöhne wollen uns damit das Durchfahren erschweren." Den Dorfbewohnern muss der Zugang zu ihrem Land gewährt sein, hat das Hohe Gericht in Jerusalem entschieden. Im September hatten sie eine Klage wegen Landraub eingereicht.



Jenseits der Sperranlage zeigt Wadschi den Berghang runter. Sein Land. Ein paar der abgeholzten Olivenbäume stammten aus römischen Zeiten. "Jedesmal, wenn ich das sehe, krampft es mir das Herz zusammen." Der kurze Bart des 49-Jährigen ist schon fast weiß. Insgesamt verlor der Vater von zehn Kindern 400 Hektar Land. Er war Bauingenieur. Aber seine ganze Familie darf in Israel nicht mehr arbeiten. Eine Sicherheitsmaßnahme. Verhängt vom Militär, seit Wadschis Sohn auf einer Demonstration angeschossen wurde und im Rollstuhl sitzt.

Wenig weiter breiten sich die Plattenbauten der jüdischen Siedlung Matetiahu auf dem Land von Bil'in aus. Ende letzten Jahres kam raus, dass die Firmen Green Park und Green Mount dort sogar nach israelischem Gesetz illegal bauen. Die Kanadier besaßen nur die Erlaubnis der regionalen israelischen Verwaltung. Die Dorfbewohner reagierten flink. Wadschi erzählt: "Wir dachten, dann können wir genauso unseren palästinensischen Regionalrat fragen." Ausgerechnet Heiligabend, am 24. Dezember, schleusten sie mit israelischen Aktivisten einen Wohnwagen durch die Absperrung des Mauerstreifens. "Als am nächsten Morgen die Soldaten kamen, er-

klärten wir, El Al (israelische Fluggesellschaft) hätte den hier fallen lassen."

Die Soldaten entfernten den Wohnwagen. Auf die Frage, warum die Plattenbauten stehen bleiben durften, hieß es, drüben, das wären richtige Häuser, da gelte ein anderes Gesetz. "Wir also nicht dumm, suchen uns Baumaterial zusammen. Und ein paar Nächte später errichteten wir bei Sturm und Regen ein Gebäude mit Grundmauern, Fenstern und Dach." Der Außenposten. Ronen, der dabei war, grinst. Auf solche Art Fakten zu schaffen, war bisher immer Methode der jüdischen Siedler gewesen. Seit zwei Wochen steht 200 Meter weiter oben schon der zweite Außenposten. Jetzt hat das Hohe Gericht über die jüdische und die palästinensische "Siedlung" einen Baustopp verhängt.

150 000 Israelis sollen eines Tages in Matetiahu leben. Momentan wohnen hier keine ideologischen Hardliner, sondern sozial Bedürftige zu niedrigen Mietpreisen. Die kanadischen Firmen und "Chefziba", ein israelisches Unternehmen, versuchen Land für die Zukunft zu sichern. Laut Michal Sfar, Anwältin der Bewohner von Bil'in, geht es um "Milliarden von Dollar". Demnächst steht eine Stellungnahme des israelischen Verteidigungsministeriums zur Klage über den Landraub aus. Dann wird das Hohe Gericht entscheiden, ob der Mauerverlauf versetzt wird oder nicht.

Mittlerweile ist es dunkel. Am Feuer des Außenpostens der Protestler findet sich der palästinensische Aktivist Mansour Mansour mit ein paar anderen ein. Die Demonstration ist vorbei, diesmal gab es keine Festnahmen. Gerade bringen die Busse die israelischen Passagiere zum familiären Schabbat-Dinner zurück. Es wird rumgewitzelt. Der 29-jährige Mansour wird nur kurz ernst, wenn er erklären soll, warum er während all der Jahre seines politischen Engagements nie an militante Methoden der Hamas gedacht hat. "Gewaltloser Kampf ist der stärkste Kampf! Außerdem will ich leben." Mansours Augen funkeln im Licht des Feuers. Er studiert Journalismus an der Birzeit Universität.

Vom Berg gegenüber leuchten die Lichter der Siedlung "Matetiahu" gelb herüber. Ein Jahr Kampf in Bil'in brachte zwar nicht den Fall der Mauer, aber immerhin: den momentanen Stopp des Siedlungsbaus, den Durchgang durch die Mauer und eine Öffentlichkeit für den Landraub. Vielleicht die größte Errungenschaft ist das Miteinander der Israelis und Palästinenser. Ein 19-jähriger Israeli ist das erste Mal da. Er meint, er hätte eine Weile gebraucht, um sich nach Bil'in zu wagen. "Naja, es ist palästinensisches Territorium, sie sind Araber..." Alle lachen. Die Mauern, die über die Jahre in den Köpfen beider Völker entstanden sind, kennt jeder nur zu gut.

http://www.frankfurter-rundschau.de/ressorts/nachrichten_und_politik
Fotos :<http://www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage-2005/index-2005-08-13-16-israel-frauen-in-schwarz.html>

Stoppt den Mauerbau

Die Kampagne, die vom Netzwerk der Palästinensischen Umwelt-NGOs PENGON (Palestinian Environmental NGOs Network's) - www.pengon.org koordiniert wird, spricht sich aus für

1. die sofortige Beendigung des Mauerbaus,
2. den Abbau aller Teile der Mauer und der bereits dafür gebauten Zäune,
3. die Rückgabe des Landes, das für den Mauerbau konfisziert wurde und
4. die Entschädigung für die in diesem Zusammenhang entstandenen Einkommensverluste und für zerstörtes Land und Eigentum

Weitere Informationen: www.stopptdiemauer.de www.stophthewall.org www.newprofile.org

Nicht in unserem Namen!

Brief von israelischen Friedensorganisationen an die israelische Regierung

(...) „Die Mauer, die Sie errichten, raubt nicht nur Hunderttausenden von Palästinensern Land und Lebensunterhalt, sondern beseitigt auch wesentliche Ressourcen Ihrer eigenen zunehmend verarmten und verzweifelten Gesellschaft.

Wenn Ihre Regierung aufrichtig die Beendigung des Terrorismus und die Sicherheit für unser Volk wünschen, hätte sie sich aktiv in einem politischen Prozess engagiert und von einem einseitigen Akt des Baus einer Mauer, die nur die Okkupation und den Konflikt weiterführt, abgesehen. Auf diese Art hätten Sie den Sumpf des Elends, des Hasses und der Unterdrückung ausgetrocknet, welche die Anschläge motivieren

und unser Leben gefährden. Dies könnte uns sogar von der Vorstellung bewahren, dass wir solch eine Mauer nötig hätten.

Es gibt keine andere Schlussfolgerung, als dass Ihr wahres Ziel der Errichtung der Mauer entlang ihres gegenwärtigen aufdringlichen und inakzeptablen Verlaufs eher durch politische Ziele motiviert ist als durch echte Sicherheitsbelange. Das Ziel ist es, nach mehr und mehr palästinensischem Land zu greifen, große Siedlungsblöcke zu annectieren und am Ende die Möglichkeit eines existenzfähigen palästinensischen Staates auszuschließen. Wir weigern uns, Teil eines dieser Bestrebungen zu sein, die wir auf Äußerste ablehnen. Ihre Ver-

treter vor dem Internationalen Gerichtshof sprechen nicht in unserem Namen oder im Namen von Millionen von Israelis, die sich nach einem Ende des Konfliktes sehnen (...)

25. Januar 2004

*The Alternative Information Center (israelisch-palästinensische Organisation) * Bat Shalom, Die Koalition von Frauen für einen Gerechten Frieden * The Fifth Mother * Gush Shalom * Das Israelische Komitee gegen Hauszerstörungen (ICAHN) * MACHSOM WATCH * New Profile * Noga * Rabbis für Menschenrechte * Tandi * Women in Schwarz * Yesh Gvul*

Der Internationale Gerichtshof verurteilt die Mauer in Palästina

Vor vier Jahren, am 9. Juli 2004 gab der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Gutachten zu den rechtlichen Konsequenzen des israelischen Mauerbaus in den besetzten palästinensischen Gebieten ab. Er hat eindeutig festgestellt, dass Israel den Mauerbau stoppen, die Mauer abreißen und der palästinensischen Bevölkerung für den entstandenen Schaden Reparationen zahlen muss.

Was sind die Verpflichtungen unserer Regierungen?

Am 20. Juli 2004 wurde das Rechtsgutachten des IGH durch die UN-Resolution ES-10/15 ratifiziert.

Diese Resolution, die von 150 Nationen einschließlich der europäischen Länder bei sechs Gegenstimmen und zehn Enthaltungen angenommen wurde,

• „fordert, dass Israel als Besatzungsmacht seine rechtlichen Verpflichtungen erfüllt, wie sie im Gutachten festgelegt wurden“,

• „fordert auch, dass alle UN-Mitgliedsstaaten ihre rechtlichen Verpflichtungen erfüllen, wie sie in dem Gutachten festgelegt wurden“.

Damit erkannten die UN-Mitgliedstaaten an, dass sie verpflichtet sind, das IGH-Gutachten umzusetzen und dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen:

Der IGH: „Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die aus dem Bau der Mauer resultiert, nicht anzuerkennen und keine Hilfe und Beistand zu leisten, diese durch den Mauerbau geschaffene Situation aufrecht zu erhalten. Alle Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention zum Schutz ziviler Personen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 haben außerdem die Verpflichtung hinsichtlich der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, die Befolgung der internationalen Menschenrechte, wie sie in dieser Konvention festgelegt sind, durch Israel sicher zu stellen.“



Demonstration gegen den Bau der Mauer zwischen Bethlehem und Jerusalem. Gefordert wird die Umsetzung des Gerichtsurteils von Den Haag. An solchen Demonstrationen nehmen auch Israelis und Solidaritätsbewegungen aus der ganzen Welt teil.

Wie verhält sich Israel?

Unter Missachtung des IGH-Gutachtens und der UN-Resolution baut Israel derzeit die Mauer in den Distrikten Ramallah, Jerusalem und Bethlehem, direkt vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Gleichzeitig finden quer durch die Westbank Vermessungen zur Vorbereitung der Mauer statt. Im März 2005 waren von den 670 Kilometern der geplanten Mauer bereits 245 Kilometer fertig gestellt.

In den Distrikten von Qalqiliya, Tulkarem und Jenin ist der Mauerbau abgeschlossen.

Die Mauer wird nicht auf der Grünen Linie von 1967 gebaut und in großen Teilen auch nicht in ihrer Nähe. Sie schneidet tief in die Westbank ein und setzt so Israels Annexion von palästinensischem Land und Ressourcen fort. Der größte Teil der Siedler lebt in diesen faktisch annektierten Gebieten.

In Jerusalem umgibt die Mauer den Ring der Siedlungen rund um die heilige Stadt und fördert so die Isolierung Jerusalems und seiner 200.000 palästinensischen Bewohnerinnen und Bewohner von der Westbank.

Was sind die Auswirkungen der Mauer auf das palästinensische Leben?

- Israel zerstört in großem Ausmaß Häuser und vertreibt die palästinensische Bevölkerung, die in der Nähe der Mauer lebt. Denn an vielen Orten ist die Mauer nur wenige Meter von den Häusern, Läden und Schulen entfernt.

- Palästinensisches Land und Trinkwasserbrunnen werden zerstört und konfisziert. Bäume werden ausgerissen und Felder verwüstet.

- Der Zugang zu Arbeitsstellen, zum Markt, zu Schulen und Krankenhäusern wird beschränkt. Die Gemeinden, die ihre Felder und Wasserressourcen verloren haben, können kaum überleben.

- Familien werden getrennt, soziale und wirtschaftliche Beziehungen werden zerrissen. Das israelische Militär baut in die Mauer „Tore“. Doch ist dies keine Garantie dafür, dass die Bauern Zugang zu ihrem Land auf der anderen Seite haben, im Gegenteil: Die Tore stärken Israels System von Genehmigungen und Kontrollpunkten, an denen Palästinenserinnen und Palästinenser regelmäßig geschlagen, verhaftet, beschossen und gedemütigt werden.



Außerdem hat Israel in der gesamten Westbank mit dem Bau von 24 „Tunneln“ begonnen, die die einzigen Verbindungspunkte innerhalb der gettoisierten Westbank sein werden und unter vollständiger Kontrolle der israelischen Armee bleiben.

Der Internationale Gerichtshof: „Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die aus dem Bau der Mauer resultiert, nicht anzuerkennen und keine Hilfe und Beistand zu leisten, diese durch den Mauerbau geschaffene Situation aufrecht zu erhalten“

- Die deutsche Regierung hat 2004 Geldmittel für Industriezonen in Jenin bewilligt. Das bedeutet die Enteignung von palästinensischem Land hinter der Mauer und Fortführung der Gettoisierung der palästinensischen Bevölkerung. Diese Industriezonen werden arbeitsintensive Fabriken in israelischer Hand sein und basieren auf billiger palästinensischer Arbeitskraft.

- Die Weltbank gab im Dezember 2004 die folgende Publikation heraus: „Stagnation oder Wiederbelebung? Israelischer Abzug und palästinensische wirtschaftliche Aussichten.“ Als wirtschaftliche Grenze Palästinas wird in diesem Bericht die Trennungslinie angesehen, die

durch den Mauerbau und die expandierenden Siedlungen und Umgehungsstraßen diktiert wird. Außerdem wird die Landwirtschaft, der traditionelle Hauptsektor der palästinensischen Wirtschaft, in diesem Bericht kaum erwähnt, vermutlich deshalb, weil die Weltbank erkennt, dass den Palästinenserinnen und Palästinensern immer weniger Land zum Kultivieren bleibt.

- Die USA versprachen im Januar 2005 über 100 Millionen US-Dollar für die hochmodernen Tore und Checkpoints, die für die Aufrechterhaltung der vollständigen Kontrolle der Westbank durch die israelische Armee nötig sind.

Über 100 prominente britische Juden sagen: WIR FEIERN ISRAELS GEBURTSTAG NICHT

Im Mai werden jüdische Organisationen den 60ten Jahrestag der Gründung des Staates Israel feiern. Im Zusammenhang mit Jahrhunderten der Verfolgung, die im Holocaust gipfelte, ist dies gut zu verstehen.

Aber wir sind Juden, die nicht feiern werden. Denn nun ist es an der Zeit, die Erzählung der anderen anzuerkennen, den Preis, den ein anderes Volk für den europäischen Antisemitismus und Hitlers völkermörderische Politik gezahlt hat. Wie Edward Said sagte, was der Holocaust für die Juden, ist die Nakba für die Palästinenser.

Im April 1948, dem Monat des schändlichen Massakers von Deir Yassin und des Granatwerfer-Angriffs auf palästinensische Zivilisten vom Marktplatz von

Wir werden feiern, wenn Araber und Juden als Gleiche in einem friedlichen Mittleren Osten leben.

30.4.2008, Text und Liste der Unterzeichner: <http://www.guardian.co.uk/world/2008/apr/30/israelandthepalestinians>

Haifa, kam der Plan Dalet zur Ausführung. Er sorgte für die Zerstörung palästinensischer Dörfer und die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung außerhalb der Staatsgrenzen. Wir werden nicht feiern.

Im Juli 1948 wurden 70.000 Palästinenser bei Sommerhitze ohne Nahrung und Wasser aus ihren Häusern in Lydda und Ramleh ausgetrieben, was als Todesmarsch bekannt wurde.

Wir werden nicht feiern.

Insgesamt wurden 750.000 Palästinenser zu Flüchtlingen. Etwa 400 Dörfer wurden von der Landkarte getilgt. Damit war die ethnische Säuberung noch nicht zu Ende. Tausende Palästinenser (israelische Staatsbürger) wurden 1956 aus Galiläa vertrieben. Und noch viele Tau-

sende mehr, als Israel das Westjordanland und Gaza besetzte.

Kriegsflüchtlinge haben nach internationalem Recht und kraft UNO-Resolution 194 ein Recht auf Rückkehr oder Entschädigung. Israel hat dieses Recht nie anerkannt. Wir werden nicht feiern.

Wir können nicht den Geburtstag eines Staates feiern, der auf Terrorismus, Massakern und der Enteignung des Landes eines anderen Volkes begründet ist.

Wir können nicht den Geburtstag eines Staates feiern, der auch jetzt noch ethnische Säuberungen betreibt, der internationales Recht verletzt, der eine ungeheuerliche Kollektivstrafe über die Zivilbevölkerung von Gaza verhängt und der weiter die Menschenrechte und nationalen Bestrebungen der Palästinenser verneint.

Viktoria Waltz

'Ethnische Säuberung' in der Stunde der Wahrheit:

Ilan Pappé, israelischer Historiker und Autor vieler kritischer Bücher zum israelisch-palästinensischen Konflikt, beschreibt und belegt in seinem neusten Buch „**Die ethnische Säuberung Palästinas**“, was jedem Palästinenser als die "Nakba", die Katastrophe, in schmerzlichem Bewusstsein ist: die systematische Vertreibung von einer Dreiviertel Million Palästinenser aus dem heutigen Gebiet Israels, etwa die Hälfte der damaligen palästinensischen ansässigen Gesamtbevölkerung.

Dies geschah nach dem UN Teilungsbeschluss von 1947, auf der Basis eines Planes, der bereits 1940 von einer Gruppe zionistischer Politiker und Militärs unter der Leitung Ben Gurions erarbeitet wurde und in den sog. Plan D (Dalet) mündete. Plan C, ein Vorgänger von Plan D, sprach eine deutliche Sprache über die Ziele:

- Angriff auf politische Führer, Widerständler, auf finanzielle Unterstützer des Widerstandes, auf Araber, die gegen Juden vorgegangen sind, sowie auf erfahrene arabische Offiziere (der Mandatsverwaltung);

- Zerstörung der Transportwege, lebenswichtiger und ökonomischer Ressourcen wie Brunnen, Mühlen usw.;

- Übergriffe auf Dörfer, Nachbarschaften, Clubs, Cafés, Treffpunkte etc. (Pappé 2006)

Damit die Ziele auch für jeden Militanten

erkennbar waren, wurde eine komplette Akte aller Dörfer und Orte erstellt, die nicht nur geographisch genaue Luftaufnahmen enthielt, sondern Details über die Bürgermeister, die soziale Mischung, Alter der Männer, Beziehungen zwischen den Dörfern, und vor allem eine Liste der Männer, die im Aufstand von 1936-39 gegen die britische Unterstützung der zionistischen Besiedlung beteiligt waren. Diese Akte aller Dörfer, in der Hand Elimelech Avnir's, Kommandeur der Hagana (Miliz), wurde zur Basis dessen, was unter "ethnic cleansing" verstanden werden muss. Es gab dazu "hilfreiche" Anweisungen:

"Diese Operationen sollen in folgender Weise durchgeführt werden: indem die Dörfer zerstört werden (in Brand setzen, in die Luft jagen, oder Minen in die Trümmer legen), und besonders dort, wo auf lange Sicht die Bevölkerung schlecht zu kontrollieren sein wird;... bei Widerstand müssen die militärischen Kräfte vernichtet und die Bevölkerung über die Staatsgrenzen hinaus vertrieben werden."

Innerhalb von sechs Monaten wurde diese "Mission", die mit Beschluss vom 10. März 1948 in die Tat umgesetzt werden sollte, in grausamster Weise erfüllt, mit Massakern, Hinrichtungen, Verwüstungen und Zerstörung. Das Ergebnis: 750.000 Flüchtlinge, in alle Himmelsrichtungen verstreut, 531 Dörfer waren zerstört und weitere 11 städtische Gebiete von ihren

Bewohnern entleert worden (...)

Pappé wagt sich - auf der Basis historischer israelischer Dokumente (Armee und Staatsarchive) - weit vor im israelischen Diskurs über diese Zeit, die im israelischen Geschichtsbewusstsein als der "Unabhängigkeitskampf" und deren Akteure als Helden und Märtyrer glorifiziert werden. Selbst aus dem internationalen Bewusstsein, so seine kritische Einschätzung, sind die tatsächlichen Ereignisse getilgt worden - obwohl es dramatische Berichte internationaler Beobachter gab, die auf die verübten Massaker hinwiesen und Einhalt forderten. Sein Buch, so hofft er, soll diesen Zustand ändern, was geschehen ist öffentlich machen, dieses Verbrechen ebenso als solches anerkennen, (...) **Nur über den schmerzlichen Weg in diese Vergangenheit könne eine "bessere Zukunft für Israelis und Palästinenser" entworfen werden.**

Bleibt noch zu fragen, ob dieser schleichende Genozid an den Palästinensern je aufgehört hat.

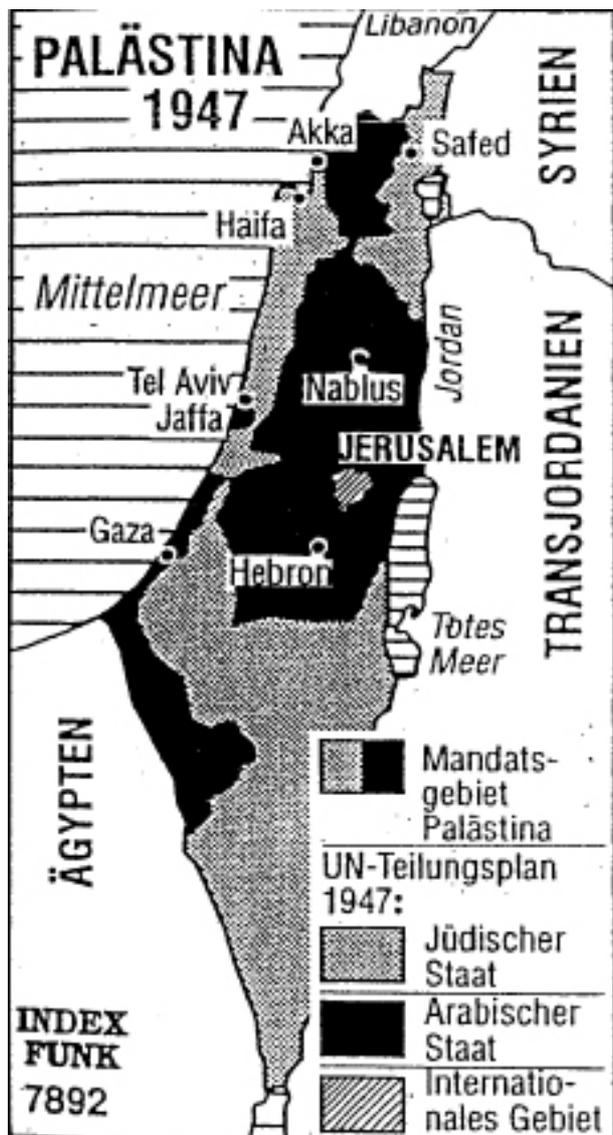
<http://dpg-netz.de>

Dr. Victoria Waltz ist Dozentin für Raumplanung an der Uni Dortmund und war 4 Jahre lang „Regierungs-Beraterin des palästinensischen Wohnungsbauministeriums in Gaza und Ramallah“. Mitglied der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft.

Zur Debatte über das Buch:

<http://www.steinbergrecherche.com/levante.htm>

UNO-Beschluss 1947: Teilung Palästinas



„Die Entscheidung über die Teilung Palästinas fiel, ohne dass man zuvor das palästinensische Volk als Hauptbetroffenen befragt hätte.

Der Vorschlag, in Palästina ein Referendum zu veranstalten, wurde von der UNO abgelehnt.“

(Walter Hollstein, „Kein Frieden um Israel“, S. 155)

Durch diese Teilung wurde den Juden, die ein Drittel der Bevölkerung Palästinas bildeten, 55% des Landes zugewiesen – Ebene und Tal, also der beste und ertragreichste Boden.

15. Mai 1948: Gründung des Staates Israel

Palästinensischer Staat	Jüdischer Staat	Jerusalem
11 600 km ²	15 100 km ²	176 km ²
749 000 Palästinenser	510 000 Palästinenser	105 500 P
9 500 Juden	499 000 Juden	100 000 J

Krieg 1948: Israel erweitert seine Staatsfläche



750 000 Palästinenser flüchten

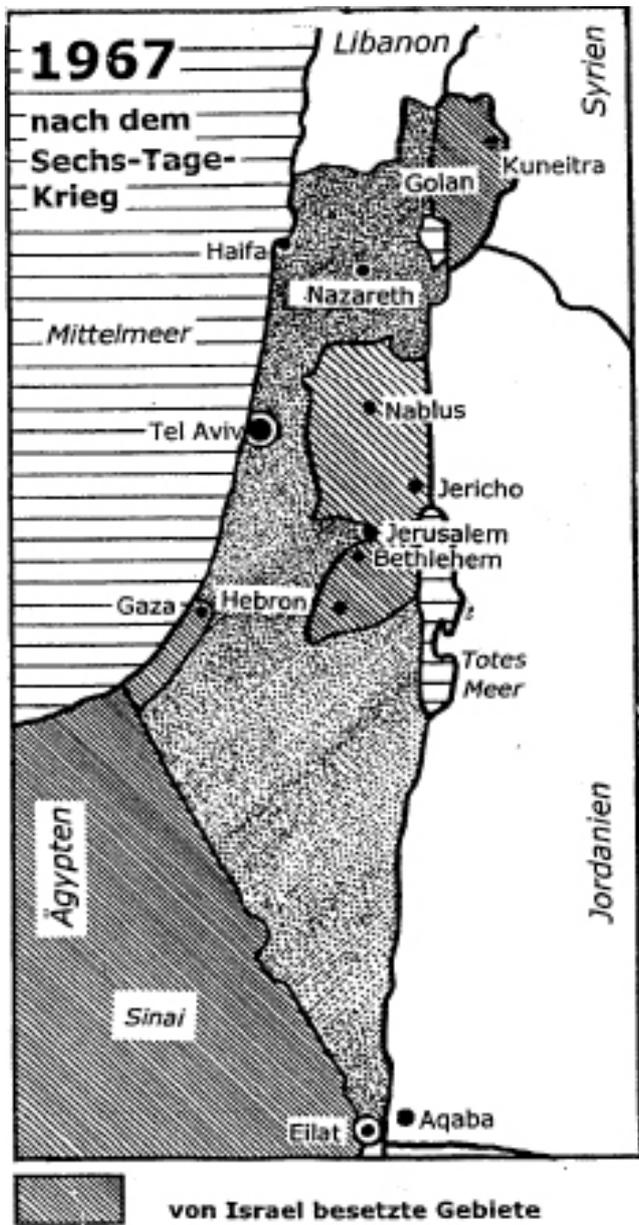
„Wir Juden zwangen die Araber, Städte und Dörfer zu verlassen (...) Einige von ihnen wurden mit Waffengewalt vertrieben; andere wurden mit List, Lüge und falschen Versprechungen zur Flucht animiert (...) Wir sind gekommen und haben aus Arabern als Bewohnern dieses Landes tragische Flüchtlinge gemacht.“ (Nathan Chofshi, Jewish Newsletter, New York, 9.2.1959)

„Ich konnte die ganze Nacht nicht schlafen. Was hier vor sich geht, verletzt mich, meine Familie und uns alle in unserer Seele (...)“ (Landwirtschaftsminister Aharon Zisling in der Kabinettsitzung vom 17. 11. 1948, zitiert in Le Monde Diplomatique 12/97)

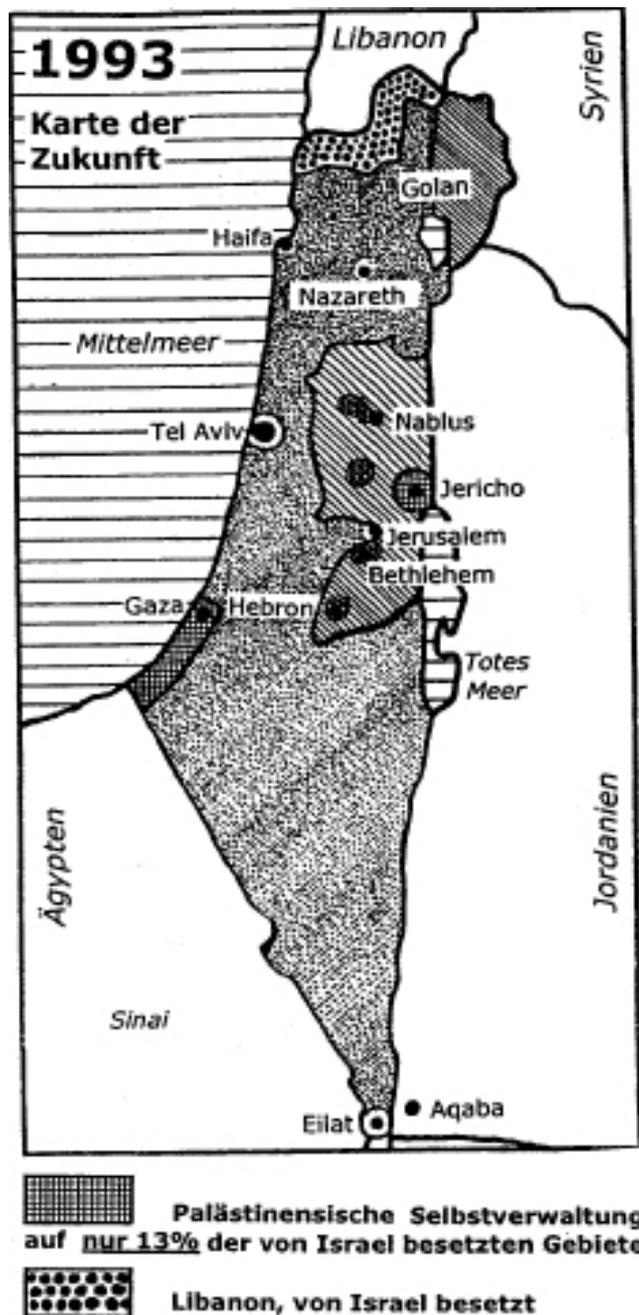
UNO-Resolution 194 vom 11.12.1948:

Erklärt u. a. das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr bzw. Entschädigung.

Juni 1967: Sechs-Tage Krieg



1993: Osloer Abkommen



UNO-Sicherheitsrat

Resolution 242 vom 22. 11.1967:

Der UN-Sicherheitsrat betont
„die Unzulässigkeit, Gebiete durch Kriege
zu erwerben.“

Gefordert wird u. a. „Rückzug der israeli-
schen Streitkräfte aus den Gebieten, die
während des jüngsten Konflikts besetzt
wurden.“

In dem Osloer Abkommen 1993

wurden wesentliche Fragen

nicht gelöst,

„darunter **Jerusalem, Flüchtlinge,
Siedlungen, Sicherheitsregelungen,
Grenzen, (...)**“

(aus dem Abkommen vom 13. September 1993 zwi-
schen Israel und der PLO)

Stimmen zu den Osloer Verträgen

Felicia Langer: Frieden mit Gerechtigkeit?

„Ich musste sehr schnell feststellen, dass in der „Grundsatzklärung“ von damals die wichtigsten Fragen ausgeklammert worden waren: die Wasserfrage, die Souveränitätsfrage, die Flüchtlingsfrage, die Frage der Landnahme, der Siedlungen und Jerusalems.

Es gab keine Vertragsklausel und es gibt bis heute keine solche, die klar feststellt, dass die Siedlungen völkerrechtswidrig sind. (...) Die PLO erkannte Israel an, aber

Israel erkannte nicht die Rechte der Palästinenser an, sondern die PLO als Vertreterin der Palästinenser. (...) Die Maxime, die die Grundlage der UNO-Resolution 242 bildet, dass nämlich Landerwerb durch Krieg unzulässig ist, wurde von Israel total abgelehnt und die PLO hat sich dazu nicht geäußert.“

(in Wissenschaft und Frieden Dez 1999,
<http://www.iwif.de/wf499-43.htm>)

Edward Said, Das Ende des Friedensprozesses

„Das Abkommen von Oslo, das vor dem weißen Haus unterschrieben wurde, bestand zum einen aus **zwei Erklärungen** „gegenseitiger Anerkennung“, die zwischen Israel und der PLO ausgetauscht wurden (obwohl Israel die PLO lediglich als Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannte), und zum anderen aus einer **Grundsatzklärung**, die die Interimsvereinbarungen für eine Truppenverschiebung statt eines Abzugs der israelischen Armee aus nicht genau bezeichneten Gebieten des Westjordanlandes außer Teilen von Gaza und Jericho festlegte. (S. 11)

(1995) „Die Hauptfragen bleiben freilich ungelöst

- Dazu gehört das Schicksal der Stadt Hebron (...). In Hebron gibt es Ausgangssperren, Häuser werden gesprengt, Menschen im Gefängnis geworfen oder umgebracht, während die Siedler selbstverständlich dort bleiben, wo sie waren, so provozierend und aggressiv wie immer, von der Armee in ihren Landbesetzungen geschützt.

- Es wird weiterhin Land enteignet und die Siedlungen breiten sich aus.

- Zu keinem Zeitpunkt wurde die Frage nach Reparationen aufgeworfen. (...)

- Noch immer sitzen 6000 palästinensische politische Gefangene in israelischen Gefängnissen.

- Israel kontrolliert nach wie vor allein die Wasser-

versorgung (auch wenn es den Palästinensern im Prinzip etwas mehr Wasser zugestanden hat)

- Und natürlich dauert auch die Militärbesatzung an. Rabins Plan zufolge soll die direkte Kontrolle, gleichbedeutend mit israelischen Truppen in den wichtigsten Zentren des Westjordanlandes, durch eine mittelbare Kontrolle ersetzt werden, das heißt durch israelische Truppen im Umland der Städte. Shimon Peres, den einige führende Palästinenser noch immer als ihre Größte Hoffnung bezeichnen, zeigt sich unnachgiebig, sobald es um die israelische Herrschaft und die israelischen Siedler geht. In einem Siegel-Interview vom 5. März dieses Jahres verwahrte er sich gegen die Unterstellung, die Siedlungen bedeuteten ein Hindernis für den Frieden. Die entscheidende Frage für den Frieden, so Peres kategorisch, laute, „Wie Siedler und Palästinenser miteinander auskommen.“ Kurz darauf sagte der Interviewer, er könne sich „nicht vorstellen, dass sämtliche Siedler nach einem Friedensabschluss im Westjordanland verbleiben“, woraufhin Peres antwortete: Das ist Ihre Meinung. Für mich ist das vorstellbar.“

Wenn dies die Art Frieden ist, wie sie die palästinensische Autonomiebehörde unter Arafat auszuhandeln vermag, dann sollten wir diesen Frieden bei seinem richtigen Namen nennen: es ist eine in die Länge gezogene, ungeordnete, verlogene und unrühmlich Kapitulation. „(s. 49-50)

Michael Warschawski (Alternative Information Center, Israel):

„Wie man Konflikte **nicht** löst – der Fall Israel-Palästina“

Der Oslo Prozess ist ein klares Beispiel dafür, wie man einen internationalen Konflikt NICHT löst.

Der Prozeß schlug aus folgenden Gründen fehl:

- Er basierte auf der Annahme eines „Konflikts“ (wie bei zwei miteinander kämpfenden Kindern) und nicht auf der einer Besatzung.

- Im Endergebnis wurde davon ausgegangen, dass die beiden Seiten symmetrisch seien und nicht von der Tatsache, dass die eine Seite die andere dominiert.

- Das Konzept des internationalen Rechts (inklusive der UN Resolutionen, internationale Konventionen) wurde von den Verhandlungen ausgeschlossen und durch „Kompro-

misse“ ersetzt.

- Es gab keine internationale Garantie, die ungleiche Kräfteverhältnisse auszugleichen und die Umsetzung der unterschriebenen Vereinbarungen sicherzustellen.

In einem solchen Rahmen würde jede „Lösung“ des israelisch-palästinensischen Konfliktes eine palästinensische Kapitulation erfordern. Die Tatsache, dass die Palästinenser das israelische Diktat nicht akzeptieren, führt dazu, daß die Kapitulation militärisch erzwungen werden wird.“

(Beitrag auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2003)

1995: Palästinensische Autonomie???

„Es darf nicht vergessen gehen, dass wir Palästinenser den Staat Israel auf 78 Prozent unseres Landes anerkannt haben. Es ist Israel, welches das Recht Palästinas, auf den restlichen 22 Prozent des Landes zu existieren, nicht anerkennt.“ (Marwan Barghuti, Mitglied der Palästinensischen Nationalversammlung und Fatah-Generalsekretär, Januar 2002. Er ist in israelischer Gefangenschaft)

Oslo II, 1995

■ Zone A (18 %)

steht unter palästinensischer Oberhoheit.

Sie umfasst die Städte – mit Ausnahme

von Jerusalem – und die Ortschaften. Die meisten haben keinen territorialen Zusammenhang.

□ In der Zone B (= 22 %)

hat Israel das Sagen in Sicherheitsfragen, während die Palästinenser nur die zivilen Fragen regeln dürfen.

■ In der Zone C, die über 60 Prozent des Landes umfasst, hat Israel weiterhin alle Rechte.

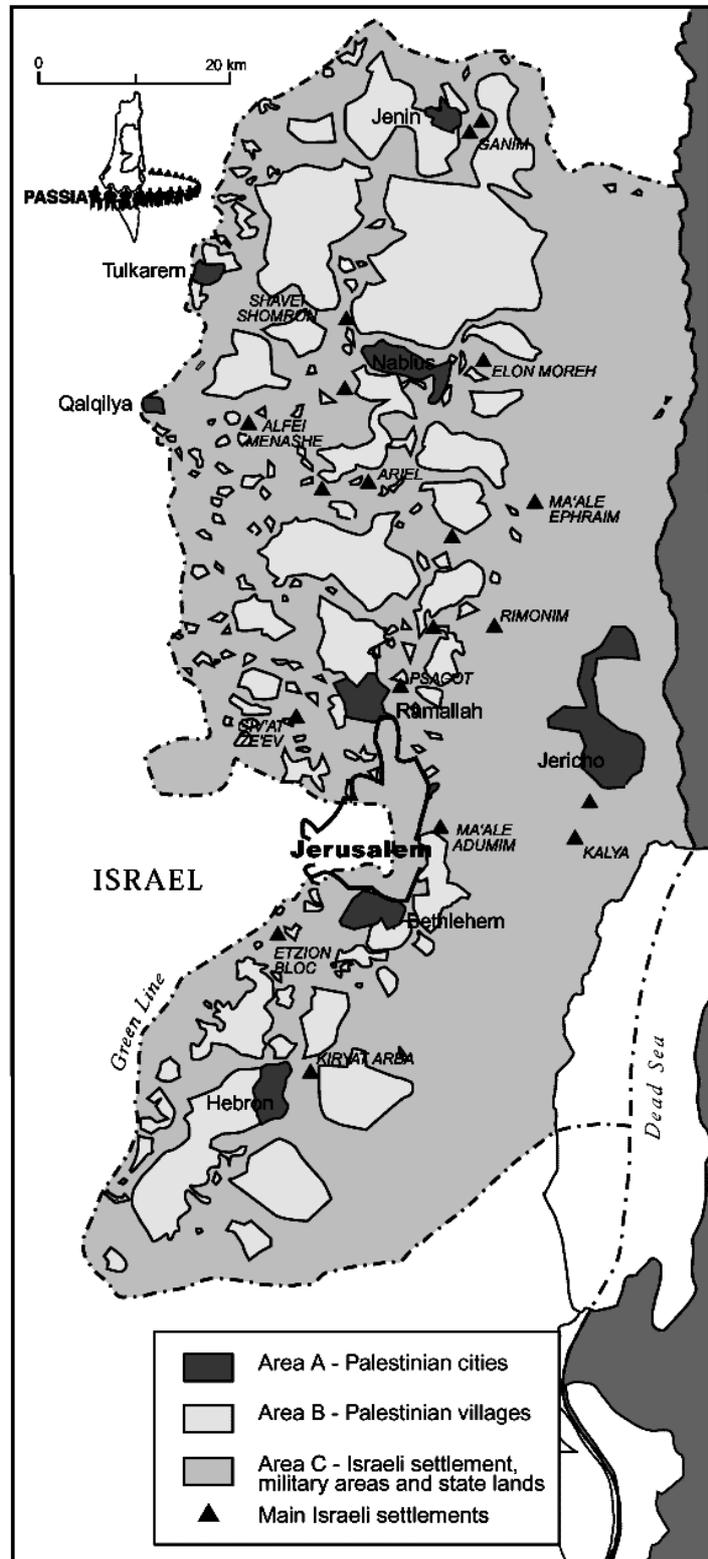
◆ Israelische Siedlungen, die trotz der ablehnenden UN-Beschlüsse errichtet wurden.

Es werden Straßen „nur für Israelis“ gebaut.

Die israelische Armee kontrolliert durch Straßensperren die Bewegungen der Palästinenser; Verhaftungen und monatelange Einsperrungen ohne Gerichtsverhandlungen finden statt.

Die Versorgung mit Wasser, Strom usw. steht unter israelischer Kontrolle.

Für die Palästinenser gibt es keine Baugenehmigung und die Häuser, die ohne Genehmigung gebaut worden sind, werden auf Anweisung Israels zerstört.



Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA)

2000: Camp David Treffen

Arafats Angebot



Baraks Angebot



Generaldelegation Palästinas

Warum sind die Vorschläge von Camp David 2000 von der palästinensischen Delegation abgelehnt worden?

Zu Jerusalem: Die israelische Position wird durch die Amerikaner vorgestellt. Die Palästinenser sollten die Souveränität über einige Viertel von Jerusalem erhalten. Die Stadtviertel außerhalb der Mauer bleiben unter israelischer Souveränität und erhalten eine Art Autonomie (Selbstverwaltung). Alle Stadtviertel innerhalb der Mauer werden in zwei Bezirke eingeteilt: das armenische und jüdische Viertel stellt einen Bezirk dar, die restlichen Viertel den anderen Bezirk, der einer besonderen Ordnung unterstellt ist. Trotz mehrerer Neuformulierungen blieb der Kern des Vorschlag gleich. So zum Beispiel gab es den Vorschlag eines souveränen palästinensischen Präsidentschaftssitzes in Jerusalem, so wie eine Botschaft.

Zu Grenzen: Die israelischen Forderungen begannen bei der Kontrolle über die palästinensischen Grenzen zu den arabischen Staaten (Ägypten und Jordanien). Später forderten sie die Souveränität über 15-20 % des Jordans, eines Teils des Jordantals, sowie die Annexion von 10,5 % der westlichen Grenze, die die Siedlungen umfasst, obwohl alle Siedlungen in der Westbank zusammen nicht mehr als 1,8 % der palästinensischen Gebiete umfassen.

Zu Sicherheit: Die Israelis haben drei bis fünf Basen als Beobachtungsposten gefordert. Außerdem verlangten sie eine Anzahl von Basisstützpunkten für israelische Streitkräfte. Sie forderten die absolute Kontrolle des Luftraums und die Stationierung ihrer Überwachungsposten an den internationalen Grenzen, um Personen, Waren und Waffen zu kontrollieren. Der palästinensische Staat sollte frei von Waffen sein.

"Camp David war ein Diktat"

Dr. Ilan Pappé, Jahrgang 1954, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Haifa (Israel) und Leiter des dortigen Instituts für Konfliktforschung.

Uri Avnery: 12 gebräuchliche Lügen über Israel und Palästina, 21.10.2000

Lüge Nr. 3: "Arafat ließ Camp David platzen."

Am Tag vor seiner Abreise zum Gipfel gab Barak fünf so genannte "Rote Linien" bekannt, die er unter keinen Umständen überschreiten wollte. Darunter waren: die israelische Souveränität über die ganze Altstadt von Jerusalem, keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, 80 Prozent der Siedler sollten bleiben, wo sie waren, keine Rückkehr auch nur eines einzigen Flüchtlings nach Israel! Später weichte er einige dieser Essentials auf, allerdings nicht genug, um auch nur in die Nähe einer Vereinbarung zu kommen.

Lüge Nr. 4: "Immer müssen wir geben, geben, geben. Arafat gibt überhaupt nichts."

Als die Palästinenser einer Friedensregelung zustimmten, die auf der Grenzziehung vor 1967 beruhte (die Grüne Linie), gaben sie schon von vorneherein 78 Prozent ihres Lands zwischen dem Meer und dem Jordan auf. Sie sind bereit, ihren Staat auf den restlichen 22 Prozent zu errichten. (...)

Das Problem lässt sich aber nicht nur in Prozentpunkten ausdrücken. Barak scheint lediglich 10 Prozent vom besetzten Gebiet zu verlangen. Berücksichtigt man aber die Gebiete, die er im Großraum Jerusalem annektieren und im Jordantal unter seine "Sicherheitskontrolle" stellen will, sind es in Wirklichkeit fast 30 Prozent. Was aber noch schlimmer ist: Nach der Landkarte, die er den Palästinensern vorlegte, würden diese Prozentpunkte das Land von Osten nach Westen und von Norden nach Süden zerschneiden, sodass der Palästinenser-Staat aus einer Vielzahl von Inseln bestehen würde, von denen jede von israelischen Siedlern und Soldaten umgeben wäre.

Lüge Nr. 12: "Wir haben keinen Partner für den Frieden."

Richtig, wir haben keinen Partner für einen Frieden, der den Palästinensern die Kapitulation vor einem israelischen Ultimatum abverlangt. Wir haben sehr wohl einen Partner für einen Frieden, wenn er auf Gleichheit und gegenseitigem Respekt beruht.

(Auszüge, aus dem Englischen: Peter Strutyński, Friedensratschlag.de)

Resolution der UN-Menschenrechtskommission, 15. April 2002

Die Kommission bestätigt das **Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand** gegen die israelische Besatzung.

Sie verurteilt aufs Schärfste:

- die Verletzung der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten durch die israelische Besatzungsmacht;
- die Besatzung der palästinensischen Gebiete durch Israel;
- den Krieg der israelischen Armee gegen die palästinensischen Städte und Flüchtlingslager, welcher zum Tod von hunderten von palästinensischen Zivilisten, darunter Frauen und Kinder geführt hat;
- die „Liquidierung“ bzw. die Exekutionen ohne Gerichtsurteil von Palästinensern durch die israelische Armee;

- den Bau neuer Siedlungen und die Ausdehnung schon vorhandener Siedlungen;
- die Landenteignung;
- die ungerechte Verwaltung der Wasserressourcen;
- den Bau von Umgehungsstraßen;
- die Enteignung von palästinensischen Häusern in Jerusalem;
- die Einziehung von Personal und ausweisen der Einwohner von Ost-Jerusalem;
- die Sondersteuern auf Produkte und die extrem überhöhten Gebühren, die dem Zweck dienen, Palästinenser aus Jerusalem zu vertreiben;
- die Anwendung von Folter beim Verhör von Palästinensern;
- die Brandstiftung der Geburtskirche und der Omar Ibn Al-Khattab Moschee in Bethlehem und die Artillerieschüsse gegen die Al-Baik- und Al-Kabir-Moscheen in Nablus;

- die Angriffe der israelischen Besatzungsarmee gegen Krankenhäuser und Kranke und den Einsatz von palästinensischen Bürgern als lebende Schutzschilde beim Einmarsch israelischer Truppen in die palästinensischen Gebiete;
- den Beschuss von Krankentransporten und medizinischem Personal durch die israelische Armee;

Die Kommission ist tief besorgt:

- über die Verschlechterung der Menschenrechtssituation;
- über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Yasser Arafat;
- über die Verhaftung von vielen Palästinensern und die fortgesetzte Inhaftierung von Tausenden von Palästinensern.

(...)

Quelle: un.org Eigene Übersetzung

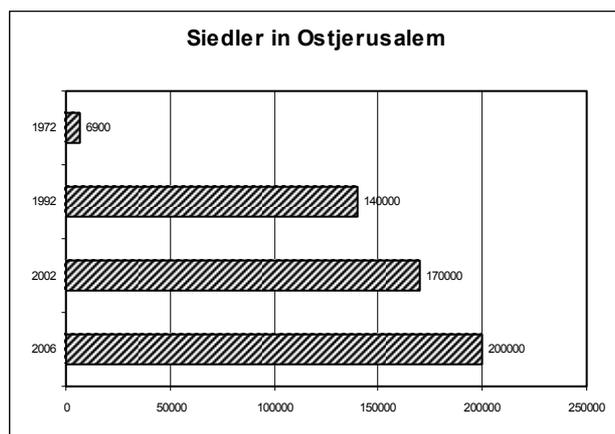
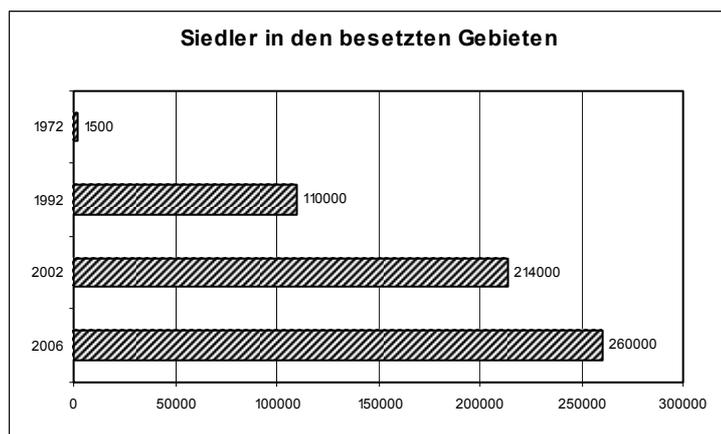
**„Die UN-Generalversammlung erklärt,
dass die israelischen Siedlungen**

**in allen seit 1967 von Israel besetzten Gebieten illegal sind
und ein Hindernis für den Frieden darstellen.“**

Beschlüsse vom 5.5.1997, 20.10.2000, 10.12.2001, 20.12.2001, 7.5.2002, ...



Steigende Zahl der israelischen Siedler



*Der Schriftsteller David Grossman, und mit ihm die Bewegung "Frieden jetzt",
fordert die Auflösung der Siedlungen.*

Ähnlich sieht es Jossi Sarid, Abgeordneter der linken Merets-Partei in der Knesset:

*"Dass die Siedlungen derzeit im Zentrum des Konflikts stehen, bedeutet vor allem eine Gefährdung ihrer
Bewohner, aber auch der Soldaten. Diese Kolonien müssten sofort aufgelöst werden."*

(Alain Gresh, Le Monde Diplomatique, Dezember 2001)

Resolutionen der UN-Generalversammlung

5. Mai 1997

A/RES/ES-10/2. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„Die Generalversammlung(...) 3. erklärt (...), dass die israelischen Siedlungen in allen seit 1967 von Israel besetzten Gebieten illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen; (...)“

20. Oktober 2000

ES-10/7. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„Die Generalversammlung(...) 5. erklärt erneut(...), dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen, und fordert die Verhütung illegaler Gewalthandlungen seitens der israelischen Siedler; (...)“

20. Dezember 2001

ES-10/8 Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

„Die Generalversammlung(...) erneut darauf hinweisend, dass die Besatzungsmacht Israel sich strickt an ihre rechtlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten aus dem Vierten Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten halten muss, (...) 2. verurteilt alle Akte des Terrors, insbesondere diejenigen, die gegen Zivilpersonen gerichtet sind; (...)“

20. Dezember 2001

ES-10/9 Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung(...) unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, namentlich die Resolutionen 237, 242, 271, 338, 446, 452, 465, 468, 469, 471, 476, 478, 484, 592, 605, 607, 608, 636, 641, 672, 673, 681, 694, 726, 799, 904 und 1322, (...) die Position der internationalen Gemeinschaft bekräftigend, dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Ost-Jerusalems illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen, (...)“

10. Dezember 2001

56/61 Israelische Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems und im besetzten syrischen Golan

Die Generalversammlung (...) mit dem Ausdruck ihrer ernststen Besorgnis über die Fortsetzung der Siedlungstätigkeit durch Israel (...)

1. erklärt erneut, dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems und in dem besetzten syrischen Golan unrechtmäßig sind und ein Hindernis für den Frieden und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung darstellen; (...)“

10. Dezember 2001

56/62 Israelische Praktiken, die die Menschenrechte des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems beeinträchtigen

Die Generalversammlung (...) besorgt über die anhaltende Verletzung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes durch die Besatzungsmacht Israel, insbesondere über die Anwendung der kollektiven Bestrafung, der Abriegelung von Gebieten, die Annexion von Land und die Errichtung von Siedlungen (...)

2. verlangt, dass die unter Verletzung des Vierten Genfer Abkommens von 1949 ergriffenen Maßnahmen, einschließlich der Praxis außergerichtlichen Tötungen, unverzüglich eingestellt werden;

6. fordert die Besatzungsmacht außerdem auf, alle Grundfreiheiten des palästinensischen Volkes uneingeschränkt zu achten; (...)“

7. Mai 2002

ES-10/10. Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung(...) ernsthaft besorgt über die zahlreichen Todesopfer und Verletzten unter den palästinensischen Bevölkerung sowie über die Zerstörung öffentlichen und privaten Eigentums, einschließlich Wohnhäusern und Einrichtungen der Palästinensischen Behörde,

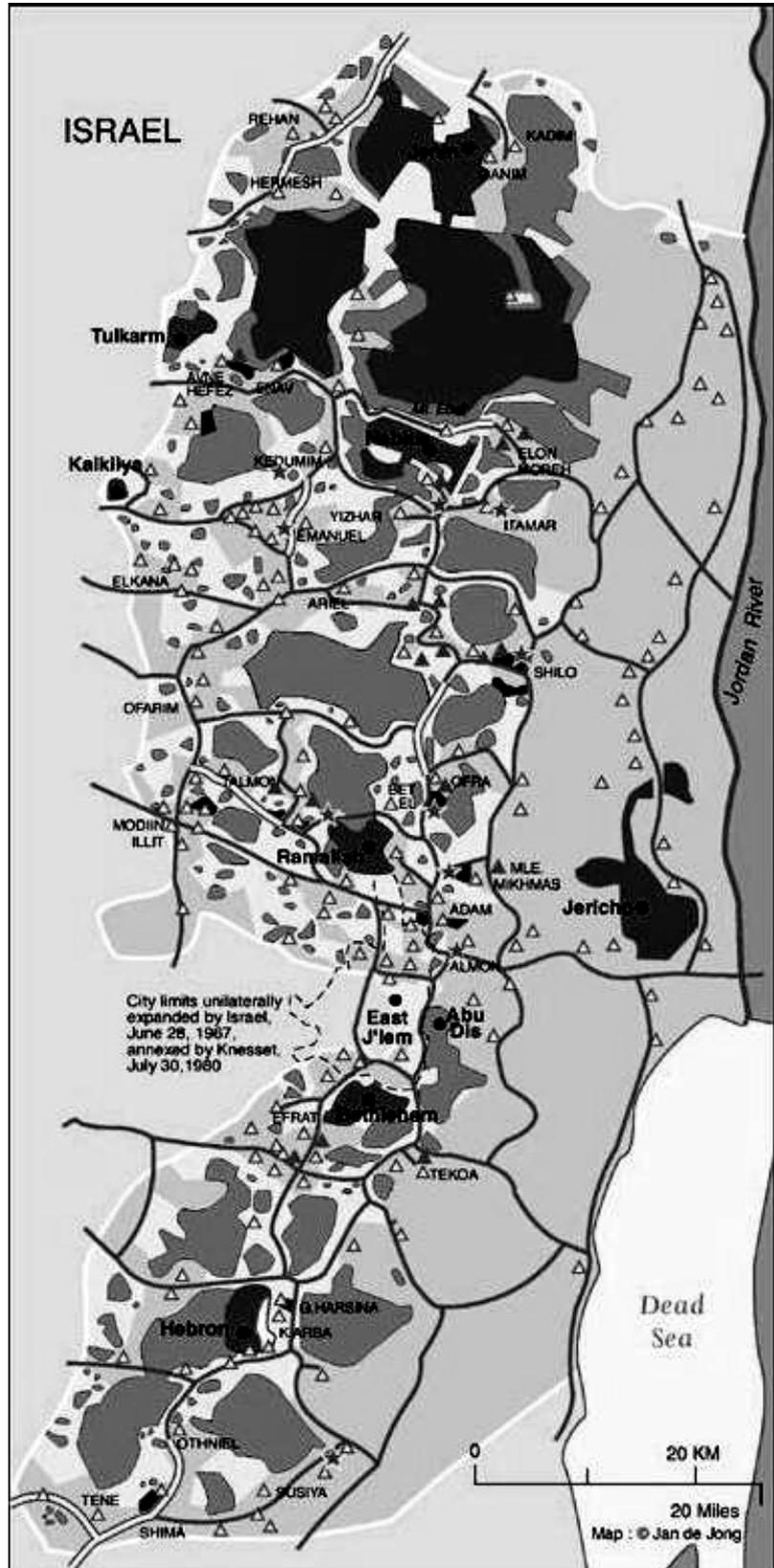
(...) beklagend, dass Israel die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats missachtet und betonend, dass es diesbezüglich volle Rechenschaft abzulegen hat, (...)

1. verurteilt die Angriffe, die die israelischen Besatzungstruppen in mehreren palästinensischen Städten, insbesondere im Flüchtlingslager Dschenin, auf die palästinensische Bevölkerung verübt haben; (...)“

„Teile und herrsche“ - Israelische Straßen zerstückeln die palästinensischen Gebiete

„Zerteilt in 63 nicht zusammenhängende Kantone, völlig eingekesselt und belagert von israelischen Truppen, durchsetzt mit 140 Siedlungen mit ihrem eigenen Straßennetz, verboten für „Nichtjuden“, sind die Palästinenser inzwischen unter der Besatzung auf 60% Arbeitslosigkeit und einer Armutsrate von 50% reduziert worden (die Hälfte der Bevölkerung von Gaza und der Westbank lebt von weniger als 2 Dollar pro Tag).“
(E.Said)

- Straßen
- Zone A
- Zone B
- Zone C
- israelische Siedlungen



Checkpoints der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten

Die Palästinenser müssen lange Warteschlangen an den israelischen Checkpoints auf sich nehmen und werden öfters von israelischen Soldaten schikaniert und gedemütigt.

Die Folgen:

Gesundheits-Versorgung:

-Kranke (z.B. Dialyse-Patienten) können nicht rechtzeitig die Klinik erreichen und sterben deshalb.

- Babys werden am Straßenrand geboren. Sie oder die Mütter sterben, wenn sie trotz gesundheitlicher Gefahren nicht ins Krankenhaus transportiert werden.

Bildung: Der Unterricht an Schulen und Universitäten ist extrem behindert, da Schüler und Lehrer gar nicht oder nur mit Verzögerung durch die Checkpoints gelassen werden.

Wirtschaft: Weder Tiere noch Futtermittel können planmäßig die Sperren passieren. Viele Tiere sterben elendig.

- Lebensmittel und Blumen verkommen bei der Hitze.
- Die Menschen können oft nicht zum Arbeitsplatz.

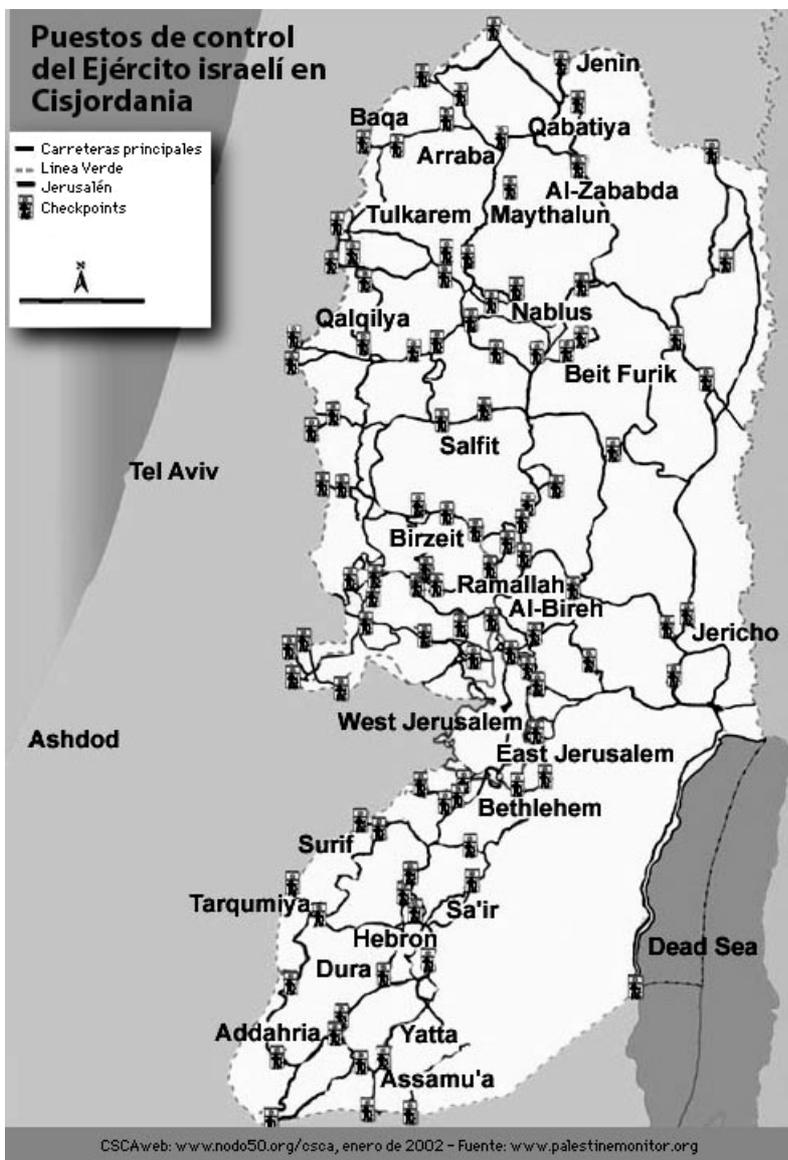
Würde, Kultur, Soziales:

- Verwandte und Freunde können sich entweder gar nicht oder nicht wirklich entspannt treffen.
- Spontaneität, die Voraussetzung für Kultur, unbekümmerte Kontakte und Lebensfreude, wird im Keim erstickt.

Wahlen: Wie sollen Wahlen durchgeführt werden, wenn sich die Menschen nicht frei bewegen dürfen?

UNO-Sonderberichterstatter John Dugard über die Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, 21.1.2008 (A/HRC/7/17):

„Die Menschenrechtssituation im Westjordanland hat sich verschlechtert: Siedlungen breiten sich aus, der Bau der Mauer geht weiter, die Zahl der Kontrollpunkte hat sich erhöht. Militärische Einfälle und Verhaftungen sind mehr geworden. 779 palästinensische Häftlinge sind frei gelassen worden, aber 11.000 verbleiben in israelischen Gefängnissen.“



<http://www.machsomwatch.org/eng/picturesNablus.asp?link=pix?lang=eng>

Häuserzerstörungen



„Die Zerstörung palästinensischer Häuser durch den israelischen Staat und das Militär nahm seinen Anfang bereits während des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948/49 mit der Zerstörung von 418 palästinensischen Dörfern.

Von 1949 bis 1958 zementierte der israelische Staat in der Gesetzgebung des Landes sein Recht, sogenannte "illegale" palästinensische Häuser innerhalb Israels zu zerstören. Mit der Verweigerung von Bauplänen konnten Häuser für illegal erklärt und damit zur Zerstörung freigegeben werden. Offizielle Begründungen für diese Zerstörungen waren jedoch nicht nur administrativer Natur, wie zum Beispiel der Vorwurf des Verstoßes gegen Baupläne oder des Fehlens einer Baugenehmigung, sondern oft wurden vom israelischen Militär auch Sicherheitsbedenken und mögliche Bedrohungen angeführt.

Die Zerstörungen von Häusern an den Rändern palästinensischer Dörfer und Städte zielen offensichtlich auf den Stopp der Erweiterungen dieser Orte, die mit dem natürlichen Wachstum der Gemeinden notwendig werden. Gleichzeitig wird mit der Zerstörung palästinensischer Häuser und der Beschlagnahmung von Agrarflächen auf eine Erweiterung der israelischen Siedlungen hingearbeitet.

In engem Zusammenhang mit diesen Siedlungserweiterungen und der allgemeinen Siedlungspolitik steht auch der Bau von Umgehungsstraßen, die die verschiedenen israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten direkt miteinander verbinden und gleichzeitig das von Palästinensern bewohnte Gebiet zerstückeln. Auf dem durch Zerstörung und Beschlagnahmung gewonnenen Land entstehen nicht nur Umgehungsstraßen, Industriegelände und Freizeitanlagen, sondern es werden auch nationale Autobahnen und Landstraßen gebaut, die Israel und Jordanien direkt miteinander verbinden und den Transit unter Umgehung palästinensischer Kontrollposten ermöglichen. Alle diese Straßen ermöglichen den Israelis den Verkehr unter Umgehung der Zonen A und B sowie palästinensischer Städte und Dörfer.

Ein weiterer Trend scheint auf die Verschiebung der Grünen Grenze auf besetztes palästinensisches Gebiet zu sein. Bereits in den letzten zehn Jahren wurde jegliche Bautätigkeit in den grenznahen Gebieten eingefroren und, wie bereits zuvor erwähnt, finden Zerstörungen in der Zone C der West Bank vermehrt in den Gebieten nahe der Grünen Grenze statt. „

(Palästinensische Generaldelegation,
http://www.palaestina.org/politik/israelische_politik/haeuserzerstoerung.php)

Ellen Rohlfs „Höre Israel!“ – Höre Europa!

Ein palästinensisches Dorf wurde zerstört - nicht 1948 – nicht 1967 Nicht im Laufe kriegerischer Auseinandersetzungen.

Kein Rachefeldzug – keine Vergeltung

Es war am 5. Juli 2005 – es herrschte Waffenstillstand. Alle Welt lauscht den unüberhörbaren Vorbereitungen des Rückzugs im Gazastreifen – Keiner schaut ins ferne, stille und heiße Jordantal . Und nur ein Fetzen Papier mit einer Notiz des Militärs, an eine Hauswand gepinnt, kündigte an: „Die Häuser von Tana werden demoliert“– sie seien ohne israelische Genehmigung gebaut. Die Bewohner, Bauern und Hirten, kannten niemand, den sie um Rat und Hilfe bitten konnten. So geschah das Verbrechen ohne Zeugen; (...)

Israelisches Militär demolierte die Wohnstätten von etwa hundert Familien, die seit Jahrhunderten hier am Rande des Jordangrabens, vor allem in Höhlen leben, in einer Gegend die in heiligen Büchern schon vor 3500 Jahren genannt wurde. Die Schule, vor 6 Jahren gebaut, wurde

auch zerstört. Haben Kinder der „einzigen Demokratie in Nahost“ nicht ein Recht auf Bildung?

Nur die Moschee – Jahrhunderte alt – blieb stehen. Welch Pietät! ? Auch die Autos wurden zerstört – warum wohl? Waren auch sie ohne Genehmigung gebaut?

Keiner hört die entsetzten Schreie der Mütter, das Weinen der Kinder, keiner sieht die vor Schreck erstarrten Blicke der hilflosen Männer – bis jetzt war keiner „Terrorist“.

Wurde jetzt nicht unendlicher Hass, Wut und Zorn gesät? Vielleicht wundern sich Europäer in 10 oder 20 Jahren, und fragen warum und wieso sich ein Araber in der U-Bahn in die Luft sprengt und Unschuldige mit in den Tod reißt.

In Tana wurde 100 unschuldigen, armen Familien die Lebensgrundlage genommen. Und in Ost-Jerusalem stehen heute 88 und 12 weitere Häuser neu auf der Abrissliste.

Und keiner fragt hier, warum? Höre, Europa, höre doch!

http://erhard-arendt.de/deutsch/palestina/Stimmen_deutsch



500 Jahre alte Olivenbäume werden herausgerissen und nach Israel abtransportiert.

In Hintergrund: Demonstration gegen diese Zerstörungen

<http://stopthewall.org/photos/134.shtml>

STOP CATERPILLAR



Caterpillar ist international der grösste Hersteller von Baumaschinen sowie Diesel- und Gasmotoren. Die von Caterpillar angefertigten Bulldozer wurden von Israel in den seit 1967 besetzten Gebieten von Anfang an eingesetzt. Sie spielen in der israelischen Besatzungspolitik eine zentrale Rolle und werden insbesondere bei der Zerstörung von palästinensischem Wohnraum und dem Bau der illegalen Trennmauer verwendet. Innerhalb der letzten sechs Jahre wurden in den besetzten Gebieten mit Hilfe von Caterpillar mindestens 4270 Häuser - vor allem entlang der Trennmauer - dem Erdboden gleichgemacht. Die Zahl der seit Beginn der Besatzung zerstörten Häuser wird auf über 12000 geschätzt. Neben Wohnhäusern werden durch die Bulldozer auch grosse Teile der Infrastruktur, Ackerland, Einrichtungen zur Wasserversorgung, Schulen und Spitäler zerstört. Diese mithilfe von Caterpillar durchgeführten Aktionen dienen der systematischen Zerstörung der Lebensgrundlage der PalästinenserInnen, mit dem Ziel, sie zu verdrängen und ihr Land zu annektieren.

International anerkannte Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch sowie NGOs aus verschiedenen Ländern fordern Caterpillar schon seit Jahren auf, die Zusammenarbeit mit Israel zu beenden. Sie machen die Firma für Menschenrechtsverletzungen und Verstösse gegen diverse Resolutionen und internationale Abkommen mitverantwortlich.

Als Besatzungsmacht hat Israel gemäss der Vierten Genfer Konvention die Pflicht, den Lebensstandard der Bevölkerung in den besetzten Gebieten aufrecht zu erhalten, und darf die demographischen Verhältnisse im Land nicht verändern. Häuserzerstörungen wären nur im Fall militärischer Notwendigkeit zulässig, und auch nur, wenn die ansässige Bevölkerung frühzeitig gewarnt, evakuiert und für den Verlust

entschädigt würde. Israel hält sich an keine dieser Vorschriften. Caterpillar ist sich der fragwürdigen Verwendung seiner Maschinen durch Israel bewusst. Vor allem mit der Zerstörung des Flüchtlingslager Jenin 2002, dem Tod der Friedensaktivistin Rachel Cottie 2003 und den Häuserzerstörungen in der Stadt Rafah 2004 kam der Konzern international in die Schlagzeilen und geriet in Kritik.

Neben dem lukrativen Geschäft mit Baumaschinen hat sich Caterpillar mit dem Vertrieb von Schuhen und Mützen ein nicht minder ertragreiches zweites Standbein geschaffen und geht regelmässig mit neuen Schukollektionen an die Öffentlichkeit. Vor allem in diesem Bereich kann man den wirtschaftlichen Druck auf Caterpillar durch aktiven Boykott erhöhen und die Firma zur Beendigung der Zusammenarbeit mit Israel auffordern.



Zerstörung des Einkaufszentrums in Nazlat 'Isa, nördlich von Tulkarem (2003)

<http://stophthewall.org/photos/30.shtml>

Kriege um Wasser: Israel und die Westbank

Aus: Der Kampf um das blaue Gold, S. 114 bis 116 (Rotpunktverlag 2003)

Der Krieg zwischen Israelis und Palästinensern ist bis zu einem bestimmten Grad ein Krieg um Wasser. Der umstrittene Fluss heißt Jordan, und er wird von Israel, Jordanien, Syrien, dem Libanon und der Westbank genutzt. Israels industrielle Landwirtschaft ist auf das Jordanwasser ebenso angewiesen wie auf das Grundwasser der Westbank. Obwohl nur 3 Prozent des Jordanbeckens in Israel liegen, sichert der Fluss 60 Prozent des israelischen Wasserbedarfs.

Zugang zu Wasser war eine der Voraussetzungen für die Gründung des Staates Israel. „Es ist unerlässlich, dass die Wasserressourcen, von denen die Zukunft des Landes abhängt, nicht außerhalb der Grenzen der künftigen jüdischen Heimstätte liegen“, schrieb 1973 Israels früherer Ministerpräsident David Ben Gurion. Und weiter: Aus diesem Grund haben wir stets verlangt, dass das Land Israel das Südufer des Litani-Flusses, den Oberlauf des Jordan und die Hauran-Region ab der El-Aura-Quelle südlich von Damaskus umfasst.

Der Konflikt um Wasser begann 1948, als Israel im Rahmen des National Water Carrier Project eine gigantische Wasserleitung vom Jordan in die Negev-Wüste baute, um die dortigen Felder zu bewässern. Das Projekt führte zu Spannungen mit Syrien. Zur Lösung der Wasserkonflikte zwischen Israel, Syrien und Jordanien schlug der US-Sonderbeauftragte Eric Johnston 1953 den „Unified Development of Water Resources“-Plan vor. Doch Syrien lehnte den Plan ab. Seither ist der israelisch-syrische Grenzkonflikt untrennbar mit der Wasserfrage verwoben. Der frühere israelische Ministerpräsident Levy Eshkol erklärte 1962, „Wasser ist das Blut in unseren Adern“, und die Verweigerung des Zugangs zu Wasser sei für Israel ein Kriegsgrund.

In den Jahren 1987 bis 1988 flossen 67 Prozent der israelischen Wasserressourcen in die Landwirtschaft, der Rest versorgte die Industrie und die Privathaushalte. Bis 1992 sank der Anteil der Landwirtschaft zwar auf 62 Prozent, doch bleibt sie nach wie vor der größte Wasserverbraucher. Während im Jahr 2000 rund 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Israels bewässert wurden, verbrauchten die palästinensischen Dörfer nur 2 Prozent des israelischen Wasser. So heizt die ethnisch und religiös begründete Wasser-Apartheid den israelisch-palästinensischen Konflikt zusätzlich auf.

Als Israel im Zuge des Sechstagekriegs 1967 die Westbank und die Golan-Höhen besetzte brachte es im End-

effekt die Süßwasserressourcen der Golan-Höhen, den See Genezareth, den Jordan und die Westbank in seine Gewalt. Der Nahost-Experte Ewan Anderson schrieb hierzu: „Die Westbank ist für Israel eine entscheidende Wasserquelle, und man könnte sagen, dass dieser Aspekt alle anderen politischen und strategischen Faktoren überwiegt.“

Während in den Jahren 1967 bis 1982 das Militär die Wasserressourcen der Westbank kontrollierte, ist dafür heute das israelische Wasserversorgungsunternehmen Mekorot zuständig. Mekorot speist das Westbank-Wasser, das zwischen 25 und 40 Prozent des israelischen Wasserbedarfs deckt, in das landesweite Leitungsnetz ein. Israel verbraucht 82 Prozent der gesamten Wasserressourcen der Westbank, die Palästinenser nur 18 bis 20 Prozent. Der Wasserverbrauch der Palästinenser wird von der israelischen Regierung kontrolliert und beschränkt. In einem Militärbefehl von 1967 heißt es: „Niemand hat die Erlaubnis, ohne eine neue amtliche Genehmigung ein Wasserwerk zu errichten, zu besitzen oder zu verwalten (als Wasserwerk gelten jede Vorrichtung zur Entnahme von Grund- oder Oberflächenwasser und jede Wasseraufbereitungsanlage). Die Genehmigung kann ohne jede Angabe von Gründen verweigert werden. Ebenso kann eine Genehmigung ohne jede Angabe von Gründen entzogen oder geändert werden. Die zuständigen Behörden dürfen jede Wasserressource, für die keine Genehmigung vorliegt, beschlagnahmen, auch wenn gegen den Besitzer noch kein rechtskräftiger Beschluss vorliegt.“

1999 durften die Palästinenser nur 7 Brunnen bohren. Die Bohrtiefe war auf 140 m beschränkt, während israelische Brunnen bis in Tiefen von 800 m vorstoßen dürfen.

In dem Maße, wie sich die Wasserknappheit durch Trockenheit und Übernutzung verschlimmert, verschärfen sich die damit einhergehenden Konflikte. Der Wasserspiegel des Sees Genezareth ist seit 1993 um 4 Meter gefallen und hat einen Jahrhunderttiefstand erreicht. 1999 musste Israel den Wasserverbrauch der Landwirtschaft in Folge von Trockenheit um 10 Prozent reduzieren. Manche Prognosen gehen davon aus, dass Israel keine andere Wahl bleibt, als seinen Wasserverbrauch einzuschränken, den Anbau von Baumwolle und Orangen einzustellen und stattdessen trockenresistente Nahrungspflanzen anzubauen.

Kein Wasser für die Palästinenser

Während Israelis das ganze Jahr über Leitungswasser für ihre privaten und ökonomischen Bedürfnisse nutzen können, haben viele Palästinenser keinen bzw. keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser. Die Verknappung auf der palästinensischen Seite führt zu gesundheitlichen, ökonomischen und ökologischen Schäden.

Seit der militärischen Besetzung der Westbank (WB) und des Gazastreifens 1967 kontrolliert Israel alle Grundwasserspeicher westlich des Jordans, den Tiberias-See (See Genezareth) und weitgehend auch den oberen und unteren Jordan mit seinen Zuflüssen. Mit Hilfe einer Vielzahl von geänderten Gesetzen und sog. „Military Orders“ wurde die Wasserverteilung extrem einseitig zu Gunsten des israelischen Staatsgebiets und der israelischen Siedlungen im Westjordanland verschoben. Palästinensische Ortschaften werden seit 1982 an das israelische Wasserleitungsnetz angeschlossen und müssen überhöhte Wasserpreise an die israelische Wassergesellschaft Mekorot bezahlen: (5)

Für Palästinenser:

- Durchschnittl. Wasserverbrauch pro Kopf: 32 Liter/Tag, Wasserpreis: 4,6 Schekel/m³ (6)
- 20% der palästinensischen Dörfer der WB waren 1995 (Interim-Abkommen) noch nicht an das Leitungsnetz angeschlossen. (8) Im Jahr 2001 mussten laut israelischer Menschenrechtsorganisation B'Tselem 215.000 Palästinenser Wasser von Tankwagen kaufen. Wegen der Militärsperren erreichen nur wenige Tankwagen entferntere Dörfer, was den Wasserpreis weiter steigen lässt. (2)
- Die angeschlossenen Haushalte leiden besonders im Sommer unter einer Verknappung des Wasserangebots. Die Wasserversorgung wird willkürlich für ganze Dörfer abgestellt, so dass z. B. nur einmal pro Woche für einige Stunden Wasser fließt. (6)
- Es wird zu wenig in die Instandhaltung des Leitungsnetzes investiert: bis zu 60% Wasserverluste durch Leckagen. (8)
- Die Palästinenser erhalten keinen Zugang zur Nutzung des Wassers aus dem Fluss-System des Jordans.

Für Israelis:

- Durchschnittl. Wasserverbrauch pro Kopf: 220 Liter/Tag, Wasserpreis: 0,8 Schekel/m³ (6)
- Für Siedler im Westjordanland: 330 Liter/Tag, Wasserpreis: 0,3 Schekel/m³ (6)
- Es gibt keine Beschränkungen hinsichtlich des Wasserverbrauchs: Auch in Dürrezeiten werden Autos gewaschen, Rasen gesprengt und öffentliche Parks bewässert. (2)
- Von dem erneuerbaren (durch Regenfälle wieder auffüllbaren) Grundwasser der Westbank werden 81% an Israel und die israelischen Siedler der Westbank geliefert. (5)
- Bis zum Abzug der ca. 6.000 israelischen Siedler aus dem Gazastreifen erhielten diese 40% des Wasservorrats aus diesem Gebiet, während die über 1.000.000 dort lebenden Palästinenser mit den restlichen 60% auskommen mussten. (6)
- Die Entnahme von Wasser aus dem Fluss-System des Jordans ist ausschließlich Israelis vorbehalten.

•Folgen der Grundwasserabsenkung durch übermäßige Wasserentnahme:

Für Palästinenser:

- Die israelische Militärregierung genehmigt den Palästinensern nur eine Brunntiefe von 60 bis 150 m, so dass viele Brunnen zeitweilig oder dauerhaft versiegen. (5)
- Die Anzahl der Genehmigungen für neue Brunnen liegt unter der Anzahl der versiegelten Brunnen: von 1967 – 1995 nur 23 für über 2.300.000 Palästinenser in der Westbank. (5)
- Flüsse, die vor zwei Generationen ganzjährig der landwirtschaftlichen Bewässerung dienten, sind ganz oder zeitweilig ausgetrocknet, z.B. der Fluss al-Auscha im Gazastreifen. (1)
- Durch den tiefen Grundwasserspiegel fließt im Gazastreifen brackisches Meerwasser nach. Der Chloridgehalt liegt in den meisten Gebieten zwischen 1200 und 2500 mg/l. Die Weltgesundheitsbehörde empfiehlt für Trinkwasser max. 250 mg/l. Viele Bewohner sind nierenkrank. (8)

Für Israelis:

- Die Brunnen der Israelis dürfen 100 bis 600 m tief sein. Dadurch ist die Wasserförderung jederzeit möglich. (5)
- Israelis haben keine Schwierigkeiten, neue Bohrgenehmigungen für die Förderung von Grundwasser zu erhalten. (5)
- Von 1967 - 1995 baute die israelische Wassergesellschaft Mekorot 32 Brunnen für 140.000 Siedler. (5)
- Die Wasserreserven des Gazastreifens wurden von Israel ausgeschöpft, indem es den unterirdischen Wasserzufluss schon östlich des Gazastreifens ableitete. (7)

•Folgen der ungleichen Wasserversorgung für die Landwirtschaft:

Für Palästinenser:

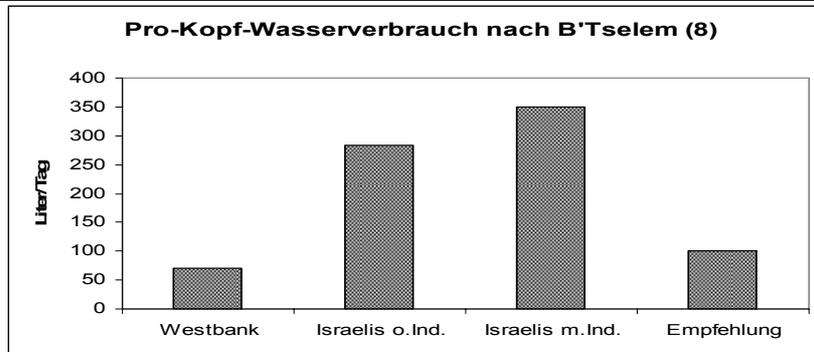
- Die bewässerte landwirtschaftliche Fläche ging in den besetzten Gebieten stetig zurück. (6)
- Das durch die Grundwasserabsenkung nachfließende Brackwasser im Gazastreifen ist für viele Nutzpflanzen schädlich und z. B. für die Bewässerung von Orangenplantagen unbrauchbar. (3), (5)
- Israelische Behörden haben nahe Beit Lahia im Gazastreifen 50.000 Tonnen Chemie- und Militärabfälle versenkt, so dass der gesamte unterirdische Wasservorrat von der Vergiftung bedroht ist. (4)

Für Israelis:

- Die bewässerte landwirtschaftliche Fläche stieg: 1949 auf 30.000 ha, 1968 auf 161.600 ha und 1987 auf 215.300 ha. (5)
- Die nach 1967 aus so genannten „strategischen Gründen“ errichteten Siedlungen im Gazastreifen waren in Wirklichkeit landwirtschaftliche Großbetriebe, die die Grundwasserreserven überbeansprucht haben. (3) Nach dem Abzug im Sommer 2005 hinterlassen sie hohe Belastungen durch Düngemittel.
- Jordanwasser aus dem Tiberias-See wurde südlich durch Israel bis in die Negev-Wüste umgeleitet, so dass auch hier Landwirtschaft möglich wurde.

Kein Wasser für die Palästinenser

<p><u>Westbank:</u> 26 m³/Jahr = 70 l/Tag für Haushalt, Gemeinde, Industrie</p> <p><u>Israelis:</u> 103 m³/Jahr = 283 l/Tag für Haushalt und Gemeinde 128 m³/Jahr = 350 l/Tag für Haushalt, Gemeinde, Industrie</p>	<p>Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation und der Agentur der <u>Vereinigten Staaten für Internationale Entwicklung:</u> 100 l/Tag für Grundversorgung in Haushalt, Krankenhäusern, Schulen, Handel u. Gewerbe u. sonst. öffentlichen Einrichtungen</p>
--	---



Es gibt 2 gemeinsame Wasserressourcen:

1. Der Grundwasserspeicher, hauptsächlich unter den Bergen der Westbank, ca. 130 km lang und 35 km breit, bestehend aus dem nördlichen, dem westlichen und dem östlichen Aquifer: Daraus wird ca. ¼ des Wasserbedarf Israels und der israelischen Siedlungen gedeckt, ca. 851 Mio. m³/Jahr. Die Palästinenser der Westbank erhalten ihr fließendes Wasser vollständig aus dieser Ressource, sie erhalten ca. 109 Mio. m³/Jahr (ca. 1/10 des gesamten Wassers).

2. Der obere Jordan mit seinen Zuflüssen, der Tiberias-See, der Jarmuh und der untere Jordan: Daraus decken Israel und die israelischen Siedler ca. 1/3 ihres Wasserbedarfs. Die Länder Jordanien, Syrien und Libanon erhalten nach Internationalem Recht ebenfalls Wasser aus diesem System. Die Palästinenser haben keinen Zugang zu Wasser aus dieser Quelle. (8)

Die Genfer Konventionen und die Haager Landkriegsordnung (Artikel 43 und 55) verbieten einer Besatzungsmacht, in Besitzverhältnisse und Infrastruktur des besetzten Gebietes einzugreifen, z. B. bezüglich der Wasservorkommen.

1992 wurde Israel deshalb in einem UNO-Bericht kritisiert:

„Da Israels Wasserverwaltungs-Praktiken administrative, politische und hydrologische Grenzen ignorieren, sind die israelischen Behörden in der Lage Wasser von einem Bassin oder Grundwasserspeicher zu einem anderen zu transferieren, sowohl innerhalb der Westbank oder von der Westbank in andere Gebiete.“

Wasser in den Osloer Verträgen:

Das Interims-Abkommen von 1995 (Oslo 2), Artikel 40 des Protokolls für zivile Angelegenheiten (Anlage 3), umfasst die bis dahin am weitestgehende und detaillierteste Verständigung über Wasser. Die Zuständigkeit für Wasser geht scheinbar auf die Palästinensische Autorität über und alle neuen Wasser- und

Abwasserprojekte werden fortan von einem Gemeinsamen Wasser-Komitee (JWC) genehmigt, dem jeweils gleich viele Vertreter Israels und der Palästinensischen Autorität angehören. Tatsächlich ändert sich das Ausmaß der israelischen Kontrolle kaum.

- Der Ausgangspunkt für das Verständnis der Wasser-Verteilung ist, dass die Wassermenge des israelischen Verbrauchs innerhalb der grünen Linie und der israelischen Siedlungen nicht reduziert wird. Nach diesem Prinzip muss jegliches zusätzliche Wasser für die Palästinenser aus Quellen kommen, die zuvor nicht genutzt wurden, nicht über eine Neuverteilung. Das bedeutet, die Palästinenser können nur zusätzliches Wasser aus dem östlichen Aquifer der Westbank erhalten, da das nördliche und westliche Aquifer bereits vor der Unterzeichnung voll genutzt wurden. Das östliche Aquifer befindet sich jedoch hauptsächlich im Bereich der Zone C: Hier müssen alle Wasser- und Abwasserprojekte zusätzlich von der israelischen Zivilverwaltung genehmigt werden.
- Das JWC kann seine Entscheidungen ohnehin nur im Konsens fällen, und es fehlt ein Mechanismus, um bei Streitigkeiten eine Einigung herbei zu führen. Dadurch kann Israel jeden palästinensischen Antrag auf Bohrgenehmigung für einen neuen Brunnen mit einem Veto blockieren.
- In den Osloer Verträgen erkannte Israel die territoriale Einheit von Westbank und Gazastreifen an. Das Interims-Abkommen verlangt jedoch, dass der Gazastreifen hinsichtlich der Wasserressourcen einen separaten Sektor bildet und keine Wasserlieferung aus der Westbank erhalten kann. Dadurch wird es notwendig, mit der Überbeanspruchung des Gaza-Aquifers fortzufahren. (8)

1) W. Lechner / E. Kashi: „Wo die Macht des Wassers Frieden stiftet“, im Zeit-Magazin vom 22.03.1996, S. 14 ff

2) Frankfurter Rundschau vom 28.07.2001

3) Frank Bliss: „Palästina“, S. 51 – 53

4) Victoria Waltz: „Will uns die Presse in Deutschland nicht informieren?“

5) Beitrag aus der Neuen Zürcher Zeitung, veröffentlicht vom Friedensratschlag

6) Frau Dr. Sumaya Farhat Nasser in einer Fernsehsendung des WDR3, April 2002

(7) Mustafa Barghouthi: Die Wahrheit, die man nicht hört (oder liest), ZNet Deutschland 01.12.2005

(8) B'Tselem 2006: The Water Crisis



Gefangene Kinder: Misshandelt und vergessen

Verhaftungen von palästinensischen Kindern im Alter von 12 Jahren ist für das israelische Militär eine bis heute gängige Praxis(...). Basierend auf den Angaben der Kinderschutzorganisation DCI bestätigt Andrea Bistrich die traurige Gewissheit, dass palästinensische Kinder keine Kindheit haben dürfen.

Seit die zweite Intifada gegen die israelische Besatzung Palästinas im September 2000 begann, werden jährlich rund 600 palästinensische Minderjährige verhaftet. Nach Angaben der Kinderschutzorganisation Defense for Children International (DCI) stieg ihre Zahl im Jahr 2004 auf alarmierende 750 an. Die meisten der Verhafteten sind zwischen zwölf und 14 Jahre alt.

Gewöhnlich wird Anklage erhoben, weil die Kinder und Jugendlichen Steine oder Molotowcocktails auf israelische Militärfahrzeuge geworfen haben. Mitunter werden sie auch beschuldigt, einer illegalen Organisation anzugehören, mit ihr zu sympathisieren oder Waffen geschmuggelt zu haben. Die meisten Minderjährigen werden an den Checkpoints oder im Zuge der nächtlichen Massenverhaftungen festgesetzt. Bei den Verhören haben sie in der Regel keinen Zugang zu einem Anwalt. Das hat Folgen: Beleidigungen und Erniedrigungen sind an der Tagesordnung, aber auch sexuelle

Mißhandlung und Folter kommen vor. Oft werden sie zur Kollaboration mit den israelischen Behörden gezwungen oder müssen auf hebräisch verfaßte »Geständnisse« unterschreiben. Solche Methoden haben verheerende Folgen für die Entwicklung ganzer Generationen von palästinensischen Kindern.

Etwa die Hälfte von ihnen kommt nach zwei oder drei Nächten hinter Gittern zwar wieder frei. Auf die anderen 300 dagegen wartet ein zermürbender Weg durch die israelische Militärjustiz, die für die besetzten Gebiete als rechtsstaatlich verbindlich gilt.

»Ein Vergleich der Urteile gegen Jugendliche im Jahr 2004 und den Jahren davor zeigt einen besorgniserregenden Trend zu längeren Gefängnisstrafen, obwohl die Zahl der ernsthafteren Straftaten im gleichen Zeitraum zurückgegangen ist«, heißt es in dem DCI-Bericht weiter. Das israelische Militärrecht gestattet keine besonderen Bestimmungen für Minderjährige. Gesuche, die Kinder und Jugendlichen auf Kautions zu entlassen, werden gemeinhin abgelehnt. Eine solche Handhabung aber verstößt gegen internationales Recht. Die UN-Kinderrechtskonvention bezeichnet die Internierung von Kindern in Artikel 37b explizit als letzte mögliche Maßnahme. In dem Abkommen wird auch dazu

angehalten, die Haft grundsätzlich so kurz wie möglich zu halten.

Während nach internationalem juristischen Standard Personen unter 18 Jahre als Kinder gelten, wendet Israel auf die besetzten Gebiete ein ungleich schärferes Militärgesetz an. Demnach werden palästinensische Kinder ab 16 Jahre bereits als Erwachsene definiert, in den Gefängnissen zusammen mit Erwachsenen inhaftiert – und ebenso wie sie behandelt. Auch dieses Vorgehen steht in direktem Widerspruch zu den in der Kinderrechtskonvention festgelegten Bestimmungen.

Solange Israel seine Besatzung mit eiserner Hand aufrechterhält, wird es für die palästinensischen Kinder keine Kindheit geben. Dass die jahrzehntelangen Verletzungen der Rechte palästinensischer Kinder auf die Dauer nichts weiter als blanken Haß in der unterdrückten Bevölkerung säen, ist daher wenig verwunderlich. Die Frage bleibt, warum die internationale Gemeinschaft so wenig Willen zum Eingreifen zeigt.

Weitere Informationen zur Organisation Defense for Children International (DCI)

<http://www.dci-pal.org/english/home.cfm>

Quelle: Junge Welt 28. Juli 2006

Sommer 2006: Angriffe der israelischen Armee gegen Gaza

Alain Gresh, Le Monde Diplomatique Kriegsverbrechen, Offensive gegen den Frieden

„Das Aushungern von Zivilpersonen als Mittel der Kriegführung ist verboten. (...) Es ist verboten, für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Objekte (...) anzugreifen, zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen“ (1) Aus den Bestimmungen des **Art. 54 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen** (12. August 1949) von 1977 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte folgt eindeutig, dass die Bombardierung des Elektrizitätswerks in Gaza durch die israelische Armee, die Blockaden gegen die Zivilbevölkerung und die kollektiven Strafen **Kriegsverbrechen** sind.

Die israelische Offensive hat ein weiteres Prinzip des internationalen Rechts, das in diesem Protokoll entwickelt wird, verletzt: das der **Verhältnismäßigkeit**. Der Text legt fest, dass Angriffe „verboten sind, wenn zu erwarten ist, dass es dadurch Verletzte bzw. Tote in der Zivilbevölkerung gibt oder noch wenn Schäden an den Gütern der Zivilbevölkerung zu erwarten sind, die im Verhältnis zum angestrebten konkreten und direkten militärischen Vorteil viel zu hoch wären.“ (2) Wer kann auch nur einen Augenblick meinen, dass das behauptete Ziel – die Rettung eines Soldaten – diese zahlreichen Zerstörungen gerechtfertigt?

Im Gegensatz zu den Behauptungen von mehreren französischen Zeitungen – unter ihnen Libération (3) – **hat Israel schon mehrfach über den Austausch von Gefangenen verhandelt**: 1985 wurden 1150 palästinensische Gefangene freigelassen, um die Rückgabe von drei Soldaten zu erreichen, die von der Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP-GC) gefangen genommen worden waren. Und 2004 wurden im Rahmen eines ähnlichen Abkommens mit der libanesischen Hisbollah 400 palästinensische Gefangene gegen einen israelischen Offizier und die Überreste von drei getöteten Soldaten ausgetauscht. Wären Verhandlungen denn nicht besser geeignet, die Freilassung von Gilad Shalit zu veranlassen, als diese militärischen Operationen, die womöglich zum Tod der Geisel führen werden?

Im Editorial der israelischen Tageszeitung Haaretz konnte man am 30. Juni lesen: *„Brücken bombardieren, die man zu Fuß oder mit einem Wagen umgehen kann; einen vor Jahren zerstörten Flughafen unter seiner Kontrolle zu bringen; ein Elektrizitätskraftwerk zerstören, und damit große Teile von Gaza in der Dunkelheit lassen; Flugblätter verteilen, in denen der Bevölkerung erklärt wird, man würde sich um ihr Schicksal kümmern; den Präsidentenpalast überfliegen und gewählten Mitglieder der Hamas verhaften. Will uns die Regierung weismachen, dass dies alles nur für die Befreiung des*

Soldaten Gilad Shalit durchgeführt wurde!“ Der Kommentator fährt fort: *„Olmert müsste es doch wissen, dass die Festnahme von Führern nur dazu beiträgt, sie und ihre Anhänger zu stärken. Aber es handelt sich nicht nur um eine vorgeschobene Begründung: Menschen festnehmen, um sie als Tauschobjekt zu benutzen ist die Handlung einer Gang, nicht eines Staates.“*(4)

Israelische Medien haben es enthüllt: Diese Offensive, dazu gehört auch die Festnahme der wichtigsten Verantwortlichen der Hamas - in erster Linie gewählte Abgeordneten und Minister –, wurde **schon seit langem geplant**. Aus welchen Gründen? Es geht darum, nicht nur die palästinensische Regierung, die nach den Wahlen von Januar 2006 gebildet wurde, sondern **jegliche palästinensische Vertretung aus dem Weg zu räumen**. Das ist die Logik des „Rückzugsplans“, den Sharon beschlossen hatte und den Olmert fortführt: Behaupten, dass es keinen palästinensischen Gesprächspartner gibt, um einseitig die Grenzen Israels bestimmen zu können.

Diese Strategie ist nicht erst nach dem Sieg der Hamas entstanden: Im Jahre 2005, als Mahmoud Abbas an der Spitze der Autonomiebehörde war und mit einer Fatah-Mehrheit regierte, hat der Premierminister Sharon systematisch **jegliche Verhandlungen mit ihm abgelehnt** und hat trotz des Beschlusses des internationalen Gerichtshofs **den Bau der Mauer fortgeführt**. Mit dieser Entscheidung für den **Unilateralismus** werden die Er rungenschaft der Osloer Verträge widerrufen: Die Überzeugung, die durch das am 9. September 1993 unterzeichnete Dokument der gegenseitigen Anerkennung zwischen Israel und der PLO bestätigt wurde, dass die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts in bilateralen Verhandlungen zwischen dem israelischen Staat und der PLO liegt.

Den Sieg der Hamas bei den Wahlen im Januar 2006 (6) hat die israelische Regierung benutzt, um ihre Propaganda „Es gibt keinen palästinensischen Gesprächspartner“ zu verstärken. **Die USA und die EU** – mit Zustimmung Frankreichs (7) – haben der neuen palästinensischen Regierung drei Bedingungen gestellt: Anerkennung des Staates Israel, Verzicht auf jegliche bewaffnete Aktion, Anerkennung des Osloer Prozesses – und haben die direkte Hilfe suspendiert, was erheblich zu den Leiden der Bevölkerung beigetragen hat, die sich schuldig gemacht hatte, „falsch gewählt“ zu haben. Wie groß ist hingegen die **Gefälligkeit gegenüber einer israelischen Regierung**, die sich weigert, das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat in den 1967 besetzten Gebieten anzuerkennen, die den Terrorismus gegen die

Zivilbevölkerung einsetzt und alle Verpflichtungen aus den Osloer Verträgen widerruft! Frau Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, hat sogar den Unilateralismus der israelischen Regierung als „mutige Entscheidung“ begrüßt.

Wahrscheinlich nicht zufällig wurde die aktuelle Offensive zu einer Zeit begonnen, wo gerade alle palästinensischen Organisationen – mit Ausnahme vom Islamischen Jihad - eine gemeinsame Erklärung unterschrieben hatten (8), die die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates in allen 1967 besetzten Gebieten, mit Ostjerusalem als Hauptstadt vorsieht – eine Erklärung, die also faktisch Israel anerkennt. Diese neue Friedensperspektive hat die israelische Regierung aufhalten wollen. **Das war genauso im Jahre 2002**, als der arabische Gipfel in Beirut einen Plan verabschiedet hatte, der die Anerkennung des Staates Israel im Tausch gegen die Bildung eines palästinensischen Staates vorsah. Die Regierung Sharons hatte einen Selbstmordanschlag zum Vorwand genommen, um eine umfassende Offensive gegen die besetzten Gebiete zu starten.

Der romantische Name „Sommerregen“ für die israelische Offensive bestätigt jedoch das Scheitern des Unilateralismus: Der Rückzug der israelischen Armee aus Gaza kann nicht zum Frieden führen, wenn keine Ver-

handlungen mit den Palästinensern geführt werden. Was die Westbank angeht, wo die Verstrickung der israelischen Siedlungen und der palästinensischen Bevölkerung stark ist, wird jeglicher unilateraler Rückzug nur zu neuen Gewalttaten führen.

- (1) <http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/93.htm>, Übersetzung in: www.admin.ch/ch/d/sr/i5/0.518.521.de.pdf
- (2) « Principe de proportionnalité », in Crimes de guerre.
- (3) Libération, 29 juin 2006.
- (4) « The government is losing its reason », Haaretz, 30 juin 2006.
- (5) www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/
- (6) « Le Hamas à l'épreuve du pouvoir », par Wendy Kristianasen, Le Monde diplomatique, juin 2006 ; « Hamas besieged » et « "Honestly, only in Palestine" », Le Monde diplomatique, June 2006.
- (7) « "Fatigue" au Quai d'Orsay, misère à Gaza », Le Monde diplomatique, juin 2006.
- (8) « The Prisoners' National Conciliation Document », Palestine Center, 28 juin 2006
<http://www.thejerusalemfund.org/images/informationbrief.php?ID=166>

Franz.Originaltext: <http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2006-06-30-Palestine>
In *“Sand im Getriebe“* Nr 52 erschienen

Generaldelegation Palästinas, Berlin, 11. Juli 2006

Wer Frieden will, verweigert nicht die ausgestreckte Hand

Unter dem Engagement von Präsident Mahmoud Abbas einigten sich vor zwei Wochen alle palästinensischen Kräfte auf die Zwei-Staatenlösung, deren Grundlage das Völkerrecht und die internationalen Resolutionen bilden. Das Abkommen zur nationalen Einheit verbindet alle Parteien in ihrem Ziel durch Verhandlungen unter Führung der PLO eine friedliche Lösung im Konflikt zu finden und den Weg für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten zu beschreiten.

Anstatt Friedensverhandlungen mit der PLO unter dem Vorsitz des Präsidenten Mahmoud Abbas aufzunehmen, griff das israelische Militär 24 Stunden später den Gazastreifen an. Unter dem Deckmantel einer „Befreiungsaktion“ wurde in gezielten Luft- und Bodenattacken die lebensnotwendige Infrastruktur der Region ad hoc zerstört: zuerst das Elektrizitätswerk im Süden der Stadt Gaza sowie wichtige Verbindungswege wie Brücken und Straßen. Es folgte eine willkürliche Verhaftungswelle, in dessen Verlauf 64 Minister, Parlamentsabgeordnete und

Bürgermeister der demokratisch gewählten Regierung widerrechtlich verhaftet und bis heute festgehalten werden. Das palästinensische Innenministerium in Gaza liegt in Schutt und Asche. Bis heute starben fast 70 Palästinenser; Mehr als 200 Zivilisten wurden durch die Luft- und Bodenangriffe zum Teil schwer verletzt.

Menschenrechtsorganisationen und die Europäische Union sind sich einig, dass die Zerstörung der Infrastruktur dramatische Folgen für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen mit sich bringt: Der Zusammenbruch des Stromnetzes impliziert zugleich den Zusammenbruch der Wasserzufuhr. Krankenhäuser, Labore und andere medizinische Einrichtungen sind nicht mehr in der Lage, eine Mindestversorgung im Gazastreifen aufrecht zu halten. Systematischer Boykott und gezielte Isolierung tun ihr übriges. Unter den andauernden Ausgangssperren und angreifenden Luft- und Bodentruppen leiden vor allem Kinder und Jugendliche. Physische und

psychische Folgen der Traumatisierten sind derzeit noch nicht absehbar.

Menschenrechtsorganisationen und die Europäische Union sind sich ebenfalls einig, dass die provozierenden Handlungen des israelischen Militärs eine friedliche Lösung des Konfliktes verhindern. Von vornherein wird jedweder Versuch, eine Entspannung der Lage zu erzielen, von Israel sabotiert, um dem palästinensischen Volk eine unilaterale Lösung aufzuzwingen. Die Internationale Gemeinschaft und die Bundesregierung sollten sich ernsthaft die Frage stellen, inwiefern derartige Verstöße gegen grundlegendes Völker- und Menschenrecht mit der sog. „Befreiung eines Soldaten“ vereinbar sind. Frieden und Stabilität in der Region können nicht durch Wegschauen oder Erweiterung des Rüstungspotentials der israelischen Armee erreicht werden, sondern nur mittels Dialog sowie ausgewogener Vermittlung einer dritten Partei.

<http://www.palaestina.org/news>

Uno-Experte drängt Israel, die Zerstörung von Häusern und Infrastruktur in Gaza zu stoppen und verlangt militärische Sanktionen

«Als Sonderberichterstatter für angemessene Unterkünfte verurteile ich mit den stärksten möglichen Worten den Artilleriebeschuss von palästinensischen Häusern durch die israelischen Verteidigungstreitkräfte in Beit Hanoun, welcher 19 unschuldige Zivilisten tötete und 60 verletzte, darunter Frauen und Kinder. Die Erklärung der israelischen Regierung, dass es sich bei dieser mutwilligen kriminellen Handlung um einen Fehler gehandelt habe, ist inakzeptabel. Der Beschuss und die anschließende Tötung von Zivilisten lassen auf eine vorsätzliche militärische Taktik schließen, welche eine Form der kollektiven Bestrafung des palästinensischen Volkes darstellt.



Seit dem 25. Juni 2006, dem letzten israelischen Einfall in den Gaza-Streifen, erhalte ich ständig alarmierende Berichte über absichtliche Angriffe durch israelische Soldaten, welche zur Zerstörung von Häusern, zivilem Eigentum und von Infrastruktur im Gaza-Streifen führen. Solche Handlungen haben eine verheerende Wirkung auf Zivilisten, insbesondere Frauen und Kinder, und schaffen Unsicherheit und psychologische Traumata. Daher stellen diese gewaltsamen Räumungsbefehle und die ungerechtfertigte Zerstörung eine Verletzung des Internationalen Rechts dar, der Menschenrechte, der Normen für Krieg und der humanitären Verpflichtungen. Das Völkerrecht verbietet strengstens die Zerstörung von privatem oder öffentlichem Eigentum, sofern dies für militärische Operationen nicht absolut notwendig ist. Gemäss der United Nations Relief and Works Agency UNRWA, dem UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, führte die militärische Operation in Beit Hanoun während der sechstägigen militärischen Belagerung zur Zerstörung von Dutzenden von Häusern.

Israels Praxis der Konfiskation palästinensischen Landes, des Abreißens von palästinensischen Häusern, der Schließung und der Implantation von illegalen Siedlun-

gen wird in der ganzen Westbank und in Jerusalem ebenfalls fortgeführt, wozu auch jene zählen, die mit der Trennungswand in Verbindung stehen. Ich habe außerdem von Kolonisationsaktivitäten insbesondere im Jordantal erfahren, bei welchen die Weltzionisten-Organisation und der Jüdische National Fond aktiv beteiligt sind. Solche Enteignungen und Zerstörung jenseits der Grünen Linie, innerhalb des Kontinuums von Politik und Praxis des Bevölkerungstransfers, sind Faktoren, welche dem andauernden Konflikt zugrunde liegen. Ich dränge den israelischen Staat, mit diesen Praktiken aufzuhören und das konfiszierte Land zurückzugeben im Interesse des regionalen Friedens und der Sicherheit.

Die jüngsten Ermordungen durch Israel müssen als Aufruf an die internationale Gemeinschaft dienen, damit sie aus ihrer Inaktivität und zögernden Haltung aufwacht, welche die Beachtung der gravierenden Krise in Gaza geprägt hat. In diesem Zusammenhang unterstütze ich ganz und gar die Stellungnahme von Professor John Dugard, Sonderberichterstatter über den Stand der Menschenrechte in den palästinensischen Territorien, der darin den UN-Sicherheitsrat auffordert, die Krise in Gaza dringend anzugehen. Ich verlange dringend eine internationale unabhängige Untersuchung der Ereignisse sowie den Einsatz von internationalen Streitkräften in der Region. Außerdem dränge ich die internationale Gemeinschaft wegen ihrer Verpflichtungen bezüglich der Menschenrechte und dem humanitären Recht, die Fortsetzung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel zu überdenken angesichts der überwältigenden Beweise für Verletzungen einer Reihe von Menschenrechten, einschließlich des Rechts auf angemessene Unterkunft.» (10. November 2006, Sonderbotschafter Miloon Kothari)

Bericht des UN-Sonderberichterstatters John Dugard, A/HRC/7/17, 21.1.2008:

Israel bleibt unabhängig von der Behauptung, dass Gaza ein "feindliches Gebiet" sei, die Besatzungsmacht in Gaza. Das bedeutet, dass seine Maßnahmen mit den Standards des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsgesetze bewertet werden müssen.

Gemessen an diesen Standards verletzt Israel in schwerwiegender Weise seine rechtlichen Verpflichtungen. Die kollektive Bestrafung Gazas durch Israel ist durch das Humanitäre Völkerrecht ausdrücklich verboten und hat zu einer ernsthaften menschlichen Krise geführt.

Nicht in meinem Namen

Die fortgesetzte Blockade des Gaza-Streifens ist eine Schande

"Was wollen die Palästinenser - wir haben doch Gaza 2005 geräumt?", sagt die israelische Propaganda und verschweigt, dass die Armee den Landstrich verlassen und sich selbst überlassen hat. John Dúgard, UN-Beauftragter für Menschenrechte, beschreibt es so: "Gaza ist ein Gefängnis, Israel besitzt den Schlüssel und hat ihn ins Meer geworfen." Kaum anders fällt das Urteil des Internationalen Roten Kreuzes aus: Das okkupierte Volk werde wie eine Geißel des Konflikts behandelt, heißt es da.

Ich verurteile den Abschuss mit Qassam-Raketen aus Gaza nach Israel, ich verurteile jeden Angriff auf Zivilisten. Aber Besatzung ist der Inbegriff von Gewalt, die Gegengewalt zur Folge hat. Die offiziellen Vorschläge für eine Waffenruhe, wie sie von Hamas kamen, werden durch Israel abgelehnt. Einen letzten gab es am 20. Dezember 2007. Wieder reagierte Israel mit Verachtung und zog es vor, mit Panzern und Raketen zu antworten, so dass 38 Palästinenser getötet wurden. In Wirklichkeit will die Regierung Olmert nicht die Qassam-Raketen, sondern die Hamas besiegen. So sieht die Politik aus, wie sie von Verteidigungsminister Barak, einem verkleideten Extremisten aus der Arbeitspartei, ins Werk gesetzt wird. Unsere Friedensbewegung betrachtet ihn als den derzeit gefährlichsten Politiker des Landes.

Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung in Gaza fehlt es an reinem Trinkwasser, die Brunnen sind bakterienbelastet und durch jahrelange intensive Wasserentnahme versalzen. 60 Prozent der Einwohner verfügen über kein fließendes Wasser - viele Straßen in Gaza-Stadt sind überflutet, weil das Abwasser direkt aus den Häusern fließt. Es gibt dramatische Engpässe bei der Lebensmittelversorgung, deshalb sahen wir auf dem Bildschirm Tausende die Grenze zu Ägypten stürmen, um sich dort zu besorgen, was sie zum Überleben brauchen. Wer die Bilder sah, glaubte die Befreiung aus einem Käfig zu erleben. Tatsächlich war es ein Zeichen dafür, dass sich die Unterdrückten wehren. Wie schamlos muss die israelische Regierung sein, Menschen in ein solches Maß der Verzweiflung zu treiben? Und die USA? Sie haben ihr Veto im Sicherheitsrat immer parat, um Israel zu schützen. Und das gehorsame Europa? Dort wird geschwiegen. Gerade das muss sich ändern, wenn der israelische Staat als Besatzungsmacht ungerührt die Genfer Konventionen von 1949 verletzt. Deren Unterzeichner - und dazu gehört auch Deutschland - haben die Pflicht, sich einzumischen, um diesen Konventionen überall auf der Welt Geltung zu verschaffen. Es wäre ein Segen für das irregeleitete israelische Volk, wenn es dazu käme.

Was die Regierung Olmert im Namen der Israelis betreibt, heißt Kriegsverbrechen.

Der Ort, wohin die Täter gehören, ist der Gerichtshof in Den Haag! Weil die Blockade des Gaza-Streifens rechtswidrig, menschenverachtend und eine Schande ist. Heute demonstrieren die israelischen Friedenskräfte wie Friedensbewegte überall auf der Welt und sagen: "Wir sind alle Gaza!" Wir kämpfen für Frieden und Gerechtigkeit und gegen leere Worte, die benutzt werden, um die weitere Besiedlung der besetzten Gebiete (7.200 neue Wohnungen in Ost-Jerusalem) zu verhüllen.

Aus Verehrung ist dem genialen Musiker Daniel Barenboim ein palästinensischer Pass überreicht worden. Eine Entscheidung, die noch von der Regierung der Einheit unter Beteiligung von Hamas getroffen wurde. Wie sich zeigt, gibt es Partner für den Frieden!

Eine verbrecherische Politik verrät unsere Opfer - die Opfer des Holocaust. Wir, die Lebenden, wehren uns und sagen: "Nicht in unseren Namen!" Deshalb appelliere ich an Sie, Druck auf Israel auszuüben! Sagen Sie Nein zur Blockade des Gaza-Streifens. Nein zur Inhumanität. Ja zu einem gerechten Frieden mit allen und für alle!

Felicia Langer ist Trägerin des alternativen Nobelpreises, Menschenrechtsanwältin und israelische Friedensaktivistin.
„Freitag“ vom 1.2.2008



**Konvoi von israelischen Organisationen am 26.1.2008 nach Gaza:
Sie bringen Lebensmittel und andere Güter für die eingeschlossenen Menschen.**

Israel: Armeereservisten verweigern den Militärdienst in den besetzten Gebieten

„Refusniks“: Mut zur Verweigerung - Offener Brief von Soldaten

Wir, Offiziere der Reserve und Soldaten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte,

die wir mit den Prinzipien des Zionismus aufgewachsen sind, mit Opferbereitschaft und Hingabe für die israelische Bevölkerung und den Staat Israel

die wir alle an der Front gekämpft haben,

die wir immer die ersten waren, wenn es galt einen Kampfauftrag, sei er leicht oder schwierig, auszuführen, um den Staat Israel zu schützen und zu stärken;

wir, kampferfahrene Offiziere und Soldaten, die wir dem Staat Israel jedes Jahr viele Wochen gedient haben, trotz der Opfer, die dies für unser Privatleben bedeutete, versahen überall in den besetzten Gebieten unseren Reserve-Dienst;

wir mussten Aufträge ausführen und Befehlen folgen, die nichts mit der Sicherheit unseres Staates zu tun hatten und die nur einen Zweck hatten: unsere Kontrolle über die palästinensische Bevölkerung auf Dauer zu sichern;

wir, deren Augen den Blutzoll gesehen haben, den diese Besatzung von beiden Seiten fordert;

„Combatant Letter 2002“, www.friedensratschlag.de

wir, die wir spüren, dass unsere Kommandoaktionen in den besetzten Gebieten alle Werte zerstören, mit denen wir in diesem Lande aufgewachsen sind;

wir, die wir jetzt begreifen, dass der Preis der Besatzung der Verlust der Menschlichkeit der israelischen Verteidigungsstreitkräfte und die Korruption der gesamten israelischen Gesellschaft ist;

wir, die wir begreifen, dass die besetzten Gebiete nicht Israel sind und dass alle Siedlungen letztlich geräumt werden müssen;

wir erklären hiermit, dass wir nicht länger diesen Krieg um Siedlungen fortführen dürfen.

Wir dürfen den Kampf jenseits der Grenzen von 1967 nicht fortsetzen, um dort ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu demütigen.

Wir erklären hiermit, dass wir weiterhin den israelischen Verteidigungsstreitkräften dienen werden, bei jedem Auftrag, der Israels Verteidigung dient.

Die Befehle zu Besatzung und Unterdrückung dienen nicht diesem Zweck - und wir werden sie nicht ausführen.

Übersetzung: Wolfgang Kuhlmann

New Profile: Eine Organisation von Kriegsdienstverweigerern in Israel

(...) Die israelische Gesellschaft erschafft ein Weltbild, in der Krieg immer unausweichlich war, ist und sein wird. Krieg ist eine nötige und akzeptable Art der Konfliktlösung.

New Profile entscheidet sich gegen Krieg.

New Profile will die israelische Gesellschaft verändern

- von einer militaristischen zu einer zivilen Gesellschaft

- von einer diskriminierenden und unterdrückenden zu einer gleichberechtigten Gesellschaft

- von einer besetzenden Nation zu einem respektvollen Nachbarn

New Profile möchte Israels militärisches Profil durch ein humanistisches und gleichberechtigtes ersetzen.

Wir möchten das Erziehungswesen und die Politik beeinflussen,

- in dem wir ein Schulsystem ändern, das unkritischen Gehorsam lehrt und den Kriegsdienst glorifiziert

- die unkritische Akzeptanz der Armee durch die Gesellschaft kritisieren

- uns für das Lehren von Gewaltprävention und gewaltfreier Konfliktlösung einsetzen

- das Ende der Besatzung der palästinensischen Gebiete und ein Ende der Unterdrückung der palästinensischen Menschen fordern.

<http://www.newprofile.org/showdata.asp?pid=534&language=ge>

S.auch http://oznik.com/web_masters.html

Die israelischen Friedensgruppen

Zum Beispiel....

Menschenrechtsorganisation **B'tselem**

Yesh Gvul; Israelis bauen die zerstörte Häuser von Palästinensern wieder auf.

Israelis unterstützen Palästinenser bei den Check Points der israelischen Armee, www.machsomwatch.org

Women in black

Das **AIC** ist ein Zusammenschluss von Palästinensern und Israelis: www.alternativenews.org

A Jewish Voice for Peace <http://www.jewishvoiceforpeace.org>

September 2003: Siebenundzwanzig Piloten der israelischen Luftwaffe, davon neun aktive, erklären:

„Wir, ehemalige und aktive Piloten, die dem Staate Israel gedient haben und noch dienen, sind dagegen, rechtswidrigen und unmoralischen Angriffsbefehlen des Typs zu folgen, wie Israel sie in den [besetzten] Gebieten ausführt... Wir, für die die IDF [die israelischen Verteidigungsstreitkräfte] und die Luftwaffe einen integralen Bestandteil ihres Seins darstellen, weigern uns, weiter unschuldige Zivilisten zu treffen ... Die fortgesetzte Besatzung verletzt zutiefst die Sicherheit des Landes“ und sein moralisches Rückgrat.“

(Ha'aretz 24.9.2003)

Frieden in Palästina und Israel Vorschlag der israelischen Friedensgruppe Gush-Shalom

Mit einem neuen Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart muss das neue Friedenslager einen Friedensplan erarbeiten, der auf folgenden Grundlagen beruht:

Neben Israel wird ein unabhängiger und freier Palästinastaat gegründet.

Die "Grüne Linie" wird die Grenze zwischen den beiden Staaten sein. Mit Zustimmung beider Seiten ist ein begrenzter Gebietsaustausch möglich.

Die israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinastaates werden geräumt.

Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird nach einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Regelung für die Bewegung von Personen und Gütern offen sein.

Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten - West-Jerusalem die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas. Der Staat Palästina wird die vollständige Souveränität in Ost-Jerusalem besitzen, einschließlich des Haram al-Sharif (Tempelbergs). Der Staat Israel wird die volle Souveränität in West-Jerusalem besitzen, einschließlich der West-Mauer ("Klagemauer") und des jüdischen Viertels. Beide Staaten werden ein Abkommen über die physische Einheit der Stadt auf Verwaltungsebene schließen.

Israel wird prinzipiell das Recht der Palästinenser auf Rückkehr als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das auf gerechten, fairen und praktischen Erwägungen beruht und die Rückkehr auf das Gebiet des Staates Palästina, auf das Gebiet des Staates Israel und Entschädigungen einschließt.

Die Wasservorkommen werden gemeinsam kontrolliert und in einem gleichberechtigten und fairen Abkommen zugeteilt.

Die Sicherheit beider Staaten wird in einem zweiseitigen Abkommen garantiert, welches die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels sowie Palästinas berücksichtigt.

Israel und Palästina werden mit andern Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine Nahost-Gemeinschaft nach dem Modell der Europäischen Union zu errichten.

Die Unterzeichnung eines Friedensabkommens und dessen ehrliche Umsetzung werden zur historischen Versöhnung zwischen den beiden Nationen führen, die auf Gleichheit, Zusammenarbeit und gegenseitiger Achtung beruht.

(Hervorhebungen der AGPalästina-aus: 80 Thesen für ein neues Friedenslager, April 2001)

Jassir Arafat

Die Palästinensische Friedensvision

The New York Times, 3. Februar 2002

RAMALLAH. Seit sechzehn Monaten sind Israelis und Palästinenser in einem katastrophalen Zyklus der Gewalt gefangen, einem Zyklus, der nur noch mehr Blutvergießen und Angst verspricht. Dieser Zyklus hat viele zu dem Schluss kommen lassen, dass ein Frieden unmöglich sei, zu einem Mythos, der aus der Ignoranz der palästinensischen Position herrührt. Jetzt ist die Zeit gekommen, dass die Palästinenser deutlich die palästinensische Vision darlegen und dass die Welt aufmerksam zuhört.

Aber lassen Sie mich zuerst eins ganz klar sagen. Ich verurteile die Angriffe, die von terroristischen Gruppen gegen israelische Zivilisten ausgeführt werden. Diese Gruppen repräsentieren nicht das palästinensische Volk oder sein legitimes Streben nach Freiheit. Das sind terroristische Organisationen, und ich bin fest entschlossen, ihren Aktivitäten ein Ende zu setzen.

Die palästinensische Friedensvision ist ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat auf den von Israel 1967 besetzten Gebieten, der als gleichberechtigter Nachbar neben Israel in Frieden und Sicherheit für das israelische wie für das palästinensische Volk gedeiht. Im Jahre 1988 nahm der Palästinensische Nationalrat eine historische Resolution an, in der die Durchsetzung der relevanten UN-Resolutionen, insbesondere der Resolutionen 242 und 338 eingefordert wurde. Die Palästinenser erkannten Israels Existenzrecht auf 78 Prozent der Fläche des historischen Palästinas unter der Bedingung an, dass es uns erlaubt sein würde, auf den verbleibenden 22 Prozent, die seit 1967 unter israelischer Besatzung stehen, in Freiheit zu leben. Unsere Festlegung auf diese Zwei-Staaten-Lösung bleibt unverändert, aber sie bleibt leider auch unerwidert.

Wir begehren echte Unabhängigkeit und volle Souveränität: das Recht, unseren eigenen Luftraum, die Wasservorräte und die Grenzen zu kontrollieren; das Recht, unsere eigene Wirtschaft zu entwickeln, normale Wirtschaftsbeziehungen mit unseren Nachbarn zu unterhalten und das Recht, frei zu reisen. Kurz, wir begehren nur das, was die freie Welt

gegenwärtig besitzt und was Israel nur für sich selbst beansprucht: das Recht, unser Schicksal zu bestimmen und unseren Platz unter den freien Nationen einzunehmen.

Darüber hinaus begehren wir eine faire und gerechte Lösung für die Misere der palästinensischen Flüchtlinge, denen es seit 54 Jahren nicht erlaubt wird, in ihre Heimat zurückzukehren. Wir verstehen die demographische Besorgnis Israels und sehen ein, dass das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, ein Recht, das nach internationalem Gesetz und nach UN-Resolution 194 garantiert ist, auf eine Weise durchgesetzt werden muss, die auf diese Besorgnisse Rücksicht nimmt. Doch ebenso, wie wir Palästinenser hinsichtlich der demographischen Wünsche Israels realistisch sein müssen, muss auch Israel realistisch sein und begreifen, dass es keine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts geben kann, wenn die legitimen Rechte dieser unschuldigen Zivilisten weiterhin ignoriert werden. Eine ungelöste Flüchtlingsfrage hat das Potential, jedes dauerhafte Friedensabkommen zwischen Palästinensern und Israelis zu unterminieren. Wie soll ein palästinensischer Flüchtling verstehen, dass sein oder ihr Recht auf Rückkehr nicht respektiert wird, aber das der Kosovo-Albaner, der Afghanen und Ost-Timoresen respektiert worden ist?

Es gibt einige, die behaupten, ich sei kein Friedenspartner. Als Antwort darauf sage ich, dass das Palästinensische Volk Israels Friedenspartner ist und immer gewesen ist. Frieden ist kein unterzeichnetes Abkommen zwischen Einzelpersonen, er ist die Versöhnung zwischen Völkern. Zwei Völker können sich nicht versöhnen, wenn eines die Kontrolle über das andere verlangt, wenn eines sich weigert, das andere als Friedenspartner zu behandeln, wenn eines mehr der Logik der Macht als der Macht der Logik folgt. Israel muss erst noch begreifen, dass es keinen Frieden haben kann, solange es Gerechtigkeit versagt. Solange die Okkupation palästinensischen Bodens andauert, solange man Palästinensern die Freiheit verweigert, wird der Weg zum "Frieden der Mutigen", den ich mit meinem ehemaligen Partner Jitzhak Rabin eingeschlagen habe, mit Hindernissen übersät sein.

Dem palästinensischen Volk ist seine Freiheit viel zu lange verweigert worden, und es ist das einzige Volk auf der Welt, das noch unter fremder Besatzung lebt. Wie ist es möglich, dass die ganze Welt diese Unterdrückung, Diskriminierung und Demütigung toleriert? Das Osloer Abkommen von 1993, unterzeichnet auf dem Rasen des Weißen Hauses, versprach den Palästinensern die Freiheit bis spätestens Mai 1999. Statt dessen hat das palästinensische Volk seit 1993 eine Verdopplung der israelischen Siedler, die Erweiterung illegaler israelischer Siedlungen auf palästinensischem Boden und stärkere Einschränkungen seiner Bewegungsfreiheit erfahren. Wie kann ich mein Volk davon überzeugen, dass Israel es mit dem Frieden ernst meint, während es das vergangene Jahrzehnt über die Kolonisierung palästinensischen Bodens intensiviert, von dem es sich in Verhandlungen angeblich zurückziehen wollte?

Aber kein Grad der Unterdrückung und keine Stufe der Verzweiflung kann die Tötung unschuldiger Zivilisten rechtfertigen. Ich verurteile den Terrorismus. Ich verurteile die Tötung unschuldiger Zivilisten, seien es Israelis, Amerikaner oder Palästinenser, gleichgültig, ob sie von palästinensischen Extremisten, israelischen Siedlern oder durch die israelische Regierung getötet wurden. Aber Verurteilungen halten den Terrorismus nicht auf. Um den Terrorismus zu stoppen, müssen wir begreifen, dass der Terrorismus nur das Symptom, nicht aber die Krankheit ist.

Die persönlichen Angriffe gegen mich, die zur Zeit in Mode sind, mögen sehr wirksam sein, den Israelis eine Rechtfertigung dafür zu liefern, dass sie ihre eigene Rolle bei der Herbeiführung der gegenwärtigen Situation ignorieren. Aber diese Angriffe tragen wenig dazu bei, den Friedensprozess voranzubringen und sie sind tatsächlich auch nicht dazu gedacht. Viele glauben, dass Israels Ministerpräsident Ariel Scharon, in Anbetracht seiner Gegnerschaft gegenüber jedem von Israel jemals unterzeichneten Friedensvertrag, Öl in das Feuer der Unruhen gießt in dem Bemühen, eine Rückkehr zu Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Bedauerlicherweise hat er wenig dazu beigetragen, ihnen das Gegenteil zu beweisen. Die Praktiken der israelischen Regierung des Siedlungsbaus, der Zerstörung von Häusern, der politischen Morde,

der Abriegelungen und des schändlichen Schweigens angesichts der Gewalttätigkeiten israelischer Siedler und anderer tagtäglicher Erniedrigungen sind eindeutig nicht darauf gerichtet, die Lage zu beruhigen.

Die Palästinenser haben eine Friedensvision: Es ist ein Frieden auf der Grundlage der vollständigen Beendigung der Okkupation und der Rückkehr zu den Grenzen Israels von 1967, der Teilhabe an ganz Jerusalem als einer offenen Stadt und als Hauptstadt von zwei Staaten, von Palästina und Israel. Es ist ein warmer Frieden zwischen zwei Gleichgestellten, die sich einer beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen und sozialen Kooperation erfreuen. Trotz der brutalen Unterdrückung der Palästinenser in den vergangenen vier Jahrzehnten kann, so glaube ich, wenn Israel die Palästinenser als Gleichgestellte ansieht und nicht als unterworfenen Volk, dem es seinen Willen aufzwingen kann, eine solche Vision Wirklichkeit werden. Und sie muss es. Die Palästinenser sind bereit, den Konflikt zu beenden. Wir sind bereit, uns jetzt mit jedem israelischen Führer, ungeachtet seiner Vergangenheit, zusammenzusetzen und Freiheit für die Palästinenser, eine vollständige Beendigung der Okkupation, Sicherheit für Israel und kreative Lösungen für die Misere der Flüchtlinge unter Beachtung der demographischen Besorgnisse Israels auszuhandeln. Aber wir werden nur als Gleichgestellte, nicht als Bittsteller Platz nehmen, als Partner, nicht als Untertanen, als Sucher einer gerechten und friedlichen Lösung, nicht als besiegte Nation, die dankbar ist für jeden Brocken, der uns vorgeworfen wird. Denn trotz Israels überwältigenden militärischen Vorteils besitzen wir etwas noch größeres: die Macht der Gerechtigkeit.

Übersetzung aus dem Englischen: Wolfgang Buddrus

<http://www.palaestina.ch/d/report/jassir.html>

Jassir Arafat wurde 1996 zum Präsidenten der Palästinensischen Behörde gewählt und war ebenfalls Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Er ist 2004 gestorben.

Palästina Solidaritätsbündnis Hamburg und die ATTAC-Arbeitsgruppe "Palästina"

Die Roadmap: Statt Fahrplan zum Frieden - Weg in die Sackgasse

Ist die Roadmap, der Friedensplan des sog. Nahost-Quartetts¹ für die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts, kaum vier Monate nach ihrer Inkraftsetzung schon gescheitert?

Tatsache ist: Mit dem Konzept der Roadmap kann es keinen gerechten Frieden für die Palästinenser geben.

1. Die Bedingungen und Verpflichtungen, die den beiden Parteien zum Erreichen des Friedensziels auferlegt werden, sind extrem ungleichgewichtig: Die Palästinenser, die weitaus schwächere Partei, hat die meisten Vorleistungen zu erbringen; die Forderungen an sie sind hart und deutlich formuliert.

Die Hauptbedingung für die Palästinenser in Phase I, in ständiger Wiederholung förmlich eingehämmert, ist: "Gewalt und Terrorismus umgehend und bedingungslos einzustellen" und "die Infrastruktur der Terroristen zu zerschlagen".

Damit wird der palästinensische Widerstand gegen die israelische Besatzung in seiner ganzen Breite pauschal als "Terrorismus" diffamiert und kriminalisiert, und es wird unterstellt, der palästinensische Widerstand sei das Grundproblem des Konflikts und nicht die nun schon 36 Jahre andauernde israelische Besatzung der Israelis mit all ihren Unterdrückungsmechanismen.

Die geforderte "Zerschlagung" der "terroristischen Infrastruktur" liefe zudem auf einen Bürgerkrieg und letztlich auf eine totale Kapitulation hinaus, diese Forderung ist deshalb für die Palästinenser a priori unerfüllbar.

Von Israel wird in vager Formulierung nur gefordert, "alles zu unterlassen, was das Vertrauen untergraben könnte". Im Folgenden werden zwar einzelne Maßnahmen wie Ausweisungen, Angriffe auf Zivilisten und Häuserzerstörung genannt, diese sollen aber nur als "Strafmaßnahme und zur Erleichterung von Bautätigkeit" unterlassen werden.

Andererseits wird der israelischen Regierung das Recht zugestanden, "unterstützende Maßnahmen" zur "Bekämpfung des Terrors" durchzuführen. Dies wird von Israel so interpretiert, dass es doch weiterhin seine Politik der gezielten Liquidierungen von führenden palästinensischen Persönlichkeiten, Häuserzerstörungen, Razzien und Verhaftungen durchführen kann - immer mit der Maßgabe, dass die Palästinenser

ja die Forderung nach Zerschlagung des Terrors nicht erfüllen.

2. Ebenso gegen die Interessen der Palästinenser gerichtet sind die Paragraphen, in denen es um die israelischen Siedlungen und den Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten geht.

Siedlungen: Von Israel wird nur verlangt, "Siedlungsaußenposten abzubauen, die seit März 2001 entstanden sind" und die "Siedlungsaktivitäten einzustellen". Von der Räumung aller Siedlungen, einer Grundbedingung für jeden gerechten Frieden, ist keine Rede, die Hauptsiedlungsblöcke bleiben wo sie sind. Außerdem wird so suggeriert, nur die genannten Außenposten seien illegal, nicht aber die 200 anderen ebenfalls völkerrechtswidrigen Siedlungen².

Rückzug der Armee: In schwammiger und vager Formulierung heißt es in § 10: "Mit fortschreitender Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage ziehen sich die israelischen Streitkräfte mehr und mehr aus den seit dem 28. September 2000 besetzten palästinensischen Gebieten zurück". Dies bedeutet: Israel bestimmt allein und willkürlich, wann und wohin sich die Armee zurück zieht. Von einer endgültigen Beendigung der Besatzung des gesamten Westjordanlands und Gazastreifens, ebenfalls einer der Grundbedingungen für echten Frieden, ist erst im letzten Abschnitt der Roadmap die Rede und auch hier nur vage im Rahmen von Endstatusverhandlungen und -vereinbarungen.

3. Der palästinensische Staat: Als Ziel des Friedensfahrplans wird zwar die Entstehung eines "unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen" palästinensischen Staates genannt, aber wie dieser Staat letztlich aussehen soll, bleibt nach dem oben Gesagten völlig unklar. Für die zweite Phase des Fahrplans ist zunächst nur ein Staat in "vorläufigen" Grenzen mit "maximaler territorialer Zusammengehörigkeit" und "Merkmale der Souveränität" vorgesehen, dies wird aber nicht näher erläutert. Auch hier ist also israelischer Willkür Tür und Tor geöffnet.

Andererseits wird für die Errichtung dieses "Staates" von den Palästinensern wieder eine Fülle von Vorleistungen verlangt: Etablierung einer

²In mehreren Resolutionen der UN-Generalversammlung werden **alle** diese Siedlungen als illegal, als Hindernis für den Frieden und als Menschenrechtsverletzung bezeichnet, z.B. in RES/ES -10/2 vom 5. Mai 1997, ES -10/7 vom 20. Oktober 2000, ES-10/9 vom 20. Dezember 2001

¹USA, EU, Russland, UN

"Führung, die entschieden gegen den Terror vorgeht", die "förmliche Einrichtung eines Amtes des Premierministers", umfassende politische Reformen und die Durchführung von "freien, ergebnisoffenen und fairen Wahlen".

Dazu wäre eine allgemeine Bewegungsfreiheit aller Palästinenser nötig. Bewegungsfreiheit ist in der Roadmap aber nur für Kandidaten und amtliche Wahlhelfer vorgesehen, für alle anderen gelten nach wie vor die drastischen Einschränkungen durch Checkpoints und Roadblocks (Straßenblockaden), deren Entfernung die Roadmap **n i c h t** fordert.

Eine in diesem Zusammenhang wiederum mehrfach wiederholte Forderung an die Palästinenser sind "fortgesetzte umfassende Anstrengungen zur Gewährleistung von Sicherheit" - für Israel, versteht sich! Dazu sollen alle palästinensischen Sicherheitskräfte nach detaillierten Maßgaben "umstrukturiert" und "fortgebildet" werden.

Die wichtigen und für einen echten Frieden ebenfalls entscheidenden Fragen: Flüchtlinge und Status von Jerusalem werden wie die Frage der Staatsgrenzen auf die Endstatusverhandlungen verschoben.

4. Zum Flüchtlingsproblem heißt es lediglich, dass man bei den Endstatusverhandlungen eine "gerechte, faire und realistische Lösung" suchen sollte, von dem international verbrieften Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr und einer Anerkennung der Verantwortung für das Flüchtlingsproblem durch Israel ist keine Rede.

5. Die Lösung der Jerusalemfrage "durch Verhandlungen" bedeutet nichts anderes, als dass Jerusalem als Verhandlungsobjekt und nicht als besetzt und widerrechtlich annektiert betrachtet wird.

6. Wasserressourcen: Über die für die Palästinenser lebenswichtige Frage der Nutzung der Wasservorkommen wird nichts Konkretes gesagt, das heißt, Israel kann weiter wie bisher die Wasserressourcen auf palästinensischem Boden für sich ausbeuten.

7. Die vielen Tausenden immer noch in israelischen Gefängnissen festgehaltenen palästinensischen Gefangenen, unter denen Hunderte Kinder und Jugendliche sind, werden in der Roadmap überhaupt nicht erwähnt.

8. Schließlich enthält die Roadmap Passagen, die auf eine umfassende Kontrolle des Geldflusses nach Palästina hinauslaufen. Für Israel gibt es eine solche Kontrolle, z. B. der massiven finanziellen Unterstützung durch die USA, nicht.

Fazit: Diese Roadmap ist kein Fahrplan zu einem gerechten Frieden, sondern ein "Befriedungsfahrplan" einseitig zu Lasten der Palästinenser, der keine der berechtigten Forderungen der Palästinenser berücksichtigt, aber ganz im Interesse Israels liegt, das ungehindert mit seiner bisherigen Besatzungs-, Siedlungs- und Vertreibungspolitik fortfahren kann.

Genau das ist auch geschehen:

Es hat den Palästinensern nichts genützt, dass sie durch die Einsetzung des Premierministers Abu Mazen (Mahmoud Abbas) der Forderung nach Umbau ihrer Regierung nachkamen und dass die beiden großen Widerstandsgruppen Hamas und Islamischer Dschihad einen Waffenstillstand (Hudna) ausriefen. Fast alle palästinensischen Gebiete blieben weiterhin besetzt, gezielte Tötungen, Razzien, Festnahmen, Häuserzerstörungen durch die israelische Armee gingen ungehindert weiter, und vor allem wurde und wird die **Trennungsmauer** in beschleunigtem Tempo errichtet, für die umfangreiche palästinensische Ländereien konfisziert, Obst- und Olivenbäume entwurzelt und zahlreichen palästinensischen Dörfern ihre Lebensgrundlagen genommen wurden. Von den Siedlungsaußenposten wurden - mit großem propagandistischem Aufwand! - einige wenige geräumt, an ihrer Stelle entstanden jedoch neue Vorposten, und der Ausbau der großen Siedlungsblöcke ging weiter. Als schließlich mehrere Hamasführungskräfte "liquidiert" wurden, fühlten sich die genannten palästinensischen Widerstandsgruppen nicht mehr an die Hudna gebunden und reagierten mit Selbstmordattentaten. Zu guter Letzt wurde das Ende der Hudna verkündet, woraufhin die israelische Armee sofort wieder in die Zentren der palästinensischen Städte eindrang und eine wahre Orgie von Verhaftungen, Häuserzerstörungen und Liquidationen veranstaltete.

Damit dürfte die Roadmap am Ende sein.

In seinem Artikel "Eine Droge für den Süchtigen" sagt der bekannte israelische Friedensaktivist Uri Avnery³: " Die Roadmap ist gestorben, weil Sharon von Anfang an gegen sie war. Bush sah sie nur als eine Photomöglichkeit mit einem photogenen Hintergrund an. Abu Mazen erhielt von Israel und den USA nichts, was er als eine palästinensische Errungenschaft hätte präsentieren können."

(Sept. 2003)

³Gush-Shalom-Report, am 25. 08. 03 in deutscher Übersetzung veröffentlicht durch P. Rainer Fielenbach: rfielenbach@karmeliterorden.de

Michel Warschawski

Antizionismus ist nicht Antisemitismus

Der israelisch-palästinensische Konflikt verführt leicht zu religiösen oder zumindest ethnischen Interpretationen. Er spielt sich auf einem Gebiet ab, das die Wiege von Weltreligionen war und das viele "Heiliges Land" nennen; der Zionismus wird oft als "Rückkehr" des jüdischen Volkes ins Gelobte Land dargestellt, und seine Argumente schöpfen viel aus dem Bereich tradierter Rechte, wenn nicht gar göttlicher Verheißung; Jerusalem ist dreifach heilige Stadt und von Wallfahrtszielen übersät. Die Allgegenwart der islamistischen Kultur im arabischen Bewusstsein und in der arabischen nationalen Kultur geht gleichfalls schwanger mit der Konfessionalisierung eines Konflikts, der oft als Befreiung eines islamischen, von Ungläubigen besetzten Bodens dargestellt wird. Dem muss die zionistische Idee hinzugefügt werden, einen "jüdischen Staat" zu schaffen, und die entsprechende permanente Strategie jüdischer Kolonisierung, die nicht ohne den ethnischen Säuberungskrieg von 1948 auskam.

Es ist ein Verdienst Yasser Arafats, in einem solchen Kontext alles Menschenmögliche getan zu haben, um den israelisch-palästinensischen Konflikt in seiner politischen (und nicht religiösen oder ethnischen) Dimension zu halten: nämlich die eines Kampfes für nationale Befreiung und Unabhängigkeit, eines antikolonialen Kampfes um ein Territorium und um nationale Souveränität. Umgekehrt ist eines der größten Verbrechen des ehemaligen Premierministers Ehud Barak, das religiöse Element in die Verhandlungen eingeführt zu haben, indem er auf dem zweiten Gipfeltreffen von Camp David die jüdische Souveränität über die Moscheenalley von Jerusalem auf der Grundlage religionsgeschichtlicher Thesen gefordert hat. Diese irre Forderung war ohne Zweifel einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch des Oslo-Prozesses. Die Geschichte wird zeigen, ob sie nicht auch zum Auslöser eines Religionskrieges im gesamten Mittleren Osten und eines weltweiten islamisch-jüdischen Konflikts wird.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein politischer Konflikt zwischen einer kolonialen Bewegung und einer

nationalen Befreiungsbewegung. Der Zionismus ist eine politische und keine religiöse Ideologie, die darauf abzielt, die jüdische Frage in Europa durch die Einwanderung in Palästina, seine Kolonisierung und die Schaffung eines jüdischen Staates zu lösen. So haben seine Sprecher ihn immer definiert, von Herzl bis Ben Gurion, von Pinsker bis Jabotynski, die die Konzepte der Kolonisierung (Hityashvut) oder der Kolonien (Yishuv, Moshav) nie in einem negativ wertenden Sinne benutzt haben. Bis zum Aufstieg des Nazismus hat die überwältigende Mehrheit der Juden weltweit den Zionismus verworfen, sei es als Häresie (das war die Position der großen Mehrheit der Rabbiner und der religiösen Juden), sei es als reaktionär (das war die Position der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa), sei es als anachronistisch (so dachten die emanzipierten oder assimilierten Juden in Mittel- und Westeuropa). In diesem Sinne wurde der Antizionismus immer als eine politische Position unter anderen verstanden, die dazu noch ungefähr ein halbes Jahrhundert in der jüdischen Welt hegemonial war. Erst seit etwa dreißig Jahren gibt es eine breite Kampagne, die mit unleugbarem Erfolg versucht, nicht zur Kontroverse über die politische Sinnhaftigkeit des Zionismus beizutragen, zur Analyse seiner Dynamik und seiner politischen und moralischen Implikationen, sondern den Antizionismus zu delegitimieren, indem er ihn mit Antisemitismus gleichsetzt.

Semantische Verschiebungen...

Wie jeder andere Rassismus negiert der Antisemitismus (oder die Judenfeindlichkeit) den Anderen in seiner Identität und in seiner Existenz. Der Jude ist, egal was er tut, egal was er denkt, Hassobjekt bis hin zur Ausrottung, nur weil er Jude ist.

Der Antizionismus hingegen ist eine politische Kritik an einer politischen Ideologie und Bewegung; er greift nicht eine Menschengruppe an, sondern stellt eine bestimmte Politik in Frage. Wie kommt man dann dazu, die politischen Ideen des Antizionismus mit der rassistischen Ideologie des Antisemitismus gleichzusetzen? Eine europäische Gruppe zionistischer Intellektueller hat die Lösung gefunden, indem sie das Unter-

bewusste ins Spiel bringt und ein Konzept einführt, mit dem man alles beweisen kann: nämlich das der "semantischen Verschiebung". Wenn man den Zionismus anklagt oder auch Israel kritisiert, dann geht es einem, manchmal unbewusst, nicht um die Politik einer Regierung (der Regierung Sharon) oder um den kolonialistischen Charakter einer politischen Bewegung (des Zionismus) oder, mehr noch, den institutionalisierten Rassismus eines Staates (Israel), sondern um die Juden. Wenn man sagt: "Die Bombardierungen der Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen", oder: "Die Kolonisierung ist eine flagrante Verletzung der Vierten Genfer Konvention", meint man in Wirklichkeit: "Das jüdische Volk ist verantwortlich für den Tod von Jesus Christus" und "Tod den Juden"!

Natürlich kann man auf ein solches Argument nichts erwidern, denn jede Antwort wird, vielleicht unbewusst, zur Verteidigung des Antisemitismus. Das Argument der Bedeutungsverschiebung und der Rückgriff auf das Unterbewusste in der politischen Polemik beendet jede Möglichkeit der Debatte, egal zu welchem Thema im Übrigen. Die Verurteilung des Kolonialismus wird zu einer Verurteilung des Engländers (oder des Franzosen oder des Deutschen, je nachdem), seiner Kultur und seiner Existenz. Auch den Antikommunismus gibt es nicht, er ist eine Wortbedeutungsverschiebung für den Slawenhass. Wenn ich sage: "Ich mag keinen Camembert", denke ich in Wirklichkeit: "Tod den Franzosen!"; wenn ich erkläre, jiddische Musik zu mögen, sage ich mittels semantischer Verschiebung, dass ich die Araber hasse...

Der Antisemitismus existiert und scheint in Europa wieder sein Haupt zu erheben — nach einem halben Jahrhundert der Ächtung in Folge des Grauens des Völkermords an den Juden durch die Nazis und der Verbrechen der Kollaboration. Bei einem wachsenden Anteil der arabisch-moslemischen Gemeinden in Europa nehmen rassistische Verallgemeinerungen zu, werden unterschiedslos die Juden für die Verbrechen verantwortlich gemacht, die der jüdische Staat und seine Armee verüben. Im Übrigen findet sich der Antisemitismus oft im selben Lager wieder, das die

israelische Politik bedingungslos unterstützt, so z.B. unter den fundamentalistischen protestantischen Sekten, die in den USA die wirkliche proisraelische Lobby darstellen.

Der antiarabische Rassismus existiert ebenfalls, nur räumen die Medien den drastischen Polemiken des Beitar und der Jüdischen Verteidigungsliga gegen die islamischen Institutionen oder gegen Organisationen, die sich der israelischen Kolonisierungspolitik widersetzen, wenig Platz ein — oder den Parolen, die die Häuserwände gewisser Viertel in Paris verunzieren ("Tod den Arabern", "Keine Araber, keine Anschläge") oder den organisierten Ausschreitungen zionistischer Kommandos.

Der antiarabische und der antijüdische Rassismus müssen beide ohne Zugeständnisse verurteilt und bekämpft werden, und das kann man wirksam nur machen, wenn man sie frontal bekämpft, sonst verstärkt man die verbreitete Idee, hinter der Verurteilung des einen Rassismus stecke faktisch ein Angriff auf die andere Menschengruppe.

Diejenigen, die tatsächliche oder durch "Wortbedeutungs-verschiebung" unterstellte antisemitische Handlungen verurteilen und zu antiarabischen Exzessen schweigen, machen sich mitverantwortlich für die Kommunitarisierung und Ethnisierung der Köpfe und für die Verstärkung des Anti-semitismus, denn sie bekämpfen nicht den Rassismus überhaupt, egal von wem er ausgeht und gegen wen er sich richtet, sondern ausschließlich den Rassismus der anderen. Sicher sind nicht sie es — die Tarnero, Lanzmann und anderen Tagieffs — die das Recht hätten, der radikalen Linken und der Bewegung gegen die marktradikale Globalisierung, die immer an der Spitze antirassistischer Kämpfe standen und keinen dieser Kämpfe im Stich lassen, irgendwelche Lehren zu erteilen.

...und reale Komplizenschaft

Doch gehen wir einen Schritt weiter. Ein wichtiger Teil der Verantwortung für das Übergleiten von der Kritik an der israelischen Politik zu antisemitischen Haltungen ruht auf den Schultern eines Teils der oft selbsternannten Vorstände der jüdischen Gemeinden in Europa und in den USA. Tatsächlich sind sie es, die sehr oft die jüdische

Gemeinde als solche mit einer bestimmten Politik gleichsetzen — nämlich der einer bedingungslosen Unterstützung der politischen Führung Israels. Wenn sie, wie in Straßburg, dazu aufrufen, ihre Unterstützung für Sharon auf dem Vorplatz einer Synagoge zu demonstrieren, wen wundert es dann, wenn die Synagoge zur Zielscheibe von Demonstrationen gegen die israelische Politik wird?

Und was soll man von den kommunitaristischen Sprechern der jüdischen Gemeinde in Frankreich sagen, die den Wahlerfolg Le Pens "verstehen" und "hoffen, dass er die arabische Gemeinde in Frankreich zum Nachdenken bringt"?

Kann man in dieser Haltung die Komplizenschaft mit dem Mann übersehen, der in Frankreich am meisten die rassistische — und so auch die antisemitische — Ideologie verkörpert? Eine Komplizenschaft, die die Zusammenarbeit extrem rechter Organisationen wie des Beitar mit faschistischen und antisemitischen Gruppen wie Occident aus den 70er Jahren fortsetzt... Hier handelt es sich nicht mehr um semantische Verschiebung, sondern um ein abgekartetes Spiel.

Die israelische Politik wird weltweit von vielen kritisiert, und je mehr der jüdische Staat außerhalb des Rechts handelt, desto mehr wird er als gesetzlos betrachtet werden und den entsprechenden Preis dafür bezahlen. Es ist völlig unakzeptabel und unverantwortlich, dass solche jüdischen Intellektuellen, die wie die Vorstände jüdischer Gemeinden in aller Welt eine absolute Identifikation mit Israel zur Schau tragen, letztere mit in den Abgrund ziehen, auf den Ariel Sharon und seine Regierung zustreben.

Im Gegenteil, wenn sie wirklich von der Sorge um die Gemeinschaft bewegt wären, in deren Interesse sie zu sprechen vorgeben, würden sie ihr Möglichstes tun, um die barbarischen Akte des israelischen Staates zu demaskieren und die dramatischen Konsequenzen aufzuzeigen, die diese Handlungen früher oder später für eine nationale hebräische Existenz überhaupt im Nahen Osten nach sich ziehen werden.

Dadurch würden sie Verantwortungsbewusstsein auch gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Israel an den Tag legen: Wäre es nicht besser, wenn sie, statt dem israelischen Draufgänger-tum zu schmeicheln und zur wachsenden selbstmörderischen Verblendung der israelischen Führung und Bevölke-

rung beizutragen, und statt mit Lanzmann zu schreien: "Immer bedingungslos mit Israel", als Schutzwall fungierten und Sharon und seine Regierung vor den dramatischen Konsequenzen seiner Politik warnten?

Sind sie so blind, nicht zu sehen, dass die Straffreiheit, derer sich Israel bei bestimmten politischen und weltanschaulichen Strömungen in Europa und Nordamerika erfreut, nur die andere Seite des Antisemitismus und seines Arsenal "jüdischer Besonderheiten" ist? Sind sie so stumpfsinnig nicht zu begreifen, dass für viele sog. Freunde Israels die Haltung des Gewährenlassens gegenüber dem jüdischen Staat Ausdruck eines Zynismus ist, der die Juden gern frontal gegen die Wand laufen sieht? Und dass im Gegenteil denjenigen, die Israel — und manchmal hart — kritisieren, das Leben und Überleben seiner Bevölkerung wirklich am Herzen liegt?

Ariel Sharon, seine Minister, seine Generäle, seine Richter und ein Teil seiner Soldaten werden sich eines Tages vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen oder sogar für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten müssen. Damit dann nicht die gesamte israelische Bevölkerung auf der Anklagebank sitzt, gibt es in Israel Tausende Männer und Frauen, Zivilisten und Soldaten, die "Nein" sagen, die Widerstand leisten und in Opposition gehen.

Um die Juden der Welt vor dem Vorwurf der Mitverantwortlichkeit zu schützen, um der antisemitischen Propaganda den Boden zu entziehen, die die Leiden der Palästinenser instrumentalisiert, um jeden Juden, nur weil er Jude ist, für schuldig zu erklären, um der Kommunitarisierung und Ethnisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts einen Riegel vorzuschieben, ist es unbedingt notwendig, dass sich eine mächtige und feste Stimme innerhalb der jüdischen Gemeinden Gehör verschafft, die sagt, was der Name einer US-amerikanischen jüdischen Organisation ausdrückt, die sich diesem Ziel verschrieben hat: "Nicht in unserem Namen!"

Es ist natürlich auch die Pflicht der demokratischen und linken Organisationen auf der ganzen Welt, die Verbrechen Israels ohne jede Konzession zu verurteilen, nicht nur weil die Verteidigung der Unterdrückten und Kolonisier-

ten, welcher auch immer, integraler Bestandteil ihres Programms und ihres Denkens ist, sondern auch weil nur eine klare und mit den anderen Kämpfen, die sie führen, kohärente Position es ihnen ermöglicht, den Kommunitarismus und Rassismus in ihrem eigenen Land zu bekämpfen.

Sich von der Erpressung mit dem Antisemitismusverdacht abschrecken zu

lassen, zu schweigen, um sich nicht der Anklage auszusetzen, man leiste "dem Antisemitismus Vorschub" oder sei gar "unbewusst antisemitisch", kann letztlich nur den wirklichen Antisemiten zugute kommen oder zumindest die identitäre und kommunitaristische Verwirrung fördern.

Die wirkliche antirassistische und antikolonialistische Linke braucht nicht erst zu beweisen, dass sie im Kampf gegen

die antisemitische Pest steht. Sie wird diesen Kampf desto wirksamer fortführen, je klarer und unzweideutiger sie zu den Kriegsverbrechen Israels und zu seiner Kolonisierungspolitik Stellung bezieht.

Abdruck aus der Sozialistischen Zeitung, September 2002/ Hervorhebungen der AG Palästina, ATTAC Hamburg

Michel Warschawski ist Leiter des Alternative Information Center in Jerusalem *Das AIC tritt für eine „Zusammenarbeit zwischen Palästinensern und Israelis auf der Grundlage der Anerkennung folgender Werte: Soziale und politische Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Anerkennung der unantastbaren nationalen Rechte des palästinensischen Volks“ Das AIC ist davon überzeugt, dass eine echte Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Palästinensern und Israelis möglich ist.*“ <http://www.alternativenews.org>

Europäische Juden für einen gerechten Frieden

Wir, Vertreter von sechzehn jüdischen Friedensorganisationen aus acht europäischen Ländern, haben uns auf der Konferenz „Don't say you didn't know“ in Amsterdam am 19. und 20. September 2002 getroffen.

Wir rufen die israelische Regierung dazu auf, ihre aktuelle Politik zu ändern und die Vorschläge der folgenden Erklärung zu verwirklichen; wir rufen alle andere Regierungen, die UNO und die EU dazu auf, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, damit sie die Vorschläge der folgenden Erklärung verwirklicht:

Erklärung

Wir glauben, dass der einzige Ausweg aus der jetzigen Sackgasse in einem Abkommen auf der Grundlage der Schaffung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates und der Garantie eines sicheren und anerkannten (safe and secure) Israel und Palästina besteht.

Dies setzt voraus:

1. die sofortige Beendigung der Besatzung der Besetzten Gebiete - Westbank, Gaza und Ostjerusalem – und

die Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967;

2. die vollständige Räumung aller jüdischen Siedlungen in allen Besetzten Gebieten;

3. die Anerkennung des Rechtes beider Staaten, Jerusalem als ihre Hauptstadt zu haben;

4. die Anerkennung von Israels Anteil an der Schaffung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge. Israel muss prinzipiell das Rückkehrrecht der Palästinenser als Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung dieses Problems wird durch ein Abkommen zwischen beiden Parteien auf der Grundlage von gerechten, fairen und praktikablen Erwägungen gelöst werden. Ein solches Abkommen wird Entschädigung beinhalten und die Rückkehr in das Territorium des palästinensischen Staates oder Israels, ohne die Existenz Israels zu gefährden.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft und insbesondere Europa zur politischen und finanziellen Unterstützung auf.

September 2002

Unterzeichner:

- An Other Jewish Voice (The Netherlands)
- Union des Progressistes Juifs de Belgique -UPJB (Belgium) /
- Network of Jews Against Occupation, Rome (Italy)/
- Group Martin Buber-Jews for Peace (U.K.)
- Friends of the Israeli Palestinian Coalition of Peace
- Just Peace UK
- Jews for Justice for Palestinians (U.K.)
- Jewish Socialist Group (U.K.)
- British Friends of Peace Now
- Rabbis for Human Rights UK
- Jewish Manifesto (Sweden)
- The Swedish Jewish Peace Group (Sweden)
- Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Schweiz)
- Union Juive Française pour la paix - UJFP (France)
- Le Cercle Français de Juive Diasporque de Gauche cercle Gaston Cremieux (France)
- New Outlook (Dänemark)

Kontaktadresse der "European Jews for a Just Peace": Een Ander Joods Geluid An Other Jewish Voice, Amsterdam, Netherlands
Email: eajg@xs4all.nl

Original unter <http://www.jvjp.ch>

Nicht in unserem Namen: Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost
Am 9. November 2003 wurde in Berlin unter dem Namen "Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" die Sektion der Föderation "EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE" ("Europäische Juden für einen gerechten Frieden") ins Leben gerufen.

<http://www.juedische-stimme.de>

Jüdische Stimme Berlin c/o Internationale Liga für Menschenrechte
Haus der Demokratie und Menschenrechte Greifswalder Str. 4 D-10405 Berlin

Keine Rüstungsexporte nach Israel!

Ishai Menuhin, Reserveoffizier, israelische Armee:

"Die israelische Regierung zwingt uns zu einem dauerhaften Krieg gegen die Palästinenser. Deutschland sollte keinerlei Waffen mehr nach Israel exportieren, bis die Besatzung beendet ist.

Wir setzen diese Waffen gegen die Palästinenser ein, um die Besatzung aufrecht zu erhalten. Deshalb fordern wir Deutschland auf, keine Waffen mehr nach Israel zu schicken."

Adam Keller, "Gush Shalom" Tel Aviv:

"Die deutsche Bundesregierung sollte sich jetzt, gerade wegen ihrer historischen Verantwortung, **für ein umfassendes Verbot von Rüstungsexporten nach Israel** aussprechen. Solange, bis die Menschenrechtsverletzungen in Israel ein Ende finden.

Das wäre keinesfalls eine anti-israelische Maßnahme, sondern ein großer Dienst, den man Israel erweisen würde, um uns von einer Politik abzubringen, die unsere Zukunft in diesem Land zerstört."

aus der Monitor-Sendung vom 14. Februar 2002 (zitiert in www.friedensratschlag.de).

Rüdiger Göbel: Krieg kritisiert, Israel aufgerüstet Berlin zeigt sich besorgt über Gaza-Invasion, sorgt aber gleichzeitig für reibungslosen Rüstungstransfer

<http://www.jungewelt.de/2006/07-08/034.php>

Israel wird von Deutschland für das Kriegführen gegen die Palästinenser zwar verhalten kritisiert, gleichzeitig aber auch hoch belohnt.

Offiziell warnte die Bundesregierung am Freitag einmal mehr vor einer weiteren Eskalation im Nahostkonflikt. Berlin versuche, an einer Stabilisierung der Situation im Gazastreifen und einer friedlichen Lösung mitzuwirken, bekräftigte Vizeregierungssprecher Thomas Steg in der Bundeshauptstadt. Sein Kollege im Außenamt Martin Jäger warnte gar, die humanitäre Lage vor Ort entwickle sich »in bedenklicher Weise«. Hehre Worte. Tags zuvor war in Berlin der Weg für millionenteure Rüstungslieferungen an die israelische Armee freigemacht worden.

Vertreter Israels und der HDW-Werft unterzeichneten am Donnerstag einen Vertrag über die Lieferung zweier hochmoderner U-Boote. Der Clou: Nach einer Finanzierungsvereinbarung wird ein Drittel der Gesamtkosten von rund einer Milliarde Euro vom deutschen Steuerzahler getragen. »Das derzeitige brutale Vorgehen Israels gegen die gewählte Regierung und Bevölkerung in den palästinensischen Autonomiegebieten erschwert den Weg zu einer gerechten Friedenslösung im Nahen Osten. Dieses Verhalten darf nicht auch noch durch Waffenlieferungen belohnt werden«, kritisierte der verteidigungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Paul Schäfer, den Rüstungsdeal am Freitag. Die mit 330 Millionen Euro subventionierten U-Boote der Delphin-Klasse könnten zudem umgerüstet werden, so daß der

unerklärte Nuklearwaffenstaat Israel auch atomar bestückte Marschflugkörper verschießen kann.

Die USA setzten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Donnerstag (Ortszeit) alles daran, eine Verurteilung Israels zu verhindern. Angesichts dieser internationalen Protektion verwundert es nicht, daß die israelische Regierung den Krieg eskaliert. Israels Generalstabschef Dan Halutz zufolge wurden im Rahmen der am 27. Juni gestarteten Offensive »Sommerregen« bisher »etwa 40 Terroristen« getötet, 24 davon am Donnerstag.

Die israelische Friedensgruppe »Gush Shalom« rief in einem »Appell an Europa« auf, »sofort und tatkräftig gegen die bedrohliche israelisch-palästinensische Krise zu intervenieren«.

Palästinensische Regierung

Mit der Unterzeichnung der Prinzipienklärung am 13. September 1993, die die Bildung einer Palästinensischen Interimsregierung für die Dauer von fünf Jahren vorschreibt, war der Weg zur Etablierung unabhängiger politischer Strukturen und Institutionen in Palästina frei. Der Prinzipienklärung schloß sich am 4. Mai 1994 das Gaza-Jericho-Abkommen (Oslo I, Abkommen von Kairo) an. In einem Großteil des Gazastreifens (60 %) und in der Enklave Jericho sollten die palästinensischen Behörden (Palestinian Authority) bis zu den ersten palästinensischen Wahlen und der Bildung einer Regierung (Palestinian National Authority) die Verantwortung in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus übernehmen.

Aufbau von Verwaltung und Ministerien

Trotz der offensichtlichen Einschränkungen und Nachteile für die palästinensische Seite befürwortete ein Großteil der Bevölkerung den Friedensprozeß, denn nach Jahrzehnten der blutigen Auseinandersetzungen, war nun der Weg zu einer friedlichen Aussöhnung und zu der Unabhängigkeit Palästinas frei. Schon im April 1994 kehrten die ersten PLO-Vertreter aus Tunis und anderen arabischen Staaten nach Palästina zurück und am 1. Juli wurde Yassir Arafat von einer jubelnden Menge im Gazastreifen begrüßt. Wenige Tage später legten die Mitglieder der ersten palästinensischen Regierung ihren Eid ab (5. Juli). Auf Grundlage des "Abkommen über den Transfer der Zivilverwaltung"

(29. August 1994) begann man mit dem Aufbau der palästinensischen Behörden im Gazastreifen und in Jericho. Diese nahmen ihre Arbeit im November auf.

Ein Jahr später wurde das Interimsabkommen (Oslo II, Abkommen von Taba) über die 2. Stufe der Palästinensischen Autonomie unterzeichnet (28. September 1995). Man vereinbarte die Aufteilung der Westbank in drei Zonen (A-, B,- und C-Zonen), von denen die erste - die sog. A-Zone - mit den palästinensischen Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem im Dezember 1995 den palästinensischen Behörden übergeben wurde. 420 palästinensische Kleinstädte und Dörfer wurden der Zone B zugerechnet. Hier entstand eine palästinensische Zivilverwaltung, die Verantwortung im Bereich der Sicherheit obliegt jedoch nach wie vor Israel. Das flächenmäßig größte Gebiet - 73 % der Westbank - mit den Siedlungen und den militärischen Schutzzonen, blieb unter alleiniger israelischer Zuständigkeit.

Wahlen und Regierungsbildung

Gemäß der zuvor abgeschlossenen Verträge fanden am 20. Januar 1996 die ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Wenige Wochen später wurde Yassir Arafat als erster gewählter Präsident Palästinas vereidigt (12. Februar 1996).

(Palästinensische Delegation in Deutschland, www.palaestina.org)

Erklärung des Alternativen Informationszentrums (Jerusalem) zu den Palästinensischen Wahlen (2006)

Am 25. Januar 2006 führte das palästinensische Volk eine einwandfreie Wahl zur gesetzgebenden Körperschaft durch, frei von signifikanter Gewaltanwendung, Einschüchterung oder Einmischung. Hierzu möchte das AIC seinen Glückwunsch aussprechen. Der einwandfreie Wahlvorgang belegt, dass sogar unter einer Besatzung und angesichts eines immensen internationalen Drucks das palästinensische Volk entschlossen ist, seine demokratischen Rechte auszuüben.

Das AIC glaubt, dass die regierenden Parteien die Ergebnisse der Wahl akzeptieren müssen und friedlich die Macht überreichen sollen. Es ist wichtig in diesen schwierigen Zeiten die nationale Einheit zu wahren und interne Kämpfe zu vermeiden. Falls interne Gewalt ausbrechen sollte, sind ganz gewiss der demokratische Prozess und die Palästinenser die einzigen Leidtragenden.

Wir hoffen auch, dass alle politischen Parteien an der neuen palästinensischen gesetzgebenden Körperschaft

teilnehmen werden und dass diese Regierung die Interessen und Bestrebungen des palästinensischen Volkes zum Ausdruck bringt. Die Ergebnisse der Wahl zeigen ein Verlangen nach Wechsel nach einem Jahrzehnt der Fatah-Regierung; Es würde schlecht sein, zehn Jahre Fatah-Hegemonie durch weitere zehn Jahre von Hamas ersetzt zu sehen.

Das AIC glaubt auch, dass die internationale Gemeinschaft davon absehen sollte, irgendwelchen Druck von außen auf die neue palästinensische Regierung ausüben zu wollen. Externe Kräfte müssen den demokratischen Willen des palästinensischen Volkes respektieren. Es gibt keinen Raum für Einmischung von außen von Seiten Israels oder irgendeines anderen Landes aufgrund von Missfallen über das Wahlergebnis.

*Übersetzung: Paul Woods, coordinat@attac.org
http://alternativenews.dyndns.org/index.php?option=com_content&task=view&id=371&Itemid=1&lang=ISO-8859-1*

Uri Avnery

Mit Hamas an einen Tisch!

Wie zwei sehr müde Ringkämpfer, die einander umklammert halten und nicht in der Lage sind, sich voneinander zu trennen, so kleben die israelische und palästinensische Gesellschaft aneinander. Die palästinensischen Wahlen in dieser Woche fanden im Schatten der israelischen Wahlen statt. Die israelischen Wahlen – in genau zwei Monaten – werden im Schatten der palästinensischen Wahlen stattfinden. Was kann man nach dem Sieg der Hamas tun?

Es ist nicht einfach, Wahlen unter Besatzung abzuhalten, wenn der Besatzer offen gegen eine der großen Parteien kämpft, Kandidaten verhaftet oder sogar tötet, bedeutende Führer im Gefängnis festhält und überall Sperren errichtet. Und wie erwartet, wenn eine dumme Militärmaschine sich in politische Angelegenheiten einmischt, sind die Ergebnisse genau das Gegenteil von den beabsichtigten: die Erklärungen und Aktionen der israelischen Regierung gegen die Hamas haben ihr nur geholfen.

Ich sprach mit einem der Fatah-Führer über die Aktionen der israelischen Regierung gegen Hamas im besetzten Ost-Jerusalem, wo Wahlveranstaltungen verboten, Kandidaten verhaftet und Wahlplakate abgerissen wurden. Der Mann lachte: »Was denken Sie? Dass Hamas-Anhänger Wahlveranstaltungen und Wahlposter brauchen, um zu wissen, wen man wählen soll? All dies erhöht ja nur die Anziehungskraft der Hamas.« Die Ergebnisse zeigen, dass er recht hatte.

Es muss ganz klar gesagt werden: Diese Wahlen sind eine große Errungenschaft für die palästinensische Gesellschaft, ein Ehrentitel für ein Volk, das unter der Besatzung leidet, dessen unabhängiger Staat noch ein Traum ist. Jeder sollte vor ihr den Hut ziehen!

In Israel waren in dieser Woche die palästinensischen Wahlen im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Ehud Olmert, der seine Stellung als stellvertretender Ministerpräsident ausbauen möchte, um sich selbst als Führer für Sicherheit darzustellen, berief eine Konferenz des üblichen Haufens von Generälen und Shin-Bet-Typen ein, die auf eine Situation immer nur durch die Zielvorrichtung ihrer Waffen schauen und durch ihren üblichen Mangel an politischer Weitsicht glänzen. Was sollte man tun, wenn ... Wie sich verhalten, wenn ...

Was kam dabei heraus? Israel wird nicht mit einer palästinensischen Regierung verhandeln, wenn sie

Hamas einschließt. »Man kann von uns nicht verlangen, mit einer Gruppe zu verhandeln, die auf die Zerstörung Israels zielt« etc. etc. Das ist Unsinn mit Tomatensoße, wie man auf hebräisch sagt. Oder in diesem Fall: Unsinn mit Blut.

Israel muss mit jeder palästinensischen Führung verhandeln, die vom palästinensischen Volk gewählt wurde. Wie bei jedem anderen Konflikt in der Geschichte wählt man nicht die Führung des Gegners – einmal, weil der Gegner nicht damit einverstanden wäre, und dann – genauso wichtig –, weil ein Abkommen mit solch einer Führung nicht halten würde. Je umfassender die Führung ist, um so besser. Wenn ein Abkommen erreicht wird, ist es entscheidend wichtig, dass alle Sektionen der palästinensischen Bevölkerung daran gebunden sind. Und wesentlich ist es, gerade die extremsten Faktionen mit einzuschließen. Hätte sich Hamas nicht dafür entschieden, an den Wahlen teilzunehmen, dann hätte sie dazu gezwungen werden müssen.

Eine Gruppe, die bereit ist, mit Israel zu verhandeln, erkennt allein dadurch den Staat Israel an. Und wenn sie nicht bereit ist zu verhandeln, taucht dieses Problem gar nicht erst auf. Das ist logisch. Aber Generäle und Politiker sind keine Professoren der Logik – was wissen sie schon über Verhandlungen und Abkommen?

Auf der palästinensischen Seite: Allein die Tatsache, dass Hamas an den Wahlen teilnimmt, die ihre Grundlage im Oslo-Abkommen haben, beweist, dass das palästinensische politische System sich in Richtung Frieden bewegt. Obwohl der Hamas-Sieg wie ein Rückschlag für den Frieden aussieht, kann das wirkliche Ergebnis ganz anders aussehen. Es kann die extreme Bewegung moderater machen und absichern, dass jedes Abkommen stabiler und dauerhafter sein wird.

Auf der israelischen Seite: Die Spaltung des Likud, die Schaffung von Kadima, und der Führungswechsel in der Arbeitspartei zeigen, dass sich das israelische politische System in dieselbe Richtung bewegt.

Nachdem beide Völker ihre neue Regierung aufgestellt haben, werden sie miteinander reden müssen.

(Übersetzung: Ellen Rohlf)

<http://www.jungewelt.de/2006/01-30/025.php?sstr=>

Alain Gresh

Palästina - allein gelassen

Zur EU-Politik gegenüber Palästina

(...) Der folgende Text zieht Bilanz über die **Kehrtwende**, die die internationale Gemeinschaft, vor allem die **Europäische Union**, in Hinsicht auf eine Lösung des Konfliktes vollzogen hat.

Leise und kaum bemerkbar haben führende europäische Politiker und Medien im Lauf der letzten Jahre die Art und Weise geändert, mit der sie das palästinensische Drama und die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes angehen. Während des gesamten so genannten „Osloer Friedensprozesses“ war es klar, dass die Lösung nur erreichbar wäre durch Verhandlungen, die alle Problembe- reiche umfassen würde: den Rückzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten, darin eingeschlossen der Ostteil Jerusalems, die Errichtung dauerhafter Grenzen zwischen dem palästinensischen Staat und Israel sowie eine annehmbare Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge. Diese Streitpunkte standen auf der Tagesordnung der Verhandlungen von Camp David (Juli 2000) wie der von Taba (Januar 2001).

Der Ausbruch der zweiten Intifada Ende September 2000, deren blutige Unterdrückung durch die israelische Armee ab den ersten Tagen – Monate vor den ersten Selbstmordattentaten – die Eskalation der Gewalt, die Wahl Ariel Sharons zum Premierminister, die Vervielfachung der Attentate gegen israelische Zivilisten und schließlich die Wiederaufnahme der totalen Kontrolle über die besetzten Gebiete durch die israelische Armee haben die letzten Jahre gekennzeichnet. **Vom Standpunkt des Internationalen Rechts sind jedoch die grundlegenden Probleme geblieben**, wie man auch die Strategie und die Taktik der palästinensischen Autonomiebehörde einschätzen mag: das Westjordanland, Gaza und Ostjerusalem bleiben besetzte Gebiete, Israel bleibt eine **Besatzungsmacht** und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates bleibt der Schlüssel zum Frieden.

Verheimlichte Kriegsverbrechen

Wenn man jedoch die Erklärungen von führenden europäischen Politikern liest, wenn man das aktuelle Geschehen in den Medien verfolgt, so stellt man eine **Umkehr der Betrachtungsweise** fest: Von jetzt ab ist es Sache der Palästinenser, d.h. Sache der Besetzten, ihren guten Willen zu beweisen. Die Hinweise der **Europäischen Union** auf die Verpflichtungen des einen und des anderen Lagers verbergen schlecht ihren Schulterchluss mit dem israelischen Premierminister und dessen Vorstellungen: jeder Schritt vorwärts auf dem Weg zum Frieden hängt von der palästinensischen Autonomiebehörde ab; sie muss Reformen durchführen, sie muss die bewaffneten Gruppen auflösen und sie muss beweisen, dass sie mit Israel in friedlicher Koexistenz leben will.

Diese Übernahme der Vorstellungen des israelischen Premierministers ist auch in den **Medien** sehr spürbar; sie neigen dazu, die wirkliche Politik Israels vor Ort zu ignorieren, ihren repressiven und internationales Recht widersprechenden Charakter zu unterschätzen und die begangenen Kriegsverbrechen zu verheimlichen.

(...) Die Räumung des **Gazastreifens** während des Sommers 2005 war in dieser Hinsicht ein erbauliches Beispiel. Wochenlang haben die internationalen Medien ihre Scheinwerfer auf die einige tausend evakuierten Siedler gerichtet und sich lang und breit über deren Leiden sowie über die weinenden Soldaten ausgelassen, die die Räumung durchführen mussten. Wenige Journalisten haben daran erinnert, dass die „Besiedlung“ nach den Normen des Internationalen Strafgerichtshofes ein Kriegsverbrechen darstellt; dass viele dieser Siedler Fanatiker sind und bereit, auf palästinensische Zivilisten das Feuer zu eröffnen; dass Zehntausende Palästinenser aus Gaza im Laufe der letzten Jahre vertrieben wurden, ohne dass dies zu einer auch nur leisesten Gefühlsregung im Westen geführt hätte.

Schlimmer noch, die Räumung von Gaza wurde als eine bedeutsame „Geste“ von Ariel Sharon präsentiert. Sie hat ihm ermöglicht, sein Ansehen in den Vereinigten Staaten und in Europa zu stärken und hat ihm die Türen für einen offiziellen Staatsbesuch mit allen Ehren in Frankreich geöffnet. Dennoch **bleibt Gaza**, und daran erinnern die Vereinten Nationen, ein **besetztes Gebiet**, die israelischen Truppen fallen dort häufig ein – die israelische Regierung hat sogar unlängst beschlossen, auf palästinensischem Gebiet eine „Sicherheitszone“ zu errichten und vertreiben damit ein Teil der Bevölkerung... Auch die Drohung, den Strom für den gesamten Gazastreifen abzustellen, stellt eine Kollektivstrafe dar, die der Genfer Konvention widerspricht. Die amerikanische Organisation Human Rights Watch wies in einem Kommuniqué vom 23. Dezember 2005 darauf hin, dass eine solche Maßnahme eine Verletzung des Kriegsrechts darstelle, genauso wie die Maßnahme Tel Avivs, die zwischen dem 24. September und dem 12. November den 5000 palästinensischen Arbeitern verbot, israelisches Gebiet zu betreten und damit die Leiden der Bevölkerung noch verstärkte, die zu 68 % unter der Armutsschwelle lebt (1).

Die Siedlungen breiten sich aus

Mustafa Barghuti, der im Januar 2005 bei den Präsidentschaftswahlen zur Palästinensischen Autonomiebehörde gegen Mahmoud Abbas antrat und rund 20 Prozent der Stimmen erhielt, veröffentlichte kürzlich einen Artikel mit dem Titel *"Die Wahrheit, die ihr nicht hören wollt"* (2). Darin zieht er Bilanz über die Situation vor Ort im Westjordanland und in Gaza, eine Bilanz - weit entfernt von der israelischen Version, „die in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit steht“, weit entfernt auch von dem Bild, das die meisten westlichen Medien vermitteln können. So **breiten sich die Siedlungen schnell weiter aus**. *"Die Gesamtbevölkerung der Siedler beträgt*

jetzt 436.000: 190.000 in Jerusalem und 246.000 im Westjordanland. Nur 8.475, d.h. 2 Prozent dieser Gesamtzahl an illegalen Siedlern wurden aus Gaza und aus der Region um Dscheinin evakuiert. Zu gleicher Zeit ist die Bevölkerung der Siedlungen im Westjordanland massiv um 15.800 gestiegen".

Er erzählt auch vom **Alltagsleben im Schatten der Mauer**, die zum Beispiel eine Stadt wie Qalqilya total umschließt und die nur ein einziges Tor hat, zu dem die israelischen Soldaten den Schlüssel haben. „Man braucht eine Erlaubnis, um durch das Tor zu kommen und es ist praktisch unmöglich, diese Erlaubnis zu erhalten. Selbst wenn man es schafft, muss man noch mit den speziellen Öffnungszeiten zurecht kommen. In der Region um Jayous darf man das Tor zu folgenden Zeiten passieren: zwischen 7h40 und 8h morgens, zwischen 14h und 14h15 und zwischen 18h45 und 19h. Insgesamt sind das 50 Minuten pro Tag und manchmal vergisst die Armee das Tor zu öffnen und die Schüler, die Lehrer, die Bauern, die Kranken und alle übrigen müssen warten ohne zu wissen wie lange“.

Die Folgen der Errichtung der Mauer für die Stadt Jerusalem wurden durch einen aktuellen **Bericht der Missionschefs der Europäischen Union** in Ost-Jerusalem bestätigt (3). Dieser Text zeigt unter anderem gewisse Richtlinien der israelischen Politik in der Heiligen Stadt auf:

- Die Umzäunung des Ostteils von Jerusalem, weit entfernt von der beim Waffenstillstand von 1967 vorgesehenen «Grünen Linie», ist fast vollendet;
- Private Betreiber und die israelische Regierung errichten neue illegale Siedlungen innerhalb von Ost-Jerusalem und rund um den Stadtteil herum;
- Ohne (fast unmöglich zu erhaltende) Baubewilligung errichtete palästinensische Häuser werden zerstört;
- Die Siedlung Maaleh Adoumim soll weiter ausgedehnt werden, was die vollständige Einkreisung der Stadt durch jüdische Siedlungen zur Folge hätte und das Westjordanland in zwei von einander getrennte Gebiete teilen würde.

Die Missionschefs der Europäischen Union weisen weiter darauf hin, dass „die Maßnahmen Israels in Jerusalem einen Bruch seiner mit der Unter-

zeichnung der Roadmap eingegangenen Verpflichtungen bedeuten sowie internationales Recht verletzen“. Ergebnis dieser Feststellung? Die europäische Union hat mutigerweise beschlossen, **diesen Bericht nicht zu veröffentlichen...**

Die Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Staat

Amira Haas, die ständige Korrespondentin der Tageszeitung Ha'aretz in den besetzten Gebieten, bekannt durch ihre mutigen Reportagen, kommentierte den Sieg der **Hamas** bei den Gemeindewahlen im Dezember 2005 im Westjordanland so: „Der Sieg des Hamas bei den Lokalwahlen blühte auf einem fruchtbaren Boden. Die Leute haben die Lügen einfach satt, die sie dreizehn Jahre lang (seit der Unterzeichnung des Osloer Vertrages) ständig gehört haben: dass Oslo Frieden bedeute; dass die Schaffung einer palästinensischen Autonomiebehörde ein Sieg und ein Symbol sei und alle Niederlagen zunichte machen würde; dass die Autonomiebehörde ein Staat sei (4).“

Damit will die Journalistin aber die Hamas keineswegs weiß waschen. Ihrer Meinung nach beruht die Propaganda der Hamas auf **drei Lügen**: die islamistische Bewegung behauptet, dass der Gazastreifen „befreit“ wurde, wo es sich doch um das Resultat einer einseitigen israelischen Entscheidung handelt; dass diese Räumung das Resultat des „bewaffneten Kampfes“ sei, wo doch „die Selbstmordattentate die öffentliche Meinung in Israel nur empfänglicher für die unterschiedlichsten Formen der Kontrollübernahme im Westjordanland gemacht haben“; dass die Parlamentswahlen im Januar 2006, an denen die Hamas sich beteiligen will, sich von den 1996er Wahlen fundamental unterscheiden würden, wo sie doch im selben Rahmen – dem des Osloer Vertrags – stattfinden werden.

Die Aufrufe zur Demokratisierung der Palästinensischen Autonomiebehörde erscheinen auch sinnlos. Bei den Präsidentschaftswahlen vom Januar 2005 war es klar, dass die **Europäische Union nur einen Sieger wünschte, nämlich Mahmoud Abbas**: die zahl-

reichen Versuche der Fatah auf die Wahlkommission Druck auszuüben wurden daher von den internationalen Beobachtern nicht angeprangert und auch nicht von den Medien aufgegriffen (5). Von nun an droht Javier Solana, Hoher Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, der palästinensischen Autonomiebehörde die Unterstützung Brüssels zu entziehen, falls die Hamas bei den Wahlen im Januar 2006 gewinnen sollte. Kurz gesagt: das Europa der Fünfundzwanzig akzeptiert das Wahlergebnis nur unter der Bedingung, dass die von ihr gewünschten Kandidaten gewinnen...

Warum soll man sich noch wundern, wo die **Europäische Union ja ihre Beziehungen mit Israel verstärkt**, dass sie viel eher bereit ist, Druck auf die Autonomiebehörde auszuüben als die Sanktionen auszuführen, die gemäß ihrem Assoziierungsabkommen mit Israel für den Fall von Menschenrechtsverletzungen vorgesehen sind - und Menschenrechtsverletzungen sind in den besetzten Gebieten alltäglich. Dass sie die führende Politiker Israels empfängt um sie zur Fortsetzung ihrer Politik zu „ermutigen“, obgleich dieser Weg zur direkten Annexion eines Großteils des Westjordanlandes und von Ost-Jerusalem führt. Es ist bedauerlich, dass **Frankreich** seine selbständige und deutliche Politik zu Gunsten der Rechte der Palästinenser aufgegeben hat. Frankreich empfängt wieder Ariel Sharon und nimmt die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet und in Sicherheitsfragen mit Israel wieder auf (6). Zahlreiche Minister, unter ihnen Nicolas Sarkozy, geben sich in Israel die Klinke in die Hand. Zwei französische Firmen bauen die Straßenbahn, die das Zentrum Jerusalems mit zwei im Osten der Stadt gelegenen jüdischen Siedlungen verbindet und leisten damit einen Beitrag zur israelischen Besatzungspolitik. Diese Strategie – Zeichen einer engeren Anpassung an die Politik der USA im Nahen Osten, vom Irak bis Afghanistan – widerspricht der über Jahrzehnte von der französischen Politik verfolgten Linie im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Der durch das Osloer Abkommen

eröffnete „Friedensprozess“ ist gestorben und begraben. Möglich, dass er einen Weg zur Regelung (der palästinensischen Frage) hätte darstellen können, dass Chancen verpasst wurden. Wie es auch sei: man kann das Rad nicht mehr zurückdrehen. Soll man auf die Verwirklichung der **Roadmap**, auf den Sieg des Zentristen Ariel Sharon im nächsten März hoffen? **Nein** denn die Gleichung bleibt nach wie vor dieselbe: die Palästinenser leben **weiterhin unter der Besatzung**, ihr Alltag ist unerträglich, ihre Hoffnungen auf Unabhängigkeit werden verhöhnt.

Es ist illusorisch anzunehmen, dass die israelische Regierung in kommender Zeit den Kurs ändern wird, ohne dass von internationaler Seite beständig **Druck ausgeübt wird, das Internationale Recht und nichts als das gesamte Internationale Recht anzuwenden**. Der palästinensische Widerstand und die Mobilisierung des pazifistischen Teils der israelischen öffentlichen Meinung müssen durch internationale Sanktionen unterstützt werden. Wie es Moustapha Barghouti verlangt: „Eine Möglichkeit, diese Situation zu korrigieren ist, das zu tun, was im Falle Süd-Afrikas getan wurde: Sanktionen auferlegen. Ein wichtiger Aspekt wäre, die militärischen Verbindungen mit Israel, dem viertgrößten Rüstungsexporteur der Welt zu lösen. Wir brauchen eine **Bewegung militärischer Nicht-Zusammenarbeit**, die sich auf eine Rückführung von Investi-

tionen auf diesem Gebiet konzentriert und die die **Wirtschaftsbeziehungen mit Israel von der Einhaltung des Internationalen Rechts und der Anwendung der internationalen Resolutionen abhängig macht**“. Eine in diesem Sinne starke Bewegung ist in der angelsächsischen Welt entstanden. Das Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Israel gibt Brüssel kraftvolle Mittel in die Hand, denn es sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, dieses Abkommen im Falle einer Nichtbeachtung des Artikels 2 aufzuheben: „Die Beziehungen zwischen den Unterzeichnern wie auch alle Bestimmungen des vorliegenden Abkommens fußen auf dem Respekt der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien, welche ihre Innen- und Außenpolitik leitet und ein wesentliches Element dieses Abkommens bildet.“

Aus diesem Grunde hatte am 10. April 2002, gerade als im Westjordanland die Operation "Rempart" lief, eine starke Mehrheit des europäischen Parlaments die Kommission und den Rat aufgefordert, **das „Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Israel auszusetzen“**. Vergeblich...

Wäre es nicht an der Zeit, auf die Maßnahme zurückzukommen, welche es der Europäischen Union ermöglichte, ihre Politik in Einklang mit ihren Verlautbarungen zu bringen, das Internationale Recht zum Durchbruch zu verhelfen und eine aktive Rolle im

Nahen Osten zu spielen?

- (1) <http://hrw.org/english/docs/2005/12...>
- (2) Al-Ahram Weekly, Kairo, 1. – 7. Dezember 2005
<http://www.zmag.de/artikel.php?id=1698>
- (3) <http://www.juedische-stimme.de/>
- (4) Haaretz.com, 21. Dezember 2005.
- (5) Eine ausgezeichnete Analyse von Roger Heacock befindet sich in: " Les élections palestiniennes", Confluences Méditerranée, n°55 Herbst 2005, L'Harmattan.
- (6) Im Dezember 2005 haben sich der israelische Minister für öffentliche Sicherheit Gideon Ezra und der israelische Polizeichef Moshe Karadi auf Einladung von Sarkozy vier Tage in Paris aufgehalten, um -laut Ha'aretz- die französische Polizei zu beraten, wie man mit Aufständen umgehen kann, wie sie in den französischen Vororten stattgefunden haben.

Erschienen auf der Webseite von Le Monde Diplomatique Frankreich , 3. 1.2006 <http://www.monde-diplomatique.fr/dossiers/palestine/>
Von Jürgen JANZ und Josefine DUPORT übersetzt, cooriditrad@attac.org

Alain Gresh ist der Autor des Textes „Die Position der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zu Palästina“, den ATTAC Frankreich im Dezember 2002 verabschiedet hat (in Sand im Getriebe Nr 14 erschienen)

Europäische Kampagne für Sanktionen gegen die israelische Besatzung

Als Mitglieder der Zivilgesellschaft eines EU-Mitgliedstaates fordern wir unseren Außenminister, den Rat der Europäischen Union und die Vereinten Nationen dringend auf, politische und wirtschaftliche Maßnahmen einschließlich Sanktionen zu ergreifen, um Israel an der Fortsetzung des Mauerbaus zu hindern und um es zu zwingen, das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 9.Juli 2004 respektieren.

Druck auf Israel ist erforderlicher denn je, wenn ein Frieden, der sich auf dem Völkerrecht gründet, er-

reicht werden soll. Deshalb fordern wir:

- die Aussetzung des EU-Israel-Assoziationsabkommens, solange es nicht möglich ist, eine völkerrechtsgemäße Anwendung des Abkommens zu erreichen. Dieses Abkommen begünstigt die Einfuhr israelischer Produkte in die EU und setzt die Einhaltung der Menschenrechte voraus,
- die vollständige Einstellung von militärischen Abkommen und militärischem Austausch mit Israel,
- von den EU-Mitgliedstaaten und der Weltbank, keine Forschung, Koordination oder Geldmittel zum

Bau von Tunnel und Toren zu liefern, die die vom Mauerbau geschaffene Situation unterstützen.

Wir verlangen von Israel, ebenso wie von unserer Regierung, die Erfüllung der Verpflichtungen, die im Rechtsgutachten festgelegt sind und die die Grundsätze der Vierten Genfer Konvention und alle relevanten UN-Resolutionen bestätigen.

Diese Petition wurde initiiert vom Europäischen Koordinierungskomitee der NGOs zur Palästina-Frage (ECCP).
www.stopptdiemauer.de

Attac Deutschland: Grundsätze zu der Situation in Palästina und Israel:

(...) Unsere Haltung in der Palästina-Frage beruht auf folgenden Grundsätzen:

Einhaltung sämtlicher Palästina-Resolutionen, die bislang von der UNO verabschiedet wurden. Diese fordern den Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten, das prinzipielle Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, den Abbau der israelischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten und die Lösung der Jerusalem-Frage.

Unterstützung des Rechts von Israelis und Palästinenser auf lebensfähige Staaten mit international garantierten Grenzen.

Solidarität mit den israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen.

(Aus der Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland im Oktober 2003)

Einige Hinweise auf Bücher, Internetadressen usw.

Noam Chomsky: Offene Wunde Nahost

Sophia Deeg: Ich bin als Mensch gekommen

Dr.S. Farhat-Naser: Thymian und Steine / Verwurzelt im Land der Olivenbäume

Alain Gresh: Israel-Palästina. Die Hintergründe des Konflikts

Amira Hass: Gaza - Tage und Nächte in einem besetzten Land

Felicia Langer: Zorn und Hoffnung / Quo Vadis Israel? / Laßt uns wie Menschen leben

Rupert Neudeck: Ich will nicht mehr schweigen

Ilan Pappe: Die ethnische Säuberung Palästinas

Marcel Pott: Schuld und Sühne im Gelobten Land

Edward Said: Das Ende des Friedensprozesses (über Oslo und weitere Abkommen)

Rolf Verleger: Israels Irrweg: Eine jüdische Sicht

Michael Warschawski: Im Höllentempo

An der Grenze (Autobiographie eines Gründers des AIC, pal.-isr. Organisation)

Ludwig Watzal: Feinde des Friedens

Palästinensische Delegation in Deutschland:

<http://www.palaestina.org>

Viele Infos auf Deutsch unter:

<http://www.ism-germany.net/>

http://www.falastin.de/nakba60/html/al_nakba.html

<http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/index.html>

<http://www.zmag.de/thema.php?topic=4>

<http://www.fraueninschwarz.at/berichte.html>

<http://www.freunde-palaestinas.de/>

<http://www.friedensratschlag.de>

<http://www.stopptdiemauer.de/>

<http://www.juedische-stimme.de>

<http://www.jvjp.ch>

attac Bewegung:

<http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/>

<http://www.attac.de/globkrieg/>

Palästinensische und israelische Organisationen

www.pengon.org (Netzwerk der Palästinensischen Umwelt-NGOs)

<http://english.wafa.ps/> (palestine news agency)

www.stopthewall.org

<http://www.almubadara.org/new/english.php>

<http://www.refusersolidarity.net/default.asp>

<http://www.alternativenews.org> (The Alternative Information Center, palästinensische-israelische Organisation)

<http://www.taayush.org>

<http://www.btselem.org>

<http://www.gush-shalom.org>

<http://www.ICAHD.org>

<http://www.jewishfriendspalestine.org>

UNO

<http://www.un.org>

<http://www.ochaopt.org/>

<http://www.un.org/unrwa> (UNO-Organisation für die palästinensischen Flüchtlinge)

Fotos:

<http://stopthewall.org/news/photos.shtml>

<http://www.palaestina.org/images/bilder/mauer>

Videos:

<http://stopthewall.org/news/video.shtml>

Viele Karten unter:

<http://stopthewall.org/news/maps.shtml>

<http://www.palaestina.org/landkarten>

[http://www.arendt-](http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/Karten.htm)

[art.de/deutsch/palestina/texte/Karten.htm](http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/Karten.htm)

http://www.passia.org/images/pal_facts_MAPS

<http://www.btselem.org/English/Maps/Index.asp>

Zeitungen:

<http://www.freitag.de> <http://www.haaretz.com>

<http://www.jungewelt.de>

<http://www.monde-diplomatique.fr>

<http://www.netzzeitung.de> <http://www.woz.ch/>